

17. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Mai 2004

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	861	Bremisches Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und zur Änderung des Senatsgesetzes	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	862	Mitteilung des Senats vom 6. April 2004 (Drucksache 16/205)	
Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung		1. Lesung	
Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drucksache 16/227)		2. Lesung	
1. Lesung		Senator Dr. Nußbaum	889
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005		Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	890
Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drucksache 16/228)		Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	891
1. Lesung		Abg. Pflugradt (CDU)	893
Finanzplan 2003 bis 2007 der Freien Hansestadt Bremen		Abg. Tittmann (DVU)	894
Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drucksache 16/231)		Abg. Wedler (FDP)	895
1. Lesung		Abstimmung	897
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005		9. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 in Bremerhaven-Weddewarden in Zusammenhang mit der 52. Änderung des Flächennutzungsplans Bremerhaven 1977 und der 11. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 (CT IV)	
Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2004 (Drucksache 16/237)		Mitteilung des Senats vom 20. April 2004 (Drucksache 16/213)	
1. Lesung		Abg. Bödeker (CDU)	897
Senator Dr. Nußbaum	864	Abg. Breuer (SPD)	898
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	870	Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	899
Abg. Böhrnsen (SPD)	874	Senator Eckhoff	902
Abg. Kastendiek (CDU)	878	Abstimmung	903
Abg. Wedler (FDP)	882	Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen	
Abg. Tittmann (DVU)	884	Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD	
Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	885	vom 21. Januar 2004	
Abstimmung	887	(Drucksache 16/124)	
		D a z u	

Mitteilung des Senats vom 20. April 2004

(Drucksache 16/214)

Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	904
Abg. Brumma (SPD)	906
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	907
Abg. Tittmann (DVU)	908
Senatorin Röpke	909

Kleine Gewerbestandorte qualitativ aufwerten

Große Anfrage der Fraktionen der SPD
und der CDU
vom 17. Februar 2004
(Drucksache 16/144)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. April 2004

(Drucksache 16/215)

Abg. Liess (SPD)	911
Abg. Frau Winther (CDU)	913
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	914
Bürgermeister Perschau	915
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	917
Abg. Frau Winther (CDU)	917
Abg. Liess (SPD)	918

Konsequenzen aus IGLU-E und der Studie „Qualität Bremer Grundschulen im Halbtagsbetrieb“ (Holtappels)

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 24. Februar 2004
(Drucksache 16/154)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. April 2004

(Drucksache 16/224)

Konsequenzen aus IGLU: Individuelle Förderung von Anfang an

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Mai 2004
(Drucksache 16/236)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	918
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	920
Abg. Rohmeyer (CDU)	922
Abg. Tittmann (DVU)	924
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	924

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	925
Abg. Pietrzok (SPD)	926
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	927
Staatsrat Köttgen	927
Abstimmung	928

Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung

Mitteilung des Senats vom 16. März 2004
(Drucksache 16/187)
 928 |

Wahl der Mitglieder des Landesrundfunkausschusses

..... 928

26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 19. März 2004(Drucksache 16/189)
 929 |**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 13 vom 25. März 2004**(Drucksache 16/202)
 929 |**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 14 vom 13. April 2004**(Drucksache 16/211)
 929 |**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 15 vom 27. April 2004**(Drucksache 16/221)
 929 |**14. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (14. KEF-Bericht)**

Mitteilung des Senats vom 6. April 2004
(Drucksache 16/206)
 929 |

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten

..... 929

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses 930

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen 930

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Böschen, Günthner,
Frau Hannken, Jägers, Frau Reichert, Frau Schwarz.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Arnold-Cramer****Vizepräsidentin Dr. Trüpel****Schriftführerin Marken**

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Inneres und Sport **Röwekamp** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrätin **Kramer** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.04 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 17. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir die letzte Sitzung drüben im Rathaus hatten, habe ich Ihnen ein Zitat von August Hagedorn zur Kenntnis gegeben.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung und bitte den Saalaufschichtsdienst, die Damen und Herren dort oben auf den Rängen aus dem Haus zu entfernen.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 10.05 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 10.08 Uhr.

(B) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, nach diesem technisch nicht ganz ausgereiften Zwischenfall kann ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wieder eröffnen.

Vielleicht passt dieses Zitat, das ich Ihnen gern zu Beginn unserer heutigen Sitzung von August Hagedorn zur Kenntnis geben möchte.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Es steigert sich. Also, noch einmal das gleiche Ritual!

Ich unterbreche die Sitzung der Bremischen Bürgerschaft, bis auch dies über uns ergangen ist.

(Unterbrechung der Sitzung 10.09 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 10.16 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne jetzt zum dritten Mal die heutige Sitzung. Ich hoffe nicht, dass nun gleich eine dritte strategische Gruppe aufsteht.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich herzlich ein Bildungsseminar „Demokratie“,

(Beifall)

zwei Gruppen Studenten der Universität Bremen, Auszubildende im zweiten Ausbildungsjahr zum Elektriker vom Technischen Bildungszentrum Mitte und eine Gruppe Migranten und Aussiedler des interkulturellen Trainingszentrums beim Bildungszentrum der Wirtschaft. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Keine Ausbildungsabgabe einführen, Antrag, Entschließung, des Abgeordneten Willy Wedler, FDP, vom 3. Mai 2004, Drucksache 16/235.

Gemäß Paragraph 31 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Antrag als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 16, Konsequenzen einer Ausbildungsplatzabgabe, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

2. Konsequenzen aus Iglu: Individuelle Förderung von Anfang an, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Mai 2004, Drucksache 16/236.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrages herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt zehn, Konsequenzen aus Iglu-E und der Studie „Qualität Bremer Grundschulen im Halbtagsbetrieb“, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

3. Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2004, Drucksache 16/237.

Da es sich hier um eine ergänzende Mitteilung des Senats zu den Haushaltsgesetzen und Haushalts-

(C)

(D)

- (A) plänen der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, Drucksache 16/228, handelt, schlage ich Ihnen eine entsprechende Verbindung vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden, dann werden wir so verfahren.

4. Der Jugend Chancen geben – für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Mai 2004, Drucksache 16/240.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich wieder über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 16 vor, nämlich Konsequenzen einer Ausbildungsabgabe.

- (B) Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir auch hier so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Das wirtschaftliche Potenzial von Unternehmen und Existenzgründern mit Migrationshintergrund
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. April 2004 (Drucksache 16/219)
2. Volljährige Personen im Jugendstrafrecht
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 23. April 2004 (Drucksache 16/220)
3. Überweisungspannen offenbaren Strukturfehler
Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drucksache 16/222)
4. Bericht über den Fortgang der Bemühungen, die Europafähigkeit der Verwaltung zu verbessern
Mitteilung des Senats vom 27. April 2004 (Drucksache 16/223)

5. Einführung der Familiencard in Bremen (C)
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 28. April 2004 (Drucksache 16/229)

6. Parkerleichterungen für gehbehinderte Menschen schaffen
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 28. April 2004 (Drucksache 16/230)

7. Gesetz über das Verfahren beim Bürgerantrag
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2004 (Drucksache 16/234)

8. Gesetz zur Neuregelung des Wett- und Lotterierechts
Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2004 (Drucksache 16/238)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Zuzug in die Sozialhilfe
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 17. Februar 2004

D a z u

Antwort des Senats vom 23. März 2004 (Drucksache 16/198)

2. Chancen und Möglichkeiten für die Verlagerung von landseitigen Verkehren vom und zum Bremerhavener Hafen auf die Schiene
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2004

D a z u

Antwort des Senats vom 6. April 2004 (Drucksache 16/207)

3. Aktivierung der Bürgergesellschaften: Die Zukunft sozialer, kultureller und ökologischer Bürgerarbeit im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2004

D a z u

Antwort des Senats vom 6. April 2004 (Drucksache 16/208)

4. Schulinspektion und Qualitätssicherung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2004

D a z u

Antwort des Senats vom 23. März 2004 (Drucksache 16/199)

- | | | | |
|-----|---|---|-----|
| (A) | <p>5. Schulsport im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. Februar 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 30. März 2004 (Drucksache 16/204)</p> <p>6. Synergieeffekte durch Zusammenlegung der Gewerbeaufsichtsämter
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 3. März 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 23. März 2004 (Drucksache 16/200)</p> <p>7. Pflegeberufe bedarfsorientiert weiterentwickeln
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 9. März 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 20. April 2004 (Drucksache 16/217)</p> <p>8. Ausbildungssituation im Konzern Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 9. März 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 27. April 2004 (Drucksache 16/226)</p> | <p>14. Wirtschaftsförderung für Unternehmer und Existenzgründer mit Migrationshintergrund
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. April 2004</p> <p>15. Langzeitstudenten im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. April 2004</p> <p>16. Juniorprofessuren an der Universität Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. April 2004</p> <p>17. Flughafen Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29. April 2004</p> <p>18. Bremen als Nanotechnologie-Standort
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 4. Mai 2004</p> | (C) |
| (B) | <p>9. Vermögen der Bremischen Gebietskörperschaften
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 19. März 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 20. April 2004 (Drucksache 16/218)</p> <p>10. Vergabe der Sport-WAP-Mittel
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 30. März 2004</p> <p>11. Privatisierung öffentlicher Aufgaben auf dem Prüfstand (Vervollständigung)
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 2. April 2004</p> <p>12. PCB-Sanierung im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 13. April 2004
D a z u
Antwort des Senats vom 4. Mai 2004 (Drucksache 16/232)</p> <p>13. Erlebnispädagogik-Therapie für jugendliche Kriminelle
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 20. April 2004</p> | <p>Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes drei, Jugendstrafvollzug Blockland, des Tagesordnungspunktes fünf, Privatisierung öffentlicher Aufgaben auf dem Prüfstand, des Tagesordnungspunktes acht, Lehrerausbildung im Land Bremen, des Tagesordnungspunktes 22, Kurzzeitpflegeeinrichtungen im Land Bremen, und des Tagesordnungspunktes 24, Sitzbleiben an Bremer Schulen, des Weiteren zur Verbindung der Tagesordnungspunkte sechs und sieben, Personalcontrolling Band III und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau, der Tagesordnungspunkte 13 und 14, Finanzierung von betriebsnahen Kindertagesstätten, des Tagesordnungspunktes 18, Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens in Bremen, der Tagesordnungspunkte 25, 31 und des Petitionsberichts außerhalb der Tagesordnung, hier handelt es sich um die Petitionsberichte 13, 14 und 15, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit den Haushaltsberatungen befassen, hier geht es um die Drucksachen 16/227, 16/228 und 16/231.</p> <p>Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute zu Beginn der Sitzung die Haushaltsberatungen in erster Lesung durchgeführt werden. Hierfür ist eine verlängerte Redezeit von bis zu 20 Minuten für den ersten Redner je Fraktion vorgesehen. Nach der Einbringungsrede durch den Senator für Finanzen, Herrn Senator Dr. Nußbaum, erhalten die Redner der Fraktionen in der Reihenfolge Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und CDU das Wort. Danach wird nach der Reihenfolge der Wortmeldungen verfahren. In die Aussprache im Landtag fließt die Debatte über den Stadthaushalt ein, so dass in der Stadtbürgerschaft auf eine Aussprache verzichtet werden kann.</p> | (D) |

(A) Zu Beginn der Landtagssitzung morgen werden die Fragestunde und die Aktuelle Stunde aufgerufen.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, im Anschluss an die Haushaltsberatungen den Tagesordnungspunkt 27, Bremisches Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und zur Änderung des Senatsgesetzes, und danach den Tagesordnungspunkt 33, 9. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991, aufzurufen.

Die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte sechs und sieben, Personalcontrolling Band III und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau, sollen während der Sitzung am Donnerstag behandelt werden.

Wird zu den interfraktionellen Absprachen das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

(B) Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass der Senat am 23. März 2004 die Benennung seiner Vertreter in Deputationen insoweit geändert hat, als mit Wirkung vom 2. April 2004 anstelle von Herrn Staatsrat Logemann Frau Staatsrätin Christine Kramer als stellvertretendes Mitglied in die Deputationen für Umwelt und Energie sowie für Bau und Verkehr entsandt wird.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 27. April 2004

(Drucksache 16/227)

1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Mitteilung des Senats vom 27. April 2004

(Drucksache 16/228)

1. Lesung

s o w i e

Finanzplan 2003 bis 2007 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 27. April 2004

(Drucksache 16/231)

d e s W e i t e r e n

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2004

(Drucksache 16/237)

1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Nußbaum.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll.

Es ist verlängerte Redezeit vereinbart. Sie beträgt jeweils für den ersten Redner einer Fraktion bis zu 20 Minuten.

Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat hat der Bremischen Bürgerschaft zur heutigen Beratung die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2004 und 2005 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen vorgelegt. In finanziell schwierigen Zeiten Politik aktiv zu gestalten erfordert Mut zur Veränderung, Disziplin und Kooperationsbereitschaft. Die Mitglieder des Senats nehmen diese Herausforderung an. Der Doppelhaushalt 2004/2005 ist ein klares Bekenntnis zum Gestaltungswillen des Senats. Er ist zugleich eine Absage an eine Politik, die nach Fehlern der Vergangenheit sucht, statt an Chancen für die Zukunft zu arbeiten.

Selbstverständlich ist der Weg, auf den wir uns nach langen und schwierigen Diskussionen verpflichtet haben, nicht ohne Risiko. Angesichts eines anhaltend geringen Wirtschaftswachstums wird die Situation aller öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend schwieriger. Das trifft auch uns hart, zumal wir uns nach wie vor in einem wirtschaftlichen Aufholprozess befinden. Diesen Prozess müssen wir nach Auslaufen der Sanierungshilfen des Bundes ab dem nächsten Jahr komplett selbst finanzieren.

Wir begreifen diese Situation als Herausforderung und Chance zugleich. Angesichts eines intensiveren internationalen Standortwettbewerbs, einer ausgedehnten konjunkturellen Schwächeperiode und veränderten Bedarfen einer sich wandelnden Gesellschaft werden Länder und Kommunen immer wieder vor neue Aufgaben gestellt.

Wir wollen den Erfolg! Deshalb enthält der Haushaltsentwurf eine Reihe von Selbstverpflichtungen

- (A) aller Ressorts und Handlungsaufträge, die konsequent abgearbeitet werden müssen. Nur durch einen erfolgreichen Konsolidierungskurs können wir uns noch Handlungsspielräume erarbeiten, und diese Spielräume brauchen wir, um die Potentiale des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für die Zukunft zu stärken.

Lassen Sie mich zunächst unsere finanzpolitischen Ziele benennen! Unser vorrangiges finanzpolitisches Ziel besteht darin, unsere ökonomische Selbständigkeit zu sichern. Wir sehen die Qualität des Föderalismus durch einen gesellschaftlichen Fortschritt begründet, der auf der Pluralität unterschiedlicher Konzepte basiert, und wir wollen als kleinstes Bundesland einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten.

Wir packen die Probleme selbstbewusst an, wir stärken unsere Wirtschaftskraft, unser Humankapital und die Attraktivität der Lebenswelt Bremens und Bremerhavens als Säulen unserer politischen Selbständigkeit. Die positiven Indikatoren der Entwicklungsdynamik in diesen Bereichen sagen mehr über den bisherigen Sanierungserfolg aus als ein verfassungskonformer Haushalt als zwar notwendige, aber letztlich statische fiskalische Größe.

Diese Werte müssen wir natürlich aus unserem Gemeinwesen heraus schaffen und erhalten können. Unsere Finanzpolitik ist deshalb darauf ausgerichtet, die für diese Ziele anfallenden Ausgaben mit unseren laufenden Einnahmen decken zu können. Der verfassungskonforme Haushalt ist aber kein Wert an sich, sondern ein grundlegendes Prinzip einer nachhaltigen Finanzpolitik. Wir konzentrieren unsere Kräfte darauf, dieses Kriterium ab dem Jahr 2005 zu erfüllen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass sich eine verbesserte Wirtschaftskraft auch in einer höheren Finanzkraft niederschlagen muss. Das derzeit gültige System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs erfüllt diese Voraussetzungen nicht.

- (B) Ich möchte jetzt auf unsere finanzpolitische Strategie eingehen. Die Sanierungsstrategie der letzten Jahre hat für unseren weiteren Modernisierungsprozess eine solide Basis geschaffen. Mit den bisherigen Erfolgen können wir grundsätzlich zufrieden sein. Allerdings sind nicht alle optimistischen Prognosen hinsichtlich der Einnahmeentwicklung auch so eingetreten.

Seit dem Beginn des Sanierungsprozesses verzeichnen wir eine höhere Produktivitätssteigerung als die übrigen westdeutschen Länder. Obwohl der Produktivitätszuwachs den Anstieg der Beschäftigung teilweise absorbiert, stehen wir seit dem Jahr 2000 bei der Arbeitsplatzentwicklung besser da als der Durchschnitt der übrigen Bundesländer. Wichtiger noch als die quantitative Entwicklung ist meines Erachtens der qualitative Effekt: Arbeitsplätze, die beispielsweise in der Wertindustrie weggefallen sind, konnten durch modernere, wertschöpfungsintensive und damit tendenziell sicherere Arbeitsplätze ersetzt werden.

Die Arbeitslosenquote in unserem Stadtstaat ist nicht zufriedenstellend. Sie sinkt aber seit 1998 in Annäherung an den Bundesdurchschnitt. Bremen zählt seit drei Jahren zu den vier Ländern mit dem stärksten Wirtschaftswachstum. Gemäß der letzten Schätzung steigen die originären Steuereinnahmen Bremens entgegen dem Bundestrend, und seit 2001 gibt es, wenn auch nur in der Stadtgemeinde Bremen, wieder einen positiven Saldo in der Bevölkerungsentwicklung.

(C)

Wir werden in unserer künftigen finanzpolitischen Strategie an den Grundelementen des bisherigen Sanierungskurses Sparen und Investieren festhalten. Unsere Strategie basiert auf drei Säulen: erstens, Potentiale stärken; zweitens, Produktivität steigern und drittens, die Finanzausstattung stabilisieren.

Eine breit angelegte Investitionspolitik hat die wirtschaftliche Struktur Bremens und Bremerhavens in den letzten Jahren nachhaltig gestärkt. Gleichzeitig hat der konsequente Sparkurs zu einer schlanke- ren und einer angepassten Verwaltung geführt. Ich meine aber, dass wir uns in Zukunft stärker auf die Wirkungen als auf die Maßnahmen an sich konzentrieren müssen. Nicht die Quantität des Investitionsvolumens ist der relevante Gradmesser, sondern die daraus resultierende Stärkung von Zukunftspotentialen.

(Beifall bei der SPD)

Auch das Sparen ist kein Selbstzweck. Wir müssen mit weniger Geld mehr Qualität erreichen. Das ist kein besonderer Zwang der Sanierung, sondern ein selbstverständliches Ziel und unser Auftrag, mit öffentlichen Mitteln verantwortungsbewusst umzugehen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wir beschränken unsere finanzpolitische Strategie nicht allein auf den Bereich der Mittelverwendung. Unser eigentliches Problem liegt auf der Einnahmenseite. Das ist kein spezifisches Merkmal unserer extremen Haushaltsnotlage. Es erhöht aber unseren Handlungsdruck im Vergleich zu anderen Ländern. Wir werden deshalb stadt- und landesintern Einnahmepotentiale besser ausschöpfen müssen. Gleichzeitig müssen wir eine überregionale Kompensation unserer strukturellen Benachteiligung bei der Finanzausstattung beanspruchen.

Nun zu unseren strategischen Handlungsfeldern, meine Damen und Herren! Die Umsetzung unserer finanzpolitischen Strategie verlangt nicht nur fiskalisches Handeln, sondern Aktivitäten auf mehreren strategischen Handlungsfeldern.

Erstens die Investitionssteuerung! Wir wollen den positiven Trend unserer wirtschaftlichen Entwicklung stabilisieren. Deshalb, das sage ich ganz deutlich, müssen wir auch in den nächsten Jahren in Bre-

- (A) men und Bremerhaven überdurchschnittlich investieren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir wollen und wir müssen auch bei absoluter Betrachtung der Wirtschaftskraft wieder zu einem ökonomischen Wachstumspol alter Stärke werden. Dieses Ziel ist erst zu 80 Prozent erreicht. Mit einer vorgesehenen Investitionsquote von rund 18 Prozent, so meine ich, setzten wir hier die richtigen Signale.

Wir haben aber auch in unserem Aufholprozess einen Punkt erreicht, an dem wir für die Zukunft differenziertere Zielsetzungen entwickeln müssen. Es ist jetzt unsere Aufgabe, eine gezielte Profilbildung der beiden Städte Bremen und Bremerhaven zu betreiben. Dabei sind die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Ausgangsdaten dieser beiden Städte zu berücksichtigen.

Ich sage es deutlich: Es ist aber weder leistbar noch sinnvoll, alle denkbaren Standortfaktoren zu optimieren. Ob wir dabei in der Vergangenheit immer auf die richtigen Trends gesetzt haben, ist richtigerweise schon in der Koalitionsvereinbarung kritisch hinterfragt worden. Entscheidend wird sein, Investitionsschwerpunkte dort zu bilden, wo wir von Alleinstellungsmerkmalen profitieren, wo wir Entwicklungsvorsprünge sichern wollen oder wo wir Nischen im internationalen Standortwettbewerb besetzen können. Wünschenswert wäre meines Erachtens ein eindeutig definiertes Leitbild, an dem wir unsere strategische Planung ausrichten könnten!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal betonen: Investitionen sind kein Selbstzweck! Wir dürfen auch nicht der Versuchung erliegen, mit Investitionsmitteln eine politische Profilierung zu betreiben, die wir uns aufgrund knapper konsumtiver Mittel in anderen Bereichen so nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns deshalb im Senat auf einen bewussteren Umgang mit Investitionsmitteln verständigt.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns weiterhin sorgfältig ansehen, wo wir den größten regionalwirtschaftlichen Return-on-Investment erzielen können. Dafür müssen wir gezielte Prioritäten im Rahmen einer ganzheitlichen Strategie setzen. Dazu wollen wir ein investitionsfreundliches Klima durch Pflege unserer weichen Standortfaktoren schaffen.

Unser relativ hohes Investitionsniveau dient einem zeitlich befristeten ökonomischen Aufholprozess.

Dabei muss uns bewusst sein, dass kreditfinanzierte Investitionen unseren fiskalischen Handlungsspielraum für die Zukunft einschränken. Wir nehmen also Anleihen auf das Vermögen zukünftiger Generationen auf. Ich meine, auch nachfolgende Generationen müssen Spielräume für zeitnahe Investitionen haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen wir sorgfältig abwägen, ob und inwieweit wir im Rahmen unseres Anschlussinvestitionsprogramms schon heute für die Jahre 2011 bis 2014 Vorfestlegungen beschließen dürfen. Dabei ist von uns insbesondere die Entwicklung unseres Verschuldungsgrades zu berücksichtigen. Andere Länder planen bereits heute, ihre Verschuldung zurückzufahren. Dies müssen wir auch in Bremen anstreben.

(Beifall bei der SPD)

Eine klarere Profilierungsstrategie für Bremen und Bremerhaven erfordert auch eine verbesserte Koordination von Investitionsmaßnahmen. Hier streben wir eine Erhöhung der Transparenz und ein effektiveres Investitionscontrolling an. Das ist keine Abkehr von dezentralen fachpolitisch orientierten Investitionen, aber ein notwendiger Schritt zu einer effektiveren Gesamtsteuerung.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens die Förderung von Humankapital! Die Stärkung unserer Wirtschaftskraft können und wollen wir nicht allein über Investitionen in Stahl und Beton voranbringen. Wir investieren in Köpfe, weil das Humankapital in unseren beiden Städten der wichtigste Standortfaktor ist. Erst durch qualifizierte Arbeitskräfte vor Ort kann investiertes Kapital wert schöpfend wirken. Wir wissen, dass begrenzt verfügbare Humanressourcen zum ökonomischen Engpassfaktor der Zukunft werden. Die qualitative Aufwertung des gesamten Bildungs- und Erziehungsprozesses vom Kindertagesheim über den Schulbereich bis hin zu Wissenschaft und Forschung gehört deshalb zu unseren wichtigsten Zukunftsaufgaben.

(Beifall bei der SPD)

Sie muss flankiert werden durch eine kulturpolitische Profilierung.

In den nächsten beiden Jahren investieren wir jeweils rund 900 Millionen Euro in unser Humankapital. Dabei sind die Ausgaben für den Kulturbereich noch nicht mit eingerechnet. Zur Einrichtung von Infrastrukturgesellschaften für Kindertagesheime und Bildung sowie zur Einrichtung eines Kulturfonds stellt der Senat für beide Haushaltsjahre zusätz-

(C)

(D)

- (A) liche Mittel in Höhe von insgesamt über 46 Millionen Euro bereit.

Damit verfolgen wir eine doppelte Zielsetzung: Zum einen sehen wir die Förderung des Humankapitals und die Standortbindung der hier lebenden Menschen als langfristig ausgerichtete regionalwirtschaftliche Investition an. Zum anderen werden die Mittel unter der Auflage der Effizienzsteigerung den beteiligten Verwaltungsbereichen nur zeitlich befristet zur Verfügung gestellt. Sie sind demnach ein gezielter Anreiz zur Produktivitätssteigerung und vor allem Anreiz zur strukturellen Erneuerung.

Natürlich kann man mit guten Gründen Einwände gegen diesen Weg der Aufgabenwahrnehmung vorbringen, aber für uns steht im Vordergrund, dass wir hier die Grundlage für nachhaltig wirksame Umsteuerungsprozesse schaffen wollen. Die Mitglieder des Senats haben dazu eindeutige Entwicklungsaufträge angenommen.

Drittens das strategische Konzerncontrolling! Die Neuordnung der vielfältigen Geschäftsfelder der Freien Hansestadt Bremen mit allen Maßnahmen von der Privatisierung bis hin zur Veräußerung von Beteiligungen war dem Grunde nach richtig. Gleichwohl muss jede Ausgliederungsstrategie regelmäßig kritisch hinterfragt werden.

(Beifall bei der SPD)

- (B)

Ich kann deshalb nur sagen, ich begrüße ausdrücklich die zu diesem Thema gestellten Großen und Kleinen Anfragen aus der Mitte der Bremischen Bürgerschaft.

Bei unserem Beteiligungs-Portfolio müssen wir uns zukünftig noch stärker an folgenden Kriterien orientieren: Gewährleistung des öffentlichen Einflusses in wichtigen Infrastruktur-Unternehmen in Bremen und Bremerhaven, Stärkung von regionalwirtschaftlich bedeutsamen Entwicklungsprojekten, direkte Beteiligung an Unternehmen mit Technologieführerschaft in zentralen Dienstleistungsbereichen, Nutzung von Public private partnerships und gegebenenfalls Beteiligungsveräußerung zur Vermögensmobilisierung.

In diesem Prozess müssen wir klar definieren, wie eine vernünftige Balance aus einzelwirtschaftlicher Eigendynamik und gemeinwohlorientierter Koordinationsfähigkeit im Beteiligungsgeflecht des Konzerns Bremen herzustellen ist. Das ist das Entscheidende, diese Balance herbeizuführen. Ein wesentliches Instrument ist dabei der Aufbau eines integrierten öffentlichen Rechnungswesens, und das wollen wir in dieser Legislaturperiode schaffen. Wir wollen damit eine betriebswirtschaftliche Konzerngesamt-sicht ermöglichen. Sie soll erstmals eine Darstellung des Gesamtvermögens sowie der Erfolgs- und Finanzlage der Freien Hansestadt Bremen erbringen.

Viertens Aktivierung unseres Managementpotentials! Wir sind seit Jahren führend bei der Dezentralisierung von Kompetenzen zur Ressourcensteuerung. Wir haben auch die damit notwendigerweise verbundenen Koordinations- und Steuerungsinstrumente weitgehend entwickelt und zum Einsatz gebracht. In Zukunft müssen wir das Potential, das in dieser Managementphilosophie steckt, noch stärker nutzen. Damit wollen wir uns besser auf die zentralen öffentlichen Aufgaben und deren effiziente Durchführung konzentrieren. Wir brauchen dafür eine wirkungsorientierte Steuerung. Sie darf nicht nur auf Kennzahlen, sondern soll auf den Dialog zwischen den Praktikern vor Ort und den Steuerungseinheiten in den Behörden setzen.

Fünftens neue Technologien und optimierte Prozesse! Produktivitätsverbesserung streben wir auch durch unsere E-Government-Aktivitäten an. Für Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft sind inzwischen in Bremen 120 und in Bremerhaven weitere 40 Dienstleistungen zur rechtsverbindlichen elektronischen Abwicklung über das Internet aufbereitet worden. Die in Bremen entwickelte Sicherheitsplattform Governikus ist überdies auf dem besten Wege, zum nationalen Standard zu werden. Hier könnte unsere Technologieführerschaft langfristig auch zu einem gewissen Wirtschaftsfaktor werden.

Ich mache das nochmals deutlich: Elektronische Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung wird in Zukunft auch die Basis für eine effizientere Steuerveranlagung sein. Das von mir in die aktuelle Steuerreformdebatte eingebrachte Prinzip der „Selbstveranlagung“ könnte in Verbindung mit einer Vereinfachung des materiellen Steuerrechts ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg sein.

Sechstens Personal als Innovationsfaktor! Wir führen die erfolgreiche Konsolidierung der Personalhaushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen fort. Die Steuerung der haushaltsfinanzierten Beschäftigung über dezentrale Zielzahlen hat sich in den vergangenen Jahren bewährt und wird deshalb fortgeführt.

Es ist uns gelungen, die Verwaltung trotz des deutlichen Rückgangs an Beschäftigung im Kernbereich insgesamt bürgerfreundlicher, transparenter, schlanker und damit weniger bürokratisch zu machen, und das zeigt, dass große Produktivitätssteigerungen möglich sind. Ich sage das ganz offen, dazu haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bremischen öffentlichen Dienst einen sehr großen Teil in den vergangenen Jahren beigetragen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir wissen aber auch, dass sich uns die Grenzen der Stellenreduzierung in absehbarer Zeit eindeutig zeigen werden. Um weitere Kostenreduzierungen bei den Personalausgaben, die 28 Prozent der Gesamt-

- (C)

- (D)

(A) ausgaben betragen, werden wir allerdings nicht herum kommen. Deshalb haben wir den Beschäftigten deutlich sagen müssen, dass wir von allen einen persönlichen Beitrag erwarten.

Im Beamtenbereich haben wir für die Laufzeit des Doppelhaushalts das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld weiter gesenkt. Wir sind darauf angewiesen, dass wir für den Tarifbereich ähnliche Regelungen im Rahmen eines Solidarpaktes mit den Gewerkschaften vereinbaren. Hier befinden wir uns im Einklang mit den übrigen Bundesländern. Sie gehen trotz besserer Finanzlage mit Maßnahmen voran, denen wir uns als Haushaltsnotlageland sicherlich nicht verschließen können. Der Senat ist davon überzeugt, dass die notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen von den Beschäftigten akzeptiert werden. Sie werden deshalb gerecht, transparent und mit einer zeitlichen Perspektive umgesetzt.

(B) Im Personalbereich geht es nicht nur um Einsparungen, sondern auch um Innovationen zur verbesserten Steuerung des Personalhaushalts. Erstmals wird ein stellenindiziertes Bonus-Malus-System umgesetzt, das dafür sorgt, dass Veränderungen in den Besoldungs- und Entlohnungsstrukturen kostenneutral bleiben. Seit Jahren bereiten uns steigende Versorgungslasten Sorgen. Sie betragen inzwischen ein Viertel der gesamten Personalausgaben. Mit der Bildung einer Rücklage sollen zukünftig Kapitalerträge zur Deckung des Versorgungsanstiegs erzielt werden. Das Haushaltsgesetz beinhaltet außerdem Regelungen, die die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir die notwendigen personalwirtschaftlichen Daten und Informationen zukünftig im Sinne einer verbesserten Konzernsteuerung dem integrierten öffentlichen Rechnungswesen zuführen können.

Wir verfolgen mit unserer personalwirtschaftlichen Strategie nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Ziele. Als größter Arbeitgeber möchten wir damit unsere gesellschaftliche Verantwortung klar und eindeutig zum Ausdruck bringen. Wir streben eine heterogene, differenzierte und geschlechtergerechte Personalstruktur an. Wir brauchen Vielfalt. Sie fördert Kreativität und Innovationsbereitschaft. In diesem Zusammenhang kommt der Einstellung von Migrantinnen und Migranten eine besondere Bedeutung zu.

Mobilität und Flexibilität sind zentrale Anforderungen der modernen Arbeitswelt. Wir bereiten unser Personal gezielt darauf vor. Arbeitsinhalte am gleichen Arbeitsplatz ändern sich, und Berufsbiographien werden sich über verschiedene Stationen im Konzern Bremen und darüber hinaus entwickeln.

Ein herausragendes Beispiel für die Bereitschaft, sich auf Neuartiges einzustellen, geben unsere Auszubildenden. Wir planen für das Jahr 2004 bislang die Einstellung von 400 Auszubildenden und werden diese Zahl noch deutlich steigern.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C) Dabei gehen wir mit privatwirtschaftlichen Unternehmen Ausbildungsverbünde ein. Der Nutzen ist mehrfach. Neben der hohen Zahl von Ausbildungsplätzen verbessert sich die Ausbildungsqualität. Ferner werden die jungen Menschen darauf vorbereitet, was von ihnen auch später erwartet wird: lebenslanges Lernen.

Siebtens Vermögens- und Einnahmenmanagement! Ich sagte es bereits, unser eigentliches Problem bei der Haushaltsaufstellung liegt auf der Einnahmenseite. Zum einen sind unsere Steuereinnahmen deutlich hinter dem Niveau zurückgeblieben, das bei der Formulierung der Sanierungsvereinbarung mit dem Bundesfinanzministerium erwartet wurde. Seit 1992 haben wir kumulierte Einnahmeausfälle in Höhe von 10,7 Milliarden Euro gegenüber der damaligen Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung zu verzeichnen. Es ist bekannt, dass wir zum anderen stadtstaaten-typische Lasten zu tragen haben, die wir seit der Änderung der Lohnsteuererlegung im Jahre 1969 immer weniger selbst finanzieren können. Diese Lasten werden im derzeitigen bundesstaatlichen Finanzausgleich nicht in ausreichendem Maße ausgeglichen. Die Folge ist, dass von allen Einnahmen nur zehn Prozent in Bremen verbleiben. Sie wissen, der Rest fließt über die Steuererlegung und -verteilung und die Mechanismen des Länderfinanzausgleichs in etwa zu gleichen Teilen an den Bund und die übrigen Länder ab.

(D) Der Senat des Landes Berlin zieht hieraus den Schluss, dass sich die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft unter den geltenden Rahmenbedingungen nicht lohnt und deshalb die zentralen Anstrengungen nicht auf der Einnahmenseite, also bei der Wirtschaftskraft- und Finanzkraftstärkung, sondern auf der Ausgabenseite unternommen werden müssten. Ich sage hier deutlich, wir verfolgen einen anderen und nach meiner festen Überzeugung auch richtigen Weg. Einerseits haben wir die Kostenstruktur besser im Griff. Andererseits sind wir überzeugt, dass eine solide Wirtschaftskraft die Basis für die Zukunft unseres Gemeinwesens ist. Selbst wenn die derzeitige Steuer- und Finanzverteilung für uns Nachteile mit sich bringt, darf es nicht das Ziel eines Landes sein, sich auf Dauer völlig von Transferzahlungen abhängig zu machen. Das wäre auch gesamtwirtschaftlich schädlich!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Trotzdem dürfen die Effekte der finanziellen Benachteiligung unseres Stadtstaates nicht unterschätzt werden. Seit 1970 ist unser jährlicher Einnahmeverlust durch die Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip in Verbindung mit der zunehmenden Umlandabwanderung auf 175 Millionen Euro gestiegen, und obwohl sich unser Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um zehn Prozent besser entwickelt hat als im Bundesdurchschnitt, sind gleich-

(A) zeitig unsere Pro-Kopf-Steuereinnahmen um 20 Prozent hinter dem Durchschnitt der Westländer zurückgeblieben. Wenn man das einmal aufrechnet, dann stellt man fest, dass dies einem rechnerischen Verlust von 687 Millionen Euro pro Jahr entspricht. Es ist doch ganz klar, dass diese verlorenen Einnahmepotentiale nicht von einer Einwohnerwertung von 135 Prozent kompensiert werden können. Deshalb werden wir mittelfristig unsere finanzwirtschaftliche Selbständigkeit nur dann erhalten, wenn wir strukturelle Verbesserungen bei der gültigen Finanzausgleichssystematik durchsetzen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Unser Doppelhaushalt ist nach wie vor von der Notwendigkeit zur Konsolidierung geprägt. Darum mussten wir auch kurzfristig zusätzliche Finanzpotentiale erschließen. Wir verstehen das auch mit Blick auf den Bund als eindeutigen Eigenbeitrag zur Haushaltssanierung. Wir erwarten zur Sicherung der Zukunft unseres Landes auch von den Bürgerinnen und Bürgern sowie von der lokalen Wirtschaft im Rahmen ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit eine angemessene Beteiligung an der Haushaltskonsolidierung, und mit maßvollen Erhöhungen der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer sowie weiteren Gebührenerhöhungen erzielen wir zusätzliche Einnahmen in Höhe von 45 Millionen Euro.

(B) Um eine zusätzliche Kreditaufnahme für notwendige Investitionen zu vermeiden, haben wir in nennenswertem Umfang eigenes Vermögen mobilisiert. Kaufmännisch gesehen handelt es sich dabei um einen Aktiv-Tausch. Bei ihm werden Finanzanlagen und ungenutzte Liquidität einem wertschöpfenden Einsatz zugeführt. Ich meine, das ist eindeutig der bessere Weg als eine schuldenerhöhende Kreditaufnahme.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Von den insgesamt benötigten 191 Millionen Euro sind bereits jetzt 169 Millionen Euro festgelegt. Die Veräußerung unserer restlichen Anteile an der swb AG trägt zusammen mit einer Rücklagenauflösung 132 Millionen Euro dazu bei. Weitere 37 Millionen Euro werden aus Eigenmitteln der Bremer Investitions-Gesellschaft und des von ihr verwalteten Treuhandvermögens realisiert.

Die Steuergesetze des Bundes ab dem Jahr 2000 waren für Bremen mit Einnahmeverlusten verbunden. Die Bundesregierung hatte dem Land Bremen im Juli 2000 schriftlich zugesichert, eine Schlechterstellung durch die drohenden erheblichen Einnahmerisiken aus Steuer- und Finanzausgleichsreform auszuschließen und, also kumulativ, ein weiteres Abgleiten in eine extreme Haushaltsnotlage zu verhindern. Mit der Steuergesetzgebung seit dem Jahr 2000 sind für das Land Bremen sowohl Einnahmever schlechterungen als auch Einnahmeverbesserungen verbunden.

Selbstverständlich gehen beide Effekte, der positive wie der negative, in die Berechnung unseres Anspruchs ein. So würde auch etwa eine Entlastung durch die Hartz-IV-Gesetzgebung unsere Ansprüche gegenüber dem Bund mindern. Nach Berechnung aller Effekte haben wir nach unserer Auffassung einen jährlichen Kompensationsanspruch, der sich für das Jahr 2005 auf 512 Millionen Euro beläuft.

Der Senat legt Ihnen für die heutige Beratung nicht nur den Entwurf des Doppelhaushalts 2004/2005 vor, sondern auch die entsprechenden Haushaltsgesetze, ein Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung sowie den Finanzplan 2003 bis 2007.

Ich möchte zum Abschluss die Eckdaten des Haushaltes noch einmal kurz zusammenfassen, auf die wesentlichen Herausforderungen der Haushaltsaufstellung eingehen und unter Bezug auf den Finanzplan auch mögliche Risiken benennen.

Der Doppelhaushalt 2004/2005 ist darauf ausgerichtet, im Jahr 2005 den Artikel 131 a der Landesverfassung einzuhalten. Danach müssen laufende Ausgaben von laufenden Einnahmen gedeckt werden. Angesichts eines, laut Prognose des jüngsten Frühjahrsgutachtens, geringen Wirtschaftswachstums von 1,5 Prozent ist dieses Kriterium nur durch erhebliche Ausgabenkürzungen einzuhalten. Wir reduzieren unsere Gesamtausgaben deshalb um 3,4 Prozent in 2004 und dann nochmals um 2,5 Prozent in 2005.

Der mit knapp 1,1 Milliarden Euro größte einzelne Kostenblock sind die Personalausgaben. Diese wollen wir in beiden Jahren trotz steigender Pensionslasten um 0,8 Prozent und 0,5 Prozent senken. Bei den übrigen konsumtiven Ausgaben, einschließlich Zinsausgaben, müssen 2,2 beziehungsweise 3,3 Prozent eingespart werden.

In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass wir unsere Gesamtausgaben auf unter vier Milliarden Euro senken wollen. Im Jahr 2004 werden die Ausgaben 3,9 und im Folgejahr 3,8 Milliarden Euro betragen, und wir unterschreiten damit eindeutig die Sanierungsaufgabe des Finanzplanungsrates. Er würde uns nämlich einen Zuwachs von einem Prozent zugestehen. Ich sage das hier, wenn wir unsere selbst gesteckten Ziele in vollem Umfang erreichen, würde uns damit eine historische Einsparleistung gelingen. Sie würde zweifelsfrei dokumentieren, dass wir in Bremen und in Bremerhaven alle notwendigen Eigenanstrengungen zur Sicherung der Selbständigkeit Bremens unternommen haben.

Hervorzuheben ist, dass wir an diesem ambitionierten Konsolidierungsziel festhalten wollen. Dies tun wir, obwohl im Haushaltsaufstellungsprozess gegenüber der ursprünglichen Planung erhebliche Mehrbedarfe für den Bereich der Sozialleistungen deutlich geworden sind. Für beide Jahre zusammen mussten 120 Millionen Euro zusätzlich eingespart

(C)

(D)

(A) werden. Hierzu hat der Senat ein umfangreiches Ausgleichskonzept verabschiedet, und dieses Konzept sieht unter anderem vor, dass das Sozialressort durch Umsteuerungsmaßnahmen weitere 13 Millionen Euro einsparen muss, und die anderen Ressorts tragen solidarisch zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs bei. Insgesamt 46 Millionen Euro werden durch die Inanspruchnahme der haushaltsgesetzlich vorzuhaltenden Planungsreserve erbracht. Haushaltstechnisch ist hierzu eine globale Minderausgabe in die Haushaltsentwürfe eingestellt worden, die bis zum Herbst aufzulösen ist.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, möchte ich nicht verhehlen, dass es sich bei den Haushaltsentwürfen um ein Planungswerk handelt. Es ist zum einen externen Risiken unterworfen, zum anderen muss es sich im praktischen Vollzug bewähren. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation und entsprechend verminderter Einnahmen können die öffentlichen Haushalte nur von ihrer Vermögenssubstanz leben. Als Haushaltsnotlageland haben wir hier aber nur geringen Spielraum, und wenn die Mai-Steuerschätzung einen weiteren Einnahmeausfall prognostiziert, dann werden neue Finanzierungsprobleme entstehen.

(B) Die Haushaltsentwürfe beinhalten eine Reihe von Handlungsaufträgen zur Produktivitätssteigerung und Kostensenkung. Exemplarisch nenne ich hier die geplante Umsteuerung im Sozialbereich, die Auflösung der globalen Minderausgabe, die Realisierung von Effizienzgewinnen durch die Infrastrukturgesellschaften und die personalwirtschaftlichen Einsparungen durch einen Solidarpakt im öffentlichen Dienst.

Wir gehen auch davon aus, dass der Bund seine im Kanzlerbrief formulierte Zusage einhält. Sollten die von uns errechneten Kompensationsbedarfe nicht in voller Höhe anerkannt werden, wäre die entstehende Finanzierungslücke kurzfristig durch zusätzliche Einsparungen nicht zu schließen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt 2004/2005 ist unser Finanz- und Handlungsrahmen in einer schwierigen Zeit, und so weit wie möglich hat der Senat mit der Haushaltsaufstellung Prioritätenverschiebungen zugunsten wichtiger Zukunftsaufgaben vorgenommen. Alle Senatsmitglieder nehmen ambitionierte Handlungsaufträge mit in die beiden Haushaltsjahre. Sparen und Investieren verstehen wir als Chance zur Modernisierung unseres Gemeinwesens, und insgesamt beschreiben wir mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen einen pragmatischen Weg. Er ist von Verantwortung für die Zukunft und Mut zur Veränderung geprägt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(C)

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf den allerletzten Drücker legt der Senat der Bürgerschaft nun seine Haushaltsentwürfe, die mittelfristige Finanzplanung und die Haushaltsgesetze vor, 6,5 Kilo und inhaltlich recht leichtgewichtig.

(Zuruf)

Stimmt, das gibt es auch auf Diskette! Das Motto des Senats „Finanzpolitik mit Mut zur Zukunft“ wird aus grüner Sicht nicht eingelöst, fast ausschließlich Heruntersparen, wirklich oder auch nur auf dem Papier, ist die Leitlinie dieser Haushaltsentwürfe.

Dass der Senat sich ordentlich gequält hat, ist offensichtlich. Noch nie ist es im Vorfeld der Senatsbeschlüsse zum Haushalt zu einem solchen, teilweise auch öffentlich ausgetragenen Gezerre gekommen. Bis heute sind die Unterlagen nicht vollständig, und die dem Parlament für seine Beratung verbliebene Frist, bis der Haushalt Ende Juni dann hier in der Bürgerschaft in zweiter Lesung verabschiedet werden soll, ist denkbar knapp.

Trotzdem möchte ich mit dem Positiven beginnen, was aus Sicht der Grünen heute einen sehr deutlichen Unterschied zu den Beratungen der letzten Jahre ausmacht: Die Zeit der Schönrede scheint ziemlich vorbei zu sein, vorbei die Zeiten, in denen jede Haushaltsdebatte mit dem Schein verbrämt wurde, der Sanierungserfolg sei in greifbarer Nähe, Bremen hätte im Wettstreit der Bundesländer nur zufällig nicht überall Platz eins belegt, und die Welt schaue bewundernd auf uns. Auch wenn Klappern zum Geschäft gehört, diese jährliche Inszenierung wurde immer absurder, und es ist gut, dass sie vorbei ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Die Zahlen, die die Arbeitnehmerkammer in den nächsten Tagen herausgeben wird, werden zeigen, dass es über den gesamten Sanierungszeitraum hinweg keine positive Abkopplung vom Bundestrend gibt. Wenn man einmal Einmaleffekte einbezieht wie besondere Steuereinnahmen im Jahr 2003 oder die großen Effekte, die Außenwirtschaftsorientierung der bremischen Wirtschaft, wenn man das ordentlich behandelt, nämlich herausrechnet, dann ist es im Sanierungszeitraum nicht gelungen, eine deutliche Abkopplung vom Bundestrend herzustellen. Die Zahlen geben dies nicht her, und das, finde ich, sollte man auch hier weiter einräumen. Da ist der Senat auf gutem Wege. Nur Ehrlichkeit auch in dieser Frage, denn die Lage Bremens ist nämlich nicht besser als zu Beginn des Sanierungszeitraums, schafft Perspektiven für neue politische Strategien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Also, dieser Senat und Senator Dr. Nußbaum haben die Haushaltslage in weiten Teilen realistisch dargestellt, manches Unangenehme weggelassen, aber auch Risiken benannt. Das ist aus grüner Sicht die Voraussetzung für Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit, Unterstützung für manche harte Maßnahme zu erhalten und Grundlagen für die notwendigen Verhandlungen mit dem Bund, den anderen Ländern und auch für die immer wahrscheinlicher werdende Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu schaffen.

Die letzten notwendigen Schritte zur Ehrlichkeit gehen Sie leider nicht, Herr Senator, und auch in der Koalition hatte ja bisher niemand den Mut einzuräumen, dass es mit dem verfassungskonformen Haushalt 2005 nichts wird! Die Absetzbewegungen sind nicht zu übersehen, auch in Ihrer Rede eben, verfassungskonform zur Zeit der Verabschiedung oder ehrgeiziges Ziel? Das Ergebnis kennt man erst am Ende des Jahres 2005. Das sind die neuen Sprachregelungen.

Verheerenderweise hat eine ganze Koalition ihre politischen Ziele nicht in ihren Worten, aber in ihren Taten auf die Vorlage eines verfassungskonformen Haushalts eingedampft. Das finde sogar ich, dass Sie sich da, meine Damen und Herren von der ganz großen Koalition, unter Wert verkaufen. Es gibt viele andere positive Dinge, die auch Sie getan haben, die man in den Mittelpunkt der Überlegungen und der Strategien stellen sollte.

(B)

Das Ziel eines verfassungskonformen Haushalts ist unverzichtbar. Wenn man es ohne eigenes Verschulden nicht erreichen kann, räumt man es ein. Es gibt noch viele andere Ziele für unsere beiden Städte, die offenkundig etwas mit den Menschen und ihrer Zukunft zu tun haben. Verfassungskonformität allein sagt nichts aus über gute oder schlechte Politik, Hoffnung auf Veränderung, die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, neue Arbeitsplätze oder Verbesserungen in der Bildungspolitik. Das ist unsere Kernkritik: Auf Gedeih und Verderb an ein jetzt unerreichbares Ziel gekettet geht zuviel Energie dafür verloren, den Haushalt auf das angestrebte Zahlenwerk zu trimmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um was geht es denn eigentlich dabei inhaltlich, außer um einen guten Abgang für die Bürgermeister Henning Scherf – wo ist er eigentlich, Geld hat ihn noch nie interessiert! – und Hartmut Perschau?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie legen Haushaltsentwürfe mit den höchsten Kürzungsquoten im Verwaltungshaushalt in den letzten 20 Jahren vor, und das, obwohl Bremen auf über 20 Jahre Sparpolitik zurückblicken kann. Die Städte sind wund von den jährlichen Sparrunden.

Während noch vor wenigen Jahren jede Veränderung bei der Unterstützung von Projekten, Initiativen und Vereinen, im Sozial- und Bildungsbereich, im Kultur- und Jugendbereich mit wütenden Protesten einherging, ist es heute still. Viele sind schon weg, weitere werden sich jetzt verabschieden, der Rest ist mit Überlebenskampf beschäftigt. Das wird fatale Auswirkungen für die Urbanität unserer Städte haben, für die Dynamik, die wir für die Zukunft brauchen.

(C)

Wohlfahrtsverbände unterschreiben Kontrakte, in denen vereinbart wird, dieselbe Arbeit mit immer weniger öffentlichen Mitteln zu erledigen, Kultureinrichtungen wie das Waldau-Theater sind am Ende,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das liegt aber nicht an uns!)

Bäder müssen geschlossen werden, das Sanierungsprogramm für öffentliche Gebäude wurde gekürzt.

Wir Grünen sagen nicht, dass nicht das meiste von dem, was hier an Kürzungen passiert ist, unausweichlich war. Aber kommen Sie den Menschen nicht weiter mit dem verfassungskonformen Haushalt! Sie wollen erstens nicht hinter das Licht geführt werden und zweitens wissen, wie es mit ihnen weitergehen soll. Machen Sie die Arbeit von Dr. Danemann stärker zur Grundlage Ihrer Überlegungen! In der Studie wird deutlich, dass Bremen an sehr vielen Punkten mittlerweile im unteren Drittel der Angebote vergleichbarer Großstädte angekommen ist bei dem Angebot, das wir hier in Bremen und Bremerhaven für unsere Bürgerinnen und Bürger vorhalten. Darin liegt doch die wirkliche Existenzgefährdung. Das Liebenswerte, das Städtische, das Eigene, das Tradierte, das Bunte klein gespart, bis das größte Kapital der Bremerinnen und Bremer, nämlich das hohe Maß an Identifikation unserer Bürgerinnen und Bürger mit unseren Städten, verspielt ist.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie kündigen an, in Menschen investieren zu wollen. Ja, das wäre die richtige Linie! Nur, Sie tun es ja gar nicht! Es gibt keine Schwerpunkte in dem von Ihnen vorgelegten Haushalt. Das Zweitkräfteprogramm im Kindergarten ist fast nur noch ein Ärgernis und überdies auch noch gefährdet, wenn Soziales den Unsinn mit der Kindergarten-GmbH nicht hinbekommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bildungs-GmbH hat doch auch nur den Sinn, den Haushalt zu schönen. Dafür wird dann neue Bürokratie in Kauf genommen und viel Ärger für die Schulen, die nun zusätzlich von noch einer Gesellschaft am Gängelband geführt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Geben Sie die bei der BIG gefundenen Millionen doch einfach direkt in die beiden Haushalte! Aus Koalitionsproporz müssen natürlich Senator Röwekamp und Senator Perschau auch noch etwas abbekommen. Sie haben so viele Probleme in die Zukunft verschoben, bei dieser Sache wäre es geradezu eine Wohltat, das Problem in die Zukunft zu verschieben und das Geld erst einmal direkt in die Haushalte zu geben, dann würden wenigstens nicht schon wieder neue Bäume im Gesellschaftenschungel angepflanzt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es Ihnen wirklich um die Zukunft gegangen wäre, wie Sie hier angekündigt haben, dann hätten Sie eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die diesen Namen auch verdient. Für Reformen braucht man Planungssicherheit. Es war doch gerade die große Koalition, die zu Recht aus dem erwürgenden Korsett der Jährlichkeit der Haushalte heraus wollte. In Ihrer Finanzplanung fehlt jegliche Vorschau für die Ressorthaushalte. Niemand bei Inneres, Kultur oder Bildung hat eine Grundlage für Konzepte in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 mit Wirkung in die nächsten Haushaltsjahre! Welche Maßnahmen morgen welche Ergebnisse zeigen, wie viel Geld über den Haushalt 2005 in ihren Bereichen wofür eingesetzt werden darf, alles Fehlanzeige! So sehr die Grünen sich gefreut haben, dass der Senat endlich die lange eingeforderte mittelfristige Globalplanung vorlegt – darüber wird die Haushaltsberatung geführt, darüber müssen wir noch reden –, die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung ist in der Tat ein Totalausfall!

(B) Im Bereich der Investitionen haben Sie sich in besonderem Maße mit Ruhm bekleckert. Schon in den Unterlagen zu Ihren Koalitionsverhandlungen stand endlich einmal unmissverständlich, dass in den Haushalten 2004 und 2005 so gut wie keine freien Mittel für Investitionen mehr vorhanden sind. Das Investitionsprogramms und das Anschlussinvestitionsprogramm sind bis weit in die nächste Legislaturperiode hinein zu großen Teilen verpflichtet.

Die große Koalition hat hier zukünftigen Regierungen und sich selbst auch die Spielräume genommen. Nur, hören wollte das niemand von Ihnen, im Gegenteil! Die Grünen wurden noch der besonderen Schwarzseherei beschuldigt. Bis heute liegt dem Parlament keine Liste der eingegangenen Verpflichtungen für Investitionen vor.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Skandal!)

Das wirft ein sehr schlechtes Licht darauf, wie bis 2003 das Finanzressort geführt wurde. Überblick? Fehlanzeige!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hauptsache, es wurde erst einmal beschlossen! Alle (C) Macht der Verwaltung!

Beratungen über die Investitionshaushalte sind unter diesen Voraussetzungen unmöglich. Das wird aber notwendig sein, um über das Streichen und Kürzen von schon beschlossenen Projekten wenigstens geringe Spielräume zu gewinnen. Hat das Finanzressort eigentlich immer noch keinen Überblick, oder wird gerade noch vier weitere Wochen das Spiel gespielt, möglichst viele Fakten zu schaffen, damit das Parlament nichts mehr in Frage stellen kann? Beide Varianten sind in hohem Maße verantwortungslos!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Woher soll das Geld für die Kulturhauptstadt kommen? Ungelöst! Für die Sanierung des Übersee-Museums? Versprochen und ungelöst! Für die Projekte Alter Hafen/Neuer Hafen, für neue Projekte, die wir noch gar nicht kennen? Sie erzeugen sehenden Auges eine Situation, in der es nur die Wahl geben wird, mit der Finanzierung noch weiter in die Zukunft zu gehen.

Der Beschluss der SPD-Fraktion von Potsdam, nur 25 Prozent des Anschlussinvestitionsprogramms 2011 bis 2014 zu belasten, ist mutig, bei 18 Prozent sind wir wohl schon. Das wird sich leider gar nicht halten lassen.

Einen Lichtblick gibt es doch: Es scheint in diesem Haus ein paar Kolleginnen und Kollegen zu geben, denen es jetzt ernst ist. Bald soll auch in Bremen etwas Selbstverständliches gelten, nämlich neue Investitionsentscheidungen werden nur in Kenntnis der finanziellen Folgen schon getroffener alter Investitionsentscheidungen getroffen. (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Selbstverständlichkeit eigentlich!)

Welch ein Fortschritt!

Den Streit um die Investitionsquote, Senator Nußbaum hat hier von 18,2 Prozent gesprochen, kann man übrigens auch bald beenden. Sie ist nur noch auf dem Papier hoch. Wenn das Geld, das in die Investitionshaushalte eingestellt wurde, für die Abfinanzierung alter, schon getätigter Investitionen gebraucht wird, wird man wenig Neues machen können. Damit werden in den nächsten Jahren die Impulse besonders für die Bauwirtschaft aus dem öffentlichen Haushalt unausweichlich geringer ausfallen.

Grüne behaupten nicht, dass eine andere, vorsichtigere Investitionspolitik uns heute eine grundsätzlich andere Haushaltslage beschere würde. Bremen ist auch aus unserer Sicht unverschuldet in diese Notlage geraten, wird heute wie gestern von der hohen

- (A) Schuldenlast erdrückt und kann sich heute wie gestern nicht ohne Hilfe aus der Notlage befreien.

Das Hauptproblem, das sehen wir wie diese Regierung, ist eine ungerechte Finanzverteilung, und ohne die zu verändern, wird es kein finanzielles Überleben für Bremen geben. Trotzdem haben Sie bis hinein in die jüngste Vergangenheit Investitionsentscheidungen getroffen, die nicht gegen anderes, vielleicht Sinnvolleres abgewogen wurden. 62 Millionen Euro für Flächenankäufe Arberger und Mahndorfer Marsch, 55 Millionen Euro für den Technologiepark West! Bei der Entwicklung der Überseestadt wird uns dieses Geld bitter fehlen. Allein 27 Millionen Euro Zinsen in den nächsten 18 Jahren für Galopprennbahn und Trainingsrennbahn! Der Kulturbereich könnte das Geld gut gebrauchen und vielleicht besser einsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

168 Millionen Euro insgesamt in die Stadthalle! Dass sich das für die Stadt irgendwann rechnet, halten wir für ausgeschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Für die 14,4 Millionen Euro, die Sie in den beiden folgenden Haushaltsjahren nur für Umbauten infolge ihrer trostlosen Schulgesetznovelle ausgeben müssen, sollten Sie sich aus Sicht der Grünen eigentlich schämen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Trotzdem, wir haben die Botschaft wohl gehört, in der Regierungserklärung, im Koalitionsvertrag und eben auch in der Rede von Senator Dr. Nußbaum, strengere Kriterien, Überprüfung aller Investitionsentscheidungen! Gut, es ist spät dafür, reichlich spät, und es wird nun wieder auch fast schon wieder ein Jahr lang nur angekündigt.

Beim Thema Personalausgaben gehen Sie vor wie in allen anderen Bereichen, fast ohne Differenzierung und ohne Aufgabenkritik wird mit dem Rasenmäher regelmäßig über immer denselben Bereich gefahren. Wer sich nicht rechtzeitig auf eine besser bezahlte Stelle in einer der Gesellschaften retten konnte, muss Kürzungen hinnehmen. Gleich werden wir noch über das Gesetz zur Beamtenbesoldung sprechen. Auch hier fehlt der Mut zur Zukunft. Vom viel gerühmten Projekt Bürokratieabbau findet sich in den Haushalten gar nichts. Darum muss es aber gehen, wenn man nicht ein wichtiges Gut für Bremen aufs Spiel setzen will: das Engagement und die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Herr Senator Dr. Nußbaum hat eine Reihe von Risiken für den Haushalt eingeräumt: Solidarpakt mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, höhere Sozialhilfekosten, die nächste Steuerschätzung und natürlich den so genannten Kanzlerbrief. Risiken sind haushaltsrechtlich Bereiche, Ausgabenposten oder Einnahmeposten im Haushalt, die eine realistische Chance haben, so auszugehen, wie sie im Haushalt veranschlagt werden. Das sind Risiken. Das trifft auf die von Ihnen genannten Bereiche aus grüner Sicht ausdrücklich nicht zu. Den Solidarpakt wird es nicht geben. Ein völliger Einstellungsstopp, der auf dem Papier zu ähnlichen Haushaltszahlen führen würde, wäre völlig unsinnig. Den können Sie zum Glück auch gar nicht durchhalten.

Die Sozialhilfekosten sind schon wieder zu niedrig veranschlagt worden, und Senatorin Röpke stimmt auch schon wieder zu. Dabei müsste sie doch nun wissen, dass ihr dieses Handeln wider besseren Wissens im Dienste der Koalition schlecht vergolten wird. Die nächste Steuerschätzung kommt bald und müsste eingearbeitet werden.

Dann noch ein Wort zum Kanzlerbrief! Alle wissen es: Auch wenn in Berlin Milch und Honig fließen würden, wenn der Kanzler alle Ansprüche anerkennen würde und willig wäre, es gäbe keine Rechtsgrundlage, Bremen dauerhaft über 500 Millionen Euro als laufenden Zuschuss zu den laufenden Kosten, also zum Verwaltungshaushalt, zu gewähren. Die von Ihnen gewählte Größenordnung schreckt eher ab, macht uns in den Augen der anderen zum Teil auch lächerlich und verstellt den Blick für andere Maßnahmen bis hin zur Klage, die Bremen ergreifen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die von Ihnen benannten Risiken sind keine, sondern eine bewusste Setzung von Haushaltsdaten im Dienste Ihres Ziels, einen auf dem Papier verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Das dürfen Sie nicht. Der Haushalt muss klar, wahr und vollständig sein. Das ist übrigens auch nicht der einzige Punkt, an dem der Senat gegen geltendes Recht verstößt. Das von der großen Koalition selbst beschlossene Sanierungssicherstellungsgesetz verbietet das Ausweisen von globalen Minderausgaben, von einem Verschieben, wie Sie das planen, eines Teils der globalen Minderausgaben in das nächste Haushaltsjahr einmal ganz zu schweigen.

Es gibt viel zu tun für das Parlament! Investitionen überprüfen, Überblick über Vorbelastungen gewinnen, Versprechungen einlösen und Geld dafür finden wie beim Übersee-Museum! Es wäre im Interesse Bremens, wenn sich die Koalition ferner vom abnervenden Muster, wenn ein SPD-Ressort etwas bekommt, dann muss auch eines von der CDU etwas bekommen, auf eine Linie einigen würde.

(C)

(D)

- (A) Die Grünen werden einen klaren Schwerpunkt auf die Unterstützung von Familien, Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen legen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu können und müssen alle Politikbereiche beitragen. Da muss man sich wirklich ehrgeizige Ziele setzen und die Pisa-Leiter ordentlich hochklettern. Frühförderung, Sprachförderung und auf die Bedürfnisse einzelner Kinder und Jugendlicher ausgerichteter Unterricht in mehr Ganztagschulen, das kann man auch in diesen Zeiten schaffen. Das setzt aus grüner Sicht Zeichen für den Glauben an die Zukunft Bremens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Sehr geehrte Frau Linnert, Sie hatten nach dem Verbleib von Bürgermeister Dr. Scherf gefragt. Dr. Scherf war beim 14. Deutschen Verwaltungsgerichtstag in seiner Funktion als Senator für Justiz und Verfassung.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

- (B) Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Linnert, schon als ich am Sonntag einen Zeitungskommentar von Ihnen gelesen habe, aber erst recht nach Ihrer Rede jetzt frage ich mich, was die grüne Opposition uns denn nun eigentlich vorschlagen will.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sollen wir aufgeben? Sollen wir uns den schwarzen Anzug anziehen und vor die grüne Fraktion treten und vor Bund und Länder treten und sagen, das war es mit dem bremischen Sanierungskurs, wir melden den Konkurs für Bremen an? Ist das Ihre Vorstellung?

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ehrlich sein!)

Da sage ich Ihnen, das ist nicht unser Weg! Wir haben einen Weg vorgeschlagen mit diesem Haushaltsentwurf, der schwierig ist, aber der ein Weg ist. Das, was Sie vorschlagen, ist nichts, was für die Zukunft Bremens in irgendeiner Weise eine Perspektive bietet.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zweite Vorbemerkung, verfassungskonformer Haushalt! Dabei geht es nicht darum, ob man ein solches Ziel erreichen will oder nicht. Es gibt ein Grundgesetz, es gibt eine Bremische Landesverfassung, und danach müssen wir dieses Ziel anstreben, und das hat seine Gründe. Der Finanzsenator hat

- (C) davon gesprochen, das ist das Grundprinzip einer nachhaltigen Finanzpolitik, oder man kann es auch so nennen, es soll dazu verhelfen, dass wir nicht auf Kosten späterer Generationen leben. Deswegen müssen wir dieses Ziel anstreben.

Wer glaubt, mit der Aufgabe des Ziels verfassungskonformer Haushalt würde das Leben leichter werden, den frage ich: Haben wir dann mehr Geld, haben wir dann weniger Spardruck? Nein, meine Damen und Herren, das ist es nicht! Ich glaube, der richtige Weg ist zu sagen, verfassungskonformer Haushalt ist weder ein Popanz noch eine Monstranz, sondern es ist ein Ziel, das man erreichen muss und das die Politik nie aufgeben darf.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die bremische Politik steht seit der historischen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1992, mit der Bremens unverschuldete Haushaltsnotlage festgestellt und Sanierungshilfen des Bundes zuerkannt wurden, unter einer doppelten, aber unter einer miteinander verbundenen Zielsetzung, nämlich erstens, Bremen muss und will seine finanzwirtschaftliche Handlungsfähigkeit wieder herstellen. Das heißt, Bremen muss mit seinen laufenden Einnahmen seine laufenden Ausgaben erfüllen können, Stichwort, wie eben schon erwähnt, verfassungskonformer Haushalt. Zweitens: Bremen investiert in den Umbau seiner Wirtschaftsstruktur, um so auf Dauer seine Wirtschafts- und Steuerkraft zu stärken, Stichwort Investitionssonderprogramm. Aus diesen beiden Zielsetzungen folgt das Leitmotiv Sparen und Investieren.

(D) Nun wissen wir, dass die Sanierungshilfen 2004 auslaufen und dass sich Bremen damit in einer ganz entscheidenden Phase seiner Zukunftssicherung befindet. Frau Linnert, ich bin insofern mit Ihnen einig, als dass ich sage, wir brauchen eine offene, eine ehrliche, eine breite Diskussion sowohl über den bisher erreichten Stand der Sanierung als auch über die Perspektiven. Kraftmeierei und Jubelarien sind dabei ebenso wenig hilfreich wie Pessimismus als Lebensphilosophie.

Meine Damen und Herren, der immer wieder gern zitierte Professor Dr. Rudolf Hickel hat in einer Stellungnahme zum vorliegenden Haushalt gesagt – ich erwähne ihn, Sie können sich denken, warum –, der wirtschaftsstrukturelle Teil der Sanierung Bremens sei durchaus gelungen. So sehen wir das auch. Das Land Bremen ist vorangekommen, Frau Linnert. Da haben wir einen völlig anderen Blick auf unser Bundesland. Tausende Arbeitsplätze wurden trotz dramatischer Konjunkturerinbrüche und weltweiter Krisen gesichert und neu geschaffen. Ich als Bremen-Norder sage immer wieder, geht doch einmal bitte auf das alte Vulkan-Gelände und schaut euch an, was da passiert ist! 1996, als wir im kalten Winter demonstriert haben um den Erhalt von Arbeitsplät-

- (A) zen, hätte keiner für möglich gehalten, dass jetzt schon wieder so viele Menschen dort arbeiten, wie das 1996 am Ende des Bremer Vulkan der Fall war!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

So etwas kann man doch nicht gering erachten, das kann man auch nicht unter den Teppich kehren!

Richtig ist auch, das Wirtschaftswachstum liegt über dem Bundesdurchschnitt. Die Einwohnerentwicklung verläuft gegen den Trend in Großstädten und Ballungsräumen positiv. Ich weiß sehr wohl, dass das nur leicht positiv ist, aber es ist eben doch positiv. Damit haben wir einen für das Land ganz verhängnisvollen Trend durchbrochen, und das, meine Damen und Herren, ist ein großartiger Erfolg, und das darf man auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich setze fort mit dieser Bilanz: Technologiepark und Airport-City, Hochschulen und IUB, Universum und Schlachte stehen für Erfolg und Imagegewinn und damit auch für die grundsätzliche Richtigkeit des Bremer Sanierungskurses. Als aktuelles Beispiel für das geänderte Image Bremens ist doch uns allen die Ernennung Bremens zur Stadt der Wissenschaft 2005 in frischer Erinnerung.

- (B) (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Von der Gründung der Universität 1971 bis zu dieser Auszeichnung gegen Konkurrenten wie Göttingen oder Dresden, das war ein langer Weg, aber dieser Weg hat sich doch gelohnt, und er ist ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion ist deshalb klar, dieser Kurs wird fortgesetzt,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Welcher?)

doch nach unserer Auffassung muss dabei deutlich werden, und zwar noch stärker als bisher, wir entwickeln Bremen und Bremerhaven für die Menschen, die hier wohnen und leben. Wir investieren in Arbeitsplätze und Bildungsangebote, in Stadtentwicklung und Versorgungsstrukturen nicht nur, um von außen attraktiv zu werden, sondern um die Lebensqualität der Menschen in Bremen und Bremerhaven zu erhalten und zu verbessern. Diese Zielrichtung muss als Schwerpunkt der künftigen Investitionspolitik noch viel deutlicher hervortreten, meine Damen und Herren.

Zur Wahrheit gehört aber auch, Frau Linnert hat es angesprochen, dass die finanzwirtschaftliche Lage

- Bremens trotz zehnjähriger größter Sparanstrengungen weiterhin dramatisch ist. Ohne Sanierungshilfen hat der Haushalt eine Deckungsquote von unter 75 Prozent. Mit anderen Worten, ohne Hilfe von außen müssten jedes Jahr rund eine Milliarde Euro neue Schulden aufgenommen werden. Das macht deutlich: So alternativlos auch weiterhin Sparsamkeit und Einsparung sind, so klar ist, dass allein eine Politik der Ausgabenkürzungen nicht zur Sanierung des Haushalts führen kann. (C)

Übrigens, meine Damen und Herren, auch weil uns bewusst ist, dass es Grenzen des Sparens gibt, nach jahrelangem Sparen, nach kräftigem Abbau von Personal- und Verwaltungskosten sind die Einsparpotentiale begrenzt und sind weitere Einschränkungen bei den öffentlichen Dienstleistungen und öffentlichen Leistungen kaum noch zu verantworten. Deswegen sage ich, meine Damen und Herren, wir werden nicht die Hand dafür reichen, dass Strukturen und Standards, die für eine soziale Politik in Bremen und Bremerhaven unverzichtbar sind, Schaden nehmen.

(Beifall bei der SPD)

- Es stimmt doch, was die Gewerkschaften und Personalräte sagen, was zumindest der Teil des Hauses, für den ich stehe, auch bei den Reden zum 1. Mai gehört hat: Bremen hat nicht in erster Linie ein Ausgabeproblem, Bremen hat ein Einnahmeproblem. Das heißt, auch bei weiterer Stärkung unserer Wirtschaftskraft und bei weiteren Sparanstrengungen kann nur eine strukturelle Besserstellung Bremens im föderalen System unserer Finanzverteilung die Handlungsfähigkeit Bremens wiederherstellen. Das muss man, das haben Sie auch getan, Frau Linnert, das sage ich hier auch, ganz klar auch so aussprechen. (D)

Die Frage ist aber, welche Schlussfolgerung daraus zu ziehen ist. Ich glaube, das heißt nicht, das eine tun oder das andere lassen. Wir müssen uns gleichzeitig auf verschiedenen Feldern bewähren, nämlich erstens, wir müssen Bremen weiter voran bringen: wirtschaftlich bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, bei Bildung und Ausbildung und bei allem, was unsere Städte Bremen und Bremerhaven urban und lebenswert macht. Zweitens, wir müssen, soweit möglich und verantwortbar, weiter sparen. Drittens, wir müssen mit guten Argumenten bei Bund und Ländern für eine strukturelle Besserstellung Bremens hinarbeiten.

Es werden in der öffentlichen Debatte verschiedene Stichworte genannt: Lohnsteuererlegung und originäre Steuerverteilung, Einwohnerwertung, Anspruch auf weitere Sanierungsleistung als Haushaltsnotlageland, Kanzlerbrief, möglicher erneuter Gang zum Bundesverfassungsgericht. Ich vermute, auch Sie haben es angesprochen, dass ein erneuter Gang nach Karlsruhe unausweichlich werden kann, aber

(A) was immer sich als der richtige Weg erweisen wird, ich glaube, hier sind alle gefordert, Christdemokraten genauso wie die Grünen und selbstverständlich auch wir Sozialdemokraten, denn, seien wir doch ehrlich, hier ist noch ganz viel Überzeugungsarbeit außerhalb Bremens zu leisten. Ganz egal, ob ich den Blick auf meine Partei richte oder ob ich auf Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, schaue, hier müssen Bremerinnen und Bremer gemeinsame Überzeugungsarbeit leisten, alle zusammen! Das ist nach meiner Überzeugung die wichtigste Aufgabe, die wir über unsere Grenzen Bremens hinaus haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich bleibt es weiter richtig, in unsere Zukunft zu investieren, und leider bleibt es notwendig, auch weiter zu sparen. Dabei sage ich aber deutlich, die Pflicht zum Sparen betrifft alle Bereiche der Politik, und die Verantwortung hierfür muss in einer Koalition auch von allen getragen werden. Ich sage aus gegebener Veranlassung, es kann nicht sein, dass die einen Senatsressorts für das Sparen und für das Verkünden schmerzhafter Einschnitte zuständig sind, während die anderen als Verkünder der frohen Botschaft mit dem Füllhorn durch Bremen und Bremerhaven laufen. Das ist eine Arbeitsteilung, die es mit uns nicht geben wird.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe Zustimmung auf der Senatsseite.

(Heiterkeit)

Herr Eckhoff, ich vermute es am ehesten bei Ihnen.

Meine Damen und Herren, Investitionen behalten ihre zentrale Bedeutung für die Zukunft Bremens und Bremerhavens, der Finanzsenator hat es ausgeführt. Wie ernst wir das nehmen, zeigt die Investitionsquote der vorliegenden Haushaltsentwürfe. Mit rund 18 Prozent ist sie weit überdurchschnittlich hoch und übertrifft die Vorjahreswerte. Man schaue sich in Bund und Ländern um, dann weiß man, was wir hier für eine Leistung erbringen!

Dabei muss aber klar sein, dass die Politik des äußerst sparsamen Umgangs mit Haushaltsmitteln eben auch für die Investitionsausgaben zu gelten hat. Wer bei den so genannten konsumtiven Ausgaben, bei öffentlichen Dienstleistungen oder sozialen Einrichtungen und Leistungen Einschränkungen vornehmen muss, der darf nicht auf der anderen Seite den Eindruck erwecken, als ob in Bremen mit leichter Hand einmal eben so Millionen für Investitionsprojekte locker gemacht werden. Auch bei Investitionsausgaben müssen wir jeden Euro zweimal umdrehen, und die Bürgerinnen und Bürger müssen er-

kennen können, dass es auch auf dieser Seite des Haushalts keinen Leichtsinn gibt, ebenso wie es auf der anderen Seite bei den konsumtiven Ausgaben vermutlich nicht einen in diesem Hause gibt, dem soziale Einschnitte leicht fallen.

(C)

Investitionen also behalten ihre zentrale Bedeutung für die Sanierung, aber der Titel Investition schützt vor Fragen nicht, denn wir müssen feststellen, dass die in den nächsten Jahren insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel des Anschlussinvestitionsprogramms schon weit höher verpflichtet sind, als dies vom Senat bisher dargestellt wurde. Wir müssen feststellen, dass es mehr Ideen und Vorschläge für Projekte gibt, als Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Kein Projekt ist deshalb schlecht, keine Idee ist deshalb unvernünftig, nur weil es mehr Ideen und Projekte gibt, als wir uns gleichzeitig leisten können. Aber es besteht die dringende Notwendigkeit zu überprüfen, welche Investitionen unabdingbar, welche verschiebbar und welche gegebenenfalls verzichtbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auf Basis einer vom Senat zu erstellenden Prioritätenliste müssen am Ende wir Parlamentarier nach sorgfältiger Beratung darüber entscheiden, welche Vorhaben kurzfristig verwirklicht oder zumindest vorläufig aufgegeben werden müssen. Ich sage ganz deutlich, Frau Linnert hat ja schon die Beschlussfassung der SPD-Fraktion angesprochen, ohne eine solche Gesamtschau wird die SPD-Fraktion nicht über weitere Investitionen entscheiden, weil dies nicht seriös wäre und weil wir uns und unseren Nachfolgern auch für die Zukunft Gestaltungsspielräume erhalten müssen. Nennen Sie es ein Moratorium oder anders, für uns ist es schlicht eine Selbstverständlichkeit für eine seriöse Investitionspolitik, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen, ich sagte es, um eine generelle Neubewertung aller Investitionsvorhaben und Investitionswünsche nicht herum. Wir können es uns zum Beispiel nicht leisten, unabhängig von der tatsächlichen Nachfrage große Gewerbeareale zu entwickeln. Wir müssen uns noch stärker daran orientieren, welche Auswirkungen Investitionen auf Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen, aber auch auf Lebensqualität und soziale Infrastruktur haben. Das ist dringend nötig, weil das Volumen der öffentlichen Investitionen eben nicht beliebig ausgeweitet werden kann, deren Qualität aber zugleich verbessert werden muss. Ich begrüße deshalb sehr, was der Finanzsenator in seiner Rede dazu gesagt hat, er hat dabei die volle Unterstützung der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(A) Meine Damen und Herren, ein besonderes Augenmerk, einen besonderen Schwerpunkt bei den Investitionen zur Zukunftssicherung unserer Städte müssen und werden wir in Bremerhaven legen, nicht nur, weil uns die Seestadt am Herzen liegt, sondern auch, weil dort besondere Anstrengungen notwendig sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen von den großen Problemen, der hohen Arbeitslosigkeit und den aktuellen Schwierigkeiten bei den Werften, aber man darf an dieser Stelle auch sagen, wir haben schon viel erreicht. Nur ein Beispiel: Bremerhaven ist heute in Europa an der Spitze im Tiefkühlkostbereich. Hier ist es gelungen, gerade durch den Aufbau entsprechender Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen ein zukunftsfähiges Standbein zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich bringe dieses Beispiel, um zu zeigen, dass die Investitionspolitik der großen Koalition eben auch in Bremerhaven Erfolge aufzuweisen hat. Wir werden auch zukünftig ein Viertel der Investitionsmittel für Bremerhaven zur Verfügung stellen. Wir werden trotz aller aktuellen Probleme nicht kleinmütig, sondern wir werden mit aller Kraft für die Zukunft Bremerhavens arbeiten, und ich bin ganz sicher, dass unsere Seestadt eine gute Zukunft hat, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dass wir hier heute einen Haushaltsentwurf debattieren, der von schwierigsten Rahmenbedingungen geprägt ist und der daher auch an vielen Stellen schmerzhaft ist, ist vor allem im Sozialbereich zu spüren. Die Ausgaben im Sozialbereich sind ganz überwiegend gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen und begründen berechnete Ansprüche der Hilfebezieher, die in schwierigen Lebenslagen die Unterstützung des Gemeinwesens brauchen. Diesem Faktum haben sich die CDU-Ressorts anfänglich entziehen wollen. Ich bin sehr froh darüber, dass am Ende sich der Senat insgesamt der Verantwortung stellt.

Das ändert aber nichts daran, dass die Sozialsenatorin im vorliegenden Haushaltsentwurf Aufgaben und Einsparungen zu schultern hat, die der Grenze des Zumutbaren sehr nahe kommen. Einige Beschlüsse, die wahrlich nicht nur für Sozialpolitiker schwer erträglich waren, mussten bereits gefasst werden. Der Haushaltsentwurf enthält weitere höchst ambitionierte Ziele, die in einem sicherlich noch sehr komplizierten und schmerzhaften Prozess angegangen werden müssen. Selbstverständlich steht hinter diesen Bemühungen das ernsthafte Ziel, die notwendigen Sparquoten zu erbringen. Ich möchte aber

auch für die SPD-Fraktion ganz deutlich sagen, dass die Politik sich nicht von Zahlen und rechnerisch ge-griffenen Sparquoten ins Feld jenseits der sozialen Verantwortung drängen lässt.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion wird gemeinsam mit der Senatorin darauf achten, dass die notwendigen Sparmaßnahmen eben nicht zum sozialen Kahlschlag führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe bereits gesagt, es gibt eine Grenze des Sparrens, und diese darf nicht überschritten werden. An vielen Stellen des Sozialressorts haben wir diese Grenze bereits erreicht, und deswegen müssen wir höchst sensibel vorgehen, um die soziale Infrastruktur in unseren Stadtteilen nicht kaputtzumachen oder puren Abbau an sozialen Standards zu betreiben. Dafür werden wir nicht die Hand reichen, meine Damen und Herren.

Gerade vor den erwähnten prekären finanziellen Rahmenbedingungen unseres Landes ist es aus meiner Sicht ein großer Erfolg, dass es gelungen ist, Frau Linnert, anders als Sie es wahrgenommen haben, in diesem Doppelhaushalt 2004/2005 den Schwerpunkt für Kinder und Jugendliche zu legen. Hierzu war ein Kraftakt der großen Koalition notwendig, in dem es einzig darum ging, Investitionen in die Zukunft unserer Kinder zu sichern, also zugunsten der von uns Sozialdemokraten immer wieder betonten Investitionen in Köpfe.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Wort gehalten, meine Damen und Herren. Bildung hat für uns im Haushalt Priorität, und Mittel für die Personalverstärkung in den Kindertageseinrichtungen und zur Flexibilisierung der Betreuungzeiten werden bereitgestellt. Wir Sozialdemokraten haben immer vertreten, Investitionen für unsere Kinder und Jugendlichen sind Investitionen in die Zukunftssicherung, was immer die strengen Regeln des Haushaltsrechts auch sagen. Wir haben uns mit der CDU darauf geeinigt, hier einen durchaus gewagten Weg zu gehen, aber mit dem richtigen Ziel vor Augen, und darauf kommt es letztlich an.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch ganz offen, ich kann nicht vorhersagen, was die Prüfung einer KTH-Infrastrukturgesellschaft ergeben wird

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Quatsch! Blödsinn!)

und ob sie für den Kindergartenbereich ein geeignetes Instrument sein wird. Ich weiß aber, Frau Stah-

- (A) mann, und unterstreiche hier, dass es unser politischer Wille ist, dieses Geld bereitzustellen. Dieses Geld steht nun einmal im Haushalt, und dort wird es bleiben, mit oder ohne Untermauerung durch eine Gesellschaft, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

denn die Instrumente, die diese gesellschaftspolitischen Schwerpunkte möglich machen, stehen nicht im Vordergrund. Durch die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur für den Bereich Bildung und die KTH-Infrastrukturgesellschaft im Jugendressort können wir Ressourcenausstattungen für diese wichtigen Bereiche organisieren, die unseren Kindern zugute kommen, und ich wiederhole, allein darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich erspare es mir, auf viele weitere wichtige Punkte dieses Haushaltsentwurfs einzugehen. Wir beraten den Haushalt heute in einer ersten Lesung. Ich habe in meiner Fraktion gesagt, wären wir nicht ein bremisches Parlament, sondern eines wie –

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein normales?)

- (B) normales will ich nicht sagen –, eines wie in anderen Bundesländern, so begänne für die Parlamentarier eigentlich mit dem heutigen Tag erst die Haushaltberatung.

Ich möchte gern, dass wir – in Anführungsstrichen – ein richtiges Parlament sind und dass wir in den nächsten Wochen bis zur zweiten Lesung auch richtig in unserer parlamentarischen Verantwortung über diesen Haushalt weiter beraten. Bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, sollten wir uns dieser Aufgabe aber auch als Parlamentarier stellen. Wir sollten das, was uns der Senat vorgelegt hat, als guten Vorschlag betrachten, aber anschließend unsere Verantwortung auch ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend und zusammenfassend sagen: Dieser Haushalt setzt die richtigen Akzente, etwa mit der Priorität bei Bildung und Kindergärten. Die Vorgaben für die Ressorts sind ehrgeizig, manche Einschnitte sind schmerzlich, aber dieser Haushalt ist ein weiterer wichtiger Schritt auf unserem bremischen Sanierungsweg. Dieser Haushalt stellt die Weichen für Bremen auf Zukunft, und deshalb wird die SPD-Fraktion diesen Haushalt unterstützen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

- (C) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über den Haushalt in den letzten Wochen, aber auch die Ausführungen von Finanzsenator Dr. Nußbaum haben meines Erachtens zwei Dinge sehr deutlich gemacht. Erstens: Wir haben schwierige, sehr schwierige und enge finanzielle Rahmenbedingungen zu bewältigen, die die einzelnen Ressorts, Herr Böhrnsen, und zwar alle Ressorts, nicht nur einige wenige, vor große Herausforderungen stellen und zum Teil zu schmerzhaften Einschnitten führen.

Zweitens: Die große Koalition, der Senat nimmt sich diesen Herausforderungen an und belegt dadurch Handlungsfähigkeit. Die politische Grundlage für den Haushalt bildet dabei der Koalitionsvertrag, den wir zwischen CDU und SPD im Sommer des vergangenen Jahres geschlossen haben. Für die CDU-Fraktion ist dabei nicht nur das Ziel, einen verfassungskonformen Haushalt für das Jahr 2005 vorzulegen. Dieses Ziel sollte sich eigentlich von allein verstehen und auch keiner besonderen Erwähnung bedürfen. Herr Böhrnsen hat darauf hingewiesen, dass es ein Verfassungsziel ist. Für uns ist es wichtig, dass das Sanierungsziel eingehalten wird, dass wir die Fortsetzung der Sanierungsstrategie Sparen und Investieren bewältigen und dass wir Bremen als lebenswertes Bundesland mit Zukunft und Perspektive gestalten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Den Investitionen kommt bei dieser Sanierungsstrategie eine herausragende Stellung zu. Sie stellen das Rückgrat für die Umsetzung und das Erreichen der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Zwei-Städte-Staates dar. Nicht ohne Grund wird auch im Finanzplan dieser Frage besondere Bedeutung zugeordnet. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch hervorheben, dass es sich hierbei um einen verantwortungsvollen Umgang mit Investitionen handelt. Den Eindruck, den der eine oder andere in dieser Stadt vermitteln will, ist in meinen Augen nicht seriös, noch berücksichtigt er die Notwendigkeiten, die sich aus den Fehlern der Vergangenheit ergeben könnten.

So konnte Bremen erst im Jahr 2000 erstmals eine Investitionsquote aufweisen, die über dem Durchschnitt der westdeutschen Gemeinden und Länder liegt. Ein Zurückfallen – auch das macht der Finanzplan deutlich – hinter diesen Durchschnittswert würde ein erneutes Entkoppeln des Wirtschaftswachstums Bremens vom übrigen Bundesgebiet auslösen. Die Sanierungspolitik ist dabei kein Selbstzweck, und es geht dabei nicht nur um einen für viele Bür-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) ger abstrakten Begriff wie Wirtschaftswachstum oder Stärkung der Wirtschaftskraft.

Lassen Sie uns doch einmal übersetzen, was Wirtschaftswachstum heißt und was damit verbunden ist! Wirtschaftswachstum bedeutet die Sicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen, bedeutet die Schaffung neuer Arbeitsplätze, bedeutet, dass sich Unternehmen ansiedeln wie im Gewerbegebiet Hansa-Linie in Hemelingen oder im Technologiepark. Es bedeutet, dass Menschen in dieser Region eine Perspektive sehen, hier wohnen bleiben oder nach Bremen und Bremerhaven ziehen. Es bedeutet, dass die originäre Steuerkraft steigt und mittelfristig wieder die Gestaltungsmöglichkeiten in anderen Politikbereichen erhöht werden. Investitionen belasten unserer Auffassung nach nicht die Zukunft, sondern sollen zu Mehreinnahmen in der Zukunft führen. Deswegen heißt es ja auch Investition, und wir stellen uns hier eindeutig hinter die Investitionsstrategie des Senats.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Um dies auch für uns als CDU-Fraktion deutlich zu machen: Wirtschaftswachstum ist natürlich nicht alles, aber ohne die Umsetzung und den Erfolg in diesem elementaren Bereich der Sanierungsstrategie werden wir unser Bundesland nicht weiter voranbringen können, dann werden Stichworte und Inhalte wie Lebensqualität, Standortfaktoren, positives Image, die Attraktivität von Kultur, Sport und Freizeit in Bremen und Bremerhaven nur Wunschträume und Worthülsen bleiben. Ohne ein qualitatives Wirtschaftswachstum wird die Steigerung der Steuereinnahmen in eine Lethargie führen, die wir ja Ende der achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre leider hier in Bremen zu verzeichnen hatten und die die beiden Städte gelähmt hat.

Nicht nur die originäre Steuerkraft gewinnt in diesem Zusammenhang an Gewicht. Durch das neue Finanzausgleichsrecht bei der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2005 kommt den Einnahmeeffekten von zusätzlichen Arbeitsplätzen mehr Bedeutung zu. Daher: In der Bemühung zur Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze darf nicht nachgelassen werden. Hierzu gehört neben der Technologieförderung auch die Ausweisung von neuen Gewerbeflächen und die optimale Anbindung von Wirtschaftsstandorten durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur.

Diesen Prozess muss Bremen weiter gestalten und fördern, muss auf zukunftsfähige Wirtschaftszweige und Technologien setzen. Der Hinweis, in diesem Zusammenhang nur auf die Verhandlung, was die originäre Steuerkraft angeht, mit anderen Bundesländern zu setzen – ich komme gleich noch auf das zurück, was Frau Linnert gesagt hat – ist sicherlich ein wichtiger Punkt, aber entbindet uns nicht davon, unsere eigentlichen Hausaufgaben zu machen. Ich

- (C) glaube, das ist an dieser Stelle noch einmal sehr wichtig hervorzuheben.

Nicht nur in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sehen wir als CDU-Fraktion in den anstehenden Haushaltsberatungen einen Schwerpunkt. Themen wie gute Schulen für unsere Kinder und eine angemessene Versorgung mit Plätzen in Kindertagesheimen mit qualifizierten Betreuungskräften haben ebenso eine hohe Bedeutung wie die innere Sicherheit oder eine bezahlbare Gesundheitsversorgung in Bremerhaven und Bremen. An dieser Stelle möchte ich auch an die Adresse derjenigen einige Worte richten, die innerhalb der Koalition, das ist ja zu vernehmen, sehr kritisch stehen und den Weg der Sanierungsstrategie auch sehr distanziert betrachten.

Sicherlich, die eine oder andere Entscheidung fällt nicht leicht. Die zu treffenden Entscheidungen sind schwierig und bedeuten für den einen oder anderen unangenehme Folgen. Dies gilt aber für beide Seiten gleichermaßen. Eines ist aber mehr als deutlich: Die unumstrittenen Erfolge sind Erfolge, die die beiden Koalitionsparteien – das will ich hier ausdrücklich hervorheben – in den vergangenen acht Jahren erarbeitet haben. Wer diese Erfolge herunterreden und nicht zur Kenntnis nehmen will, der wird auch seinen Anteil an diesen Erfolgen negieren.

- (D) Nicht nur interne Berechnungen und Erhebungen, die aufzeigen, wo Bremen ohne die Sanierungsbemühungen stehen würde, belegen die Richtigkeit und den Erfolg des Weges der großen Koalition, sondern auch durch externe Studien und Erhebungen wie zuletzt die Allensbach-Studie wird die Sanierungsstrategie ausdrücklich unterstrichen: Nummer eins in der Dynamik unter den deutschen Großstädten, Nummer zwei in den Feldern Wirtschaftsförderung und Unternehmerfreundlichkeit, eine positive Einwohnerentwicklung im vergangenen Jahr in Bremen – die Menschen fühlen sich hier wohl –, ein geringerer Anstieg der Arbeitslosigkeit als im Bundesdurchschnitt, die Abkoppelung vom Bundestrend seit fünf Jahren, eine positive Entwicklung im Einzelhandel trotz Branchenkrise, nämlich durch die Bemühungen in der Innenstadt und den Nebenzentren. Das Wirtschaftswachstum in den vergangenen vier Jahren lag über dem Bundesdurchschnitt. Bremen war das einzige Bundesland, das die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren steigern konnte. Diese Ergebnisse, aber auch weitere Kennzahlen zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Es gab, und das will ich auch offen und deutlich ansprechen, in den vergangenen Wochen zahlreiche Auseinandersetzungen, die nach außen den Eindruck vermittelten, dass die Freude am Streit und am Konflikt innerhalb der Koalition zunehmend an Oberwasser gewinnt. Die Gespräche und Verhandlungen waren von einem anderen Geist geprägt als von der Presse dargestellt, in der Sache zwar hart

(A) und deutlich, aber im Auge immer eine Problemlösung und nicht die Bereitschaft, zum Teil des Problems zu werden, wie der eine oder andere sich manchmal auch dort einlässt. Die gefundenen Kompromisse in allen Fragen, die anstanden, stellen in der Summe eine tragfähige Lösung für beide Seiten dar. So haben wir unsere Bedenken bei der Kürzung und Streichung der Sonderzahlung und des Urlaubsgeldes der Beamten in Bezugnahme auf die Gleichbehandlung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zurückgestellt ebenso wie bei der Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer.

Auf der anderen Seite herrscht jetzt aber auch Klarheit bei den Investitionen für die Jahre 2004 und 2005. Alle Projekte, die für diese beiden Jahre vorgesehen sind, sind im Haushaltsentwurf abgesichert und können begonnen werden. Im Haushalt der Sozialsenatorin werden in den kommenden Jahren weitere 8,5 Millionen Euro einzusparen sein, so dass wir insgesamt bei rund 32 Millionen Euro sind. Dafür beteiligen sich die anderen Ressorts bei der Finanzierung des 120-Millionen-Euro-Defizits im Sozialressort, und dies fällt den anderen Ressorts nicht leicht. Den Eindruck, Herr Böhrnsen, den Sie vermitteln, die Senatoren Eckhoff, Röwekamp oder Perschau hätten ein Füllhorn, ist natürlich vollkommen verkehrt, Sie wissen es selbst auch.

(B) Unseren Bedenken bei der Gründung der Infrastrukturgesellschaft wird mit dem Rechnungsvorbehalt eindeutig Rechnung getragen, und da geht es nicht um die Frage, ob wir nicht die Bildung und Kindertagesheime fördern wollen, das ist nicht die Frage, sondern wir wollen hier auch eine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik auf den Tisch legen. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Linie stimmt, dass sich mit dem eingeschlagenen Weg die Ziele der Koalition mit Erfolg erreichen lassen.

Einen besonderen Schwerpunkt gelegt und bleibenden Eindruck hinterlassen, meine Damen und Herren, hat Frau Linnert zur Rolle der Leistungsfähigkeit und Stringenz der Opposition. Viele Kritikpunkte waren ja im Vorfeld ausgiebig zu vernehmen, auf den Kommentar am letzten Sonntag im „Weser-Report“ wurde ja schon eingegangen. Scheinbar differenziert wurden die einzelnen Punkte vorgetragen. Es fehlten aber die Alternativen der Grünen zur Sanierungsstrategie, zu den Investitionsfragen und wie sich vor allen Dingen Investitionen zu konsumtiven Ausgaben verhalten sollen. Hier reicht es nicht aus, sich nur auf den Hinweis zurückzuziehen, wir werden es schon mit den Verhandlungen der anderen Bundesländer hinbekommen. Meine Damen und Herren, das kann keine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik sein!

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass es auch die einleitenden Worte von Finanzsenator Dr. Nußbaum deutlich gemacht

haben: Der Haushalt gibt ein klares Bild der Verhältnisse wieder. Sie sind nicht besser, als sie es sind. Risiken sind bekannt und werden nicht verschleiert, besonders das Beispiel der Sozialhilfekosten verläuft ins Leere. Durch das Controllingssystem, das über Jahre unter Verantwortung von Finanzsenator Perschau eingeführt worden ist, ist in den ersten Monaten dieses Jahres relativ schnell deutlich geworden, dass die Annahmen des Sozialressorts bezüglich der Höhe der Sozialhilfekostenausgaben vom November des vergangenen Jahres nicht realistisch sind und entsprechende Anpassungen erforderlich wurden. Diese Anpassungen finden sich im Haushalt und in Beschlüssen des Senats wieder, meine Damen und Herren, ebenso wie das Restrisiko Kanzlerbrief im Haushalt abgebildet ist. Hier bleibt abzuwarten, welche Erfolge die Bemühungen von Bürgermeister Dr. Scherf und Finanzsenator Dr. Nußbaum in Berlin haben werden.

Eines ist aber auch klar: Die Risiken, die sich in der unklaren und unübersichtlichen Politik der Bundesregierung widerspiegeln, können nicht abschließend dargestellt werden. Kaum wird damit begonnen, die Agenda 2010 umzusetzen, wird sie in Berlin fleißig durch halbherzige Versuche von Partei und Gewerkschaft wieder einkassiert. Die notwendigen Reformen lassen sich so nicht umsetzen, und hier wird die kommende Steuerschätzung Ende nächster Woche Aufschluss über den Erfolg beziehungsweise das Handeln der rotgrünen Regierung für Bremen ergeben.

Wir müssen erkennen, dass weder das eine – nämlich Investitionen und Stärkung der Wirtschaftskraft – noch das andere – Bildung und Kinder voraus, wie Sie sagten, Frau Linnert – für sich allein miteinander funktionieren. Wir müssen versuchen, neben einer verantwortungsvollen Familien- und Bildungspolitik in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven auch eine verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso, wie wir gute Schulen und leistungsfähige Kindergartenstrukturen brauchen, brauchen wir eine effektive Wirtschaftsförderung und den Mut, auch Großprojekte zu realisieren.

Die Grünen schränken durch ihren Einsatz und die singuläre Sichtweise den Spielraum für die Gestaltung in wichtigen Politikfeldern in den kommenden Jahren in unseren Städten massiv ein, wenn sie es nämlich nicht schaffen, die Steuereinnahmen nachhaltig zu steigern. Ihr Ansatz ist schlichtweg zu kurz gesprungen, geht genau zu Lasten derer, die sie angeblich in den Mittelpunkt stellen wollen, und hat mit Zukunft und Zukunftsgestaltung nichts zu tun. Für den Haushalt reichen solche Parolen viel-

(C)

(D)

- (A) leicht aus, für eine ehrliche Haushaltspolitik nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Auch der pauschale Hinweis, die Sanierungspolitik sei gescheitert, lässt sich, wie von mir eben schon erwähnt, durch zahlreiche Kennzahlen in den Bereichen Arbeitsplatzentwicklung, Entwicklung und Dynamik, Umbau der öffentlichen Verwaltung, Bürgerfreundlichkeit widerlegen. Sie müssen sich vor diesem Hintergrund schon einige Fragen gefallen lassen, und Sie müssen sich nicht nur diese Fragen gefallen lassen, Sie müssen sie auch beantworten, Antworten geben, die Sie in Ihrer Rede zumindest nicht gegeben haben: Wollen Sie einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen, oder wollen Sie ihn nicht vorlegen?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss man!)

Wollen Sie sich den fiskalischen Notwendigkeiten unterwerfen, oder haben Sie vielleicht neue ökonomische Ansätze im Köcher, die das Gleichgewicht bisheriger Ansätze völlig außer Kraft setzen? Haben Sie einen Ansatz, eine Alternative zu den stringenten und strengen Ausgabendisziplinen, die wir hier in dem Haushalt wiederfinden? Wie sieht Ihre Alternative eigentlich aus?

(B)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das soll für alle gelten!)

Ich glaube, dass Sie um die Beantwortung dieser Fragen, wenn Sie als Opposition ernst genommen werden wollen, in den anstehenden Haushaltsberatungen nicht herumkommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich verkneife es mir, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie etwas für das Bundesland Bremen tun könnten. Setzen Sie sich bei Ihren Parteifreunden in Berlin ein! Sorgen Sie dafür, dass wir eine Reformpolitik bekommen, eine Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, die endlich dafür sorgt, dass wir in Europa vom Schlusslicht endlich wieder in das vordere Drittel kommen!

(Beifall bei der CDU)

Dann werden wir hier in Bremen und Bremerhaven auch eine Menge davon haben!

Ich möchte hier noch einige Anmerkungen machen, die aus Sicht der CDU-Fraktion für den Doppelhaushalt 2004 und 2005 in den einzelnen Politikfeldern von besonderer Bedeutung sind.

Zum einen ist die Bildungspolitik zu nennen. Es ist uns gelungen, bei dem Bildungssystem in Bremen einen Reformierungsprozess einzuleiten. Die Studien Iglu und Pisa werden hoffentlich der Vergangenheit angehören.

(C)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen wir weitermachen!)

Dass dies aber Geld kostet, meine Damen und Herren von den Grünen, auch das ist klar.

Das Thema Innere Sicherheit findet sich in den Haushaltsplänen natürlich auch entsprechend wieder. Als Stichwort ist hier zu übernehmen, dass dieses Jahr die komplette Übernahme der Dienstanwärter in den Vollzugsdienst gewährleistet ist. Auch das war ein Punkt, der unklar war.

Zur Wirtschafts- und Häfenpolitik sind auch wichtige Schwerpunkte für die CDU-Fraktion zu nennen: Ausbau und Optimierung der Hafeninfrastuktur in Bremerhaven, zahlreiche Projekte, die fortgeführt werden beziehungsweise jetzt mit der Optimierung CT I in Gang gesetzt werden, Stärkung der touristischen Infrastruktur in Bremerhaven, in Bremen. Das Auswanderermuseum ist hier als Beispiel zu nennen oder die Bemühungen für die Kulturhauptstadt des Kultursenators Hartmut Perschau.

Aber auch die Bereiche Bau und Verkehr sind wichtige Bereiche, die maßgeblich zum Fundament der Sanierungsstrategie gehören. Zu nennen ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, zum Beispiel die Anbindung der alten Hafenreviere. Man kann nicht auf der einen Seite immer kritisieren, dass solche Wirtschaftsgebiete, solche Entwicklungsgebiete nicht vernünftig angebunden sind, und sich dann, wenn sie angebunden werden sollen, der Verantwortung entziehen. Aber auch das Innenstadtprogramm, das Stadtteilprogramm, mit 25 Millionen Euro im Doppelhaushalt abgesichert, sind Ansätze auf breiter Basis, die Infrastruktur auch in den Stadtteilen zu verbessern.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir als Parlamentarier haben nun die Aufgabe, uns ernsthaft mit diesem Haushalt auseinander zu setzen. Spielräume sind, wenn überhaupt, nur in geringem Maße vorhanden. Nichtsdestoweniger entlässt uns diese Tatsache nicht aus der Verantwortung, uns in aller Ernsthaftigkeit mit dem vom Senat vorgelegten Haushalt auseinander zu setzen. Ich bin davon überzeugt, dass der eingebrachte Haushalt die Anforderungen und Perspektiven für das Bundesland Bremen für die kommenden Jahre erfüllen wird. Ich denke, wir sind weiterhin auf einem guten Weg. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Wedler.

Es beginnt dann vermutlich die zweite Runde, weil sich dann schon einige haushaltspolitische Sprecher der Fraktionen gemeldet haben.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beziehungsweise die ihn tragenden Parteien haben im Wahlkampf versprochen, ab 2005, mit dem Ende des Sanierungszeitraums, soll es wieder verfassungskonforme Haushalte geben. Mit diesem Versprechen haben sie die zurückliegenden Wahlkämpfe bestritten und auch die Wahlen gewonnen. Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dieses Versprechen kann nicht gehalten werden. Ein Blick in die vorgelegten Haushaltsunterlagen bestätigt dies. Der Senat offenbart uns mit diesem Zahlenwerk ein finanzpolitisches Desaster. Auch nach Auslaufen der Sanierung ist es nicht möglich, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Die Sanierung ist damit gescheitert.

Ein verfassungskonformer Haushalt gelingt nur auf dem Papier, er gelingt nur durch einen Griff in die finanzpolitische Trickkiste. Für das finanzpolitische Desaster ist die seit über acht Jahren regierende Koalition aus SPD und CDU verantwortlich. Eine Hauptschuld trägt dabei die CDU. Sie war in all den Jahren für die Wirtschaftspolitik und damit für den Erfolg der Investitionspolitik verantwortlich. Bis auf das letzte Jahr war die CDU auch für die Finanzpolitik zuständig. Bei der SPD verwundert es in Bremen niemanden, dass sie mit Geld nicht umgehen kann, schließlich wurde die Sanierung nach jahrelanger SPD-Regierung erforderlich.

(B)

(Abg. F o c k e [CDU]: Du hast dich schon gefreut, dass alles bei uns bleibt!)

Bei der CDU verwundert dies umso mehr, zumindest für die bremische CDU muss man feststellen, dass sie offensichtlich ebenfalls nicht mit Geld umgehen kann. Wir haben hier in Bremen offensichtlich eine Regierung, in der keiner der beiden Koalitionspartner mit Geld umgehen kann. Eine sehr, sehr bittere Erkenntnis! Acht, beziehungsweise bald neun Jahre große Koalition waren für die Katz, haben die Finanzprobleme Bremens nicht gelöst, eher noch verschlimmert.

Von den vielen Unsicherheiten und Risiken, die über dem Doppelhaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung liegen, möchte ich nur die für mich wichtigsten kurz benennen. Das sind die nächste Steuerschätzung, die jetzt demnächst kommen wird, die Entwicklung der Sozialhilfekosten, die Entwicklung der Schulden und Zinsen sowie die Umsetzung des Solidarpaktes hier in Bremen.

(Vizepräsidentin D r . T r ü p e l übernimmt den Vorsitz.)

In all diesen Bereichen zeichnen sich Entwicklungen ab, die für die Haushaltsentwicklung erhebliche zusätzliche Probleme aufwerfen. So müssen wir zum Beispiel bei der nächsten Steuerschätzung, die ja auch erstmalig einige bundesgesetzliche Neuregelungen berechnen wird, möglicherweise mit Einbußen rechnen mit der Folge, dass die Einnahmepositionen unserer Haushalte sinken werden, das Haushaltsdefizit also noch größer wird, als es eh schon ist.

Auch die Entwicklung der Sozialhilfekosten ist längst nicht unter Kontrolle. Die angemeldeten Mehrbedarfe des Ressorts und die Entwicklung der letzten Monate geben zu großer Besorgnis Anlass. Der angepeilte Solidarpakt ist nur in Bezug auf die Beamten und Versorgungsempfänger gestaltbar. Ob der Angestellten- und Arbeiterbereich und auch die Personalhaushalte der Sonderbereiche Stiftungen und sonstigen Zuwendungsempfänger, wie es im Haushaltsplan unterstellt wird, mit gleichen Abstrichen folgen werden, ist völlig offen. Ich glaube nicht, dass die Koalition hier große Tatkraft und großen Mut zeigen wird.

Auch die Ausgaben für die Zinsen spiegeln nicht die Realität wider. Sie beinhalten zum Beispiel nicht die Zinsen, die außerhalb der Haushalte anfallen. Sie sind auch viel zu niedrig ausgewiesen, weil mit den niedrigen Zinssätzen der Vergangenheit kalkuliert wurde und weil bestimmte Zinsen gar nicht als Zinsen, sondern, wie der Landesrechnungshof festgestellt hat, als Investitionen gebucht werden. Auch dies ist ein finanzpolitischer Taschenspielertrick, um rechnerisch unter dem Strich einen verfassungskonformen Haushalt hinzubekommen!

(C)

(D)

Von den dramatischen Schulden der drei bremischen Gebietskörperschaften möchte ich hier gar nicht reden, denn diese sind entgegen den Planungen nicht gesunken, sondern weiter gestiegen. Schaut man sich den Haushaltsentwurf 2004 einmal näher an, dann stellt man fest, dass es ein Haushaltsloch von knapp 1,3 Milliarden Euro gibt. Dieses stopft die letzte Sanierungsrate in Höhe von 357,9 Millionen Euro nur unzureichend. Es verbleibt ein Finanzierungssaldo von 771,3 Millionen Euro. Diese Haushaltslücke überschreitet bei weitem die haushaltsrechtlichen Grenzen, die für eine Kreditaufnahme gesetzt sind.

Nach unserer Landeshaushaltsordnung und unserer Verfassung dürfen Kredite nur bis zur Höhe der Investitionen aufgenommen werden. Weil dies aber nicht ausreicht, macht der Senat für das Jahr 2004 von der Ausnahmeregelung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes Gebrauch. Diese gestattet ausnahmsweise eine Überschreitung der Kreditaufnahmegrenze zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Jeder Kundige weiß, dass wir derzeit eine solche konjunkturelle, also kurzfristige Störung unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht haben. Wir haben strukturelle

(A) Wirtschaftsprobleme, die die Bundesregierung nicht anpackt und deren Lösung der Senat nicht vorantreibt. Die FDP hat darauf immer wieder hingewiesen. Daraus folgt: Um nicht gegen Haushaltsrecht zu verstoßen, missbraucht der Senat eine Gesetzesbestimmung, die für diese Situation überhaupt nicht gedacht ist und die auch unsere Sanierung überhaupt nicht voranbringt.

Für 2005 wird mit einem Finanzierungsdefizit von gut einer Milliarde Euro gerechnet und dies in dem Jahr, in dem Bremen saniert sein sollte, also einen verfassungskonformen Haushalt auf die Beine stellen sollte! Doch dieses Ziel wird verfehlt, wie ein Blick in die Unterlagen zeigt. In der Schule würde man sagen: Sechs, setzen!

Um rechnerisch doch noch einen verfassungskonformen Haushalt darstellen zu können, greift der Senat auf den so genannten Kanzlerbrief zurück, der das fehlende Geld für die konsumtiven Haushalte bringen soll. Auf diesem Brief ruht die ganze Hoffnung der Koalition. Ohne Einlösung des Kanzlerbriefs bricht das Kartenhaus, nämlich die genannte Haushaltsplanung, in sich zusammen, denn ohne die Kompensationszahlungen des Bundes aufgrund dieses Briefs ist ein verfassungskonformer Haushalt nicht mehr machbar.

(B) Dann wird offenbar, dass die Koalition finanzpolitisch am Ende ist und dass die Sanierung des Bundeslandes Bremen gescheitert ist. Dieser Brief hat im Übrigen nicht den Wert, den man ihm beimisst. Nach unserer Auffassung ist dieser Brief sogar wertlos. Im Unterschied zu Ihnen, Herr Kastendiek, ist das kein Restrisiko, sondern das ist eine nennenswerte Position in unserem Haushalt und nicht nur im Haushalt 2005, sondern auch in allen folgenden Haushalten.

Ich befürchte, dass die derzeitigen Gespräche in Berlin über den Kanzlerbrief nicht von Erfolg gekrönt sein werden. Spätestens mit Abschluss dieser Gespräche dürften Sie von der Koalition Ihr Waterloo erleben. Ein drittes Sanierungsprogramm, wie manche es sich erträumen, wird es kaum geben, da das Saarland bessere Sanierungsergebnisse erzielt hat und mit Berlin ein neuer Sanierungsfall aufgetreten ist. Die Finanzprobleme beim Bund und bei den meisten anderen Bundesländern sind zudem so groß, dass die Bereitschaft, Bremen ein drittes Mal bei der Haushaltssanierung zu helfen, gegen Null tendieren dürfte. Bremen muss sich deshalb selbst helfen. Um dies machen zu können, muss man sich zunächst einmal ehrlich machen, und das bedeutet, dass man das Scheitern der bremischen Sanierung endlich eingesteht. Erst wenn die Koalition hierzu den Mut aufbringt, wäre ein Neuanfang möglich.

Ein Neuanfang würde vielen weh tun. Nicht nur der öffentliche Dienst wird hier betroffen sein, auch viele soziale, kulturelle und sportliche Initiativen und Einrichtungen würden über ihre Budgets neu nach-

denken müssen. Viele Investitionen werden gestrichen oder geschoben werden müssen, nicht nur in Bremen, auch in Bremerhaven! Eine Neuausrichtung unserer Wirtschaftspolitik und Investitionspolitik ist die Folge. Insofern ist es richtig, die geplanten Investitionen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Nicht jede Investition ist gut und sinnvoll, das sollte inzwischen selbst der Senat gemerkt haben.

Dabei muss man in diesem Zusammenhang auch sehen, dass über Jahre hinaus aufgrund der Vorfestlegung und Mittelbindungen eigentlich gar keine Investitionen mehr getätigt werden können. Das Geld steht im Rahmen einer ordentlichen Haushaltsführung überhaupt nicht mehr zur Verfügung. Was jetzt noch geschieht, erfolgt über Vorfinanzierungen und außerhaushaltliche Bereiche und taucht erst lange nach Ablauf dieser Legislaturperiode, wenn überhaupt, in unseren Haushaltsplänen auf. Das ist eine abenteuerliche und höchst unseriöse Investitions- und Finanzpolitik, an der sogar, wenn ich das richtig gelesen habe, der Landesrechnungshof Anstoß nimmt.

Das Prinzip des Sparens und Investierens, das sich die große Koalition zur Leitlinie gemacht hat, ist nach unserer Auffassung gescheitert, weil dieses Prinzip insbesondere im Bereich des Investierens hemmungslos überdehnt wurde und weil viele unrentable Investitionen und auch Flops dabei waren. Zudem wurde, wie das konsumtive Finanzierungsdefizit jetzt am Ende des zweiten Sanierungszeitraums zeigt, auch viel zu zaghaft gespart. Hätte man rechtzeitig richtig gespart, auch an den Zinsen, wären die Probleme heute kleiner.

Manche meinen nun, man könne aus der zum großen Teil selbst verschuldeten Misere dadurch herauskommen, dass man über die Neuverteilung der Steuern und eine Revision des bundesstaatlichen Finanzausgleichs nachdenkt. Das geht aber nicht ohne den Bund und die anderen Bundesländer. Dabei stehen dann alle Länder und auch der Bund mit ihren Finanzproblemen auf der Matte. Die bremischen Erfordernisse nach zwei erfolgten Sanierungsphasen werden uns da eher belasten als nützen. Zumindest kurzfristig dürften für unsere bremischen Finanzprobleme von hier keine Lösungen zu erwarten sein.

Kurzfristig hilft nur ein harter Tritt auf die Ausgabenbremse

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo denn?)

und das Bemühen, politische Mitstreiter im Bund und in den Ländern für Änderungen beim bundesstaatlichen Finanzausgleich und bei der Verteilung der Gemeinschaftssteuern zu finden.

(Abg. F o c k e [CDU]: Vorschlag! – Zuruf des Abg. K a s t e n d i e k [CDU] – Abg. F o c k e [CDU]: Vorschläge!)

(C)

(D)

- (A) Das bedingt auch eine Neuausrichtung der bremschen Wirtschafts- und Investitionspolitik, bei der parteipolitische Präferenzen keine entscheidende Bedeutung haben dürfen. Lediglich wirtschafts- und finanzkraftstärkende Effekte sollten beachtet werden, und dabei müssen auch die Problemregionen innerhalb des Bundeslandes Bremen im Vordergrund stehen. – Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Allgemeine Laberei war das!)

Wie bei Ihnen auch!

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Dr. Nußbaum, Ihre Ausführungen zum Haushalt waren für mich eine einzigartige und großartige Märchenstunde und sonst nichts. Die Haushaltsplanberatungen und -gesetzgebung, mit denen wir uns heute erstmalig in der Bürgerschaft beschäftigen, sind die Bankrotterklärung der großen Koalition schlechthin.

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Wo ist der Senat?)

- (B) Meine Damen und Herren, aber nicht nur der Haushalt ist eine Bankrotterklärung, denn nach den Paragraphen 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in Verbindung mit Paragraph 50 des Haushaltsgrundsatzgesetzes ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Damit wollen die Gesetzgeber eine genaue Kontrolle der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung gewährleisten, um eventuell gegensteuern zu können.

Zum Steuern braucht man allerdings einen erfahrenen Steuermann und eventuell auch einen erfahrenen Lotsen. Der Kapitän allerdings träumt ja jetzt schon davon, Verkehrsminister zu werden, um an der Schiffskatastrophe, die uns bevorsteht, nicht schuld zu sein. Die große Koalition ist unfähig, die Zukunft unseres Bundeslandes und damit die Zukunft der zwei Städte Bremen und Bremerhaven zukunftsfähig zu gestalten. Ich neige schon einmal dazu, namens der Deutschen Volkunion die Situation mit drastischen, ehrlichen, realistischen Worten lautstark zutreffend zu beschreiben. Dafür bin ich von vielen Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden. Bei diesem Haushalt allerdings fehlen sogar mir die Worte.

(Zuruf: Gut! – Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Dann können Sie sich ja wieder setzen!)

Aber nur für Sekunden! Beruhigen Sie sich!

Meine Damen und Herren, eine Landesregierung, die es wagt, dem Parlament einen solchen Haushalt vorzulegen, sollte sich in Grund und Boden schämen. Nein, sie sollte sich nicht nur in Grund und Boden schämen, Sie müssen sich sogar in Grund und Boden schämen. Ihnen bleibt doch nichts anderes mehr übrig, als den Polizisten und den Beamten des Landes und der zwei Städte das Weihnachts- und das Urlaubsgeld rücksichtslos zu streichen. Ihnen bleibt, bei der enormen Schuldenaufnahme, die kein Mensch jemals wieder zurückzahlen kann, über Schattenhaushalte und über Kredite neben dem Haushalt finanztechnischen unseriösen Unfug zu begehen und zu betreiben. Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik ist erbärmlich gescheitert. Das sehen Sie daran, dass Sie im Stadtstaat nach Ihren Berechnungen von 2003 bis 2005 bei den Steuereinnahmen ein Minus von sage und schreibe 1,5 Prozent berechnen, und das, obwohl Sie bei den Schlüsselzuweisungen an Bremen von 2004 auf 2005 14 Millionen Euro Mehreinnahmen haben!

Sie sehen, meine Damen und Herren, Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik ist nicht in Ordnung, und Ihre großartig angekündigten Maßnahmen haben bei weitem nicht gegriffen. Sie sind am Ende! Meine Damen und Herren, eine unseriöse und unsoziale Finanzpolitik ist bei einer Regierung, an der die SPD beteiligt ist, nun wirklich nichts Neues. Genosse Schröder und Genosse Eichel zeigen und beweisen es den Bürgern durch ihre unerträgliche und unsoziale Politik des gnadenlosen und skrupellosen Abzockens der Bürger jeden Tag. Diesem schamlosen Beispiel allerdings sollten Sie nicht folgen.

Zum unseriösen Haushalt kommt allerdings auch das Lächerliche hinzu, und da folgen Sie dem Beispiel von Verkehrsminister Stolpe, der als Lachnummer der Nation nun von der Lachnummer aus Bremen, von Herrn Senator Lemke, wohl noch übertraffen werden soll, Stichwort Kindergarten-Infrastrukturgesellschaft. Wer auf eine solche Idee kommt, meine Damen und Herren, der ist wirklich restlos am Ende. Wir können ja jetzt auch die Polizeigesellschaft für alle Polizisten, die Feuerwehrgesellschaft für alle Feuerwehrbeamten, die Lehrgesellschaft für alle Lehrkräfte und die Verwaltungsgesellschaft für alle Beamten und Angestellten gründen, dann hätten wir keine Personalkosten mehr beim Land. Man kann doch schon auf Anhieb ersehen, wie hilflos, wie lächerlich das alles ist.

Auch Ihre Gewerbesteuererhöhung und Ihre Grundsteueranhebung, einmal von 420 auf 440 Punkte und einmal von 530 auf 580 Punkte, zeigen, dass Sie die Standorte Bremen und Bremerhaven nicht nach vorn bringen, sondern sie schwächen und ihnen schaden. Ich billige Ihnen ja zu, dass Sie diese Erhöhung nicht gern beschlossenen haben, aber ich sage Ihnen: Dass die katastrophale Finanzlage, bedingt durch Ihre verfehlte Politik, Sie dazu gezwungen hat, dafür tragen Sie die politische Verantwortung.

(C)

(D)

(A) tung und sonst niemand! Die Analyse des Haushalts zeigt doch auf, Sie sind nicht mehr Herr des Handelns, und damit geben Sie jeden, aber auch jeden Handlungsspielraum erzwungenermaßen auf. Eine neue Organisation mit Verkäufen von Teilen der Stadtwerke aus dem Potential der BVV heraus mag ja nur zum Teil richtig gewesen sein, aber die Restanteile müssen Sie notgedrungen verkaufen, Sie haben keine andere Wahl mehr.

Jetzt kommt das Dreisteste, das Frechste, was mir in meiner langen politischen Laufbahn jemals untergekommen ist: Sie buchen aus dem Kanzlerbrief im Jahr 2003 328 Millionen Euro, im Jahr 2004 427 Millionen Euro und im Jahr 2005 sogar 5,11 Millionen Euro.

(Zuruf von der CDU: Was?)

511 Millionen Euro, Entschuldigung! Dann möchte ich hier und heute vom Finanzsenator wissen, wie er diese Beträge finanzieren will und kann, wenn der Kanzlerbrief in Berlin durch den großartigen SPD-Schuldenminister Eichel anders gesehen wird als hier vom Bremer Senat.

Meine Damen und Herren, Sie schicken mit Ihrer verfehlten und in allen Bereichen gescheiterten Politik die Menschen unseres Bundeslandes Bremen weiterhin und durch die EU-Erweiterung noch vermehrt und verstärkt rigoros in die Arbeitslosigkeit und in den sozialen Abstieg. Ein solcher Haushalt ist nicht zu verantworten. Ich werde namens der Deutschen Volksunion zum Wohle und im Interesse der Bürger diesen unseriösen Haushalt selbstverständlich uneingeschränkt ablehnen. Sie können nur froh darüber sein, dass ich leider wie immer nur eine viel zu kurz begrenzte Redezeit habe.

(B) Herr Böhrnsen, wenn es stimmt, dass es mit dem Bundesland aufwärts geht, wenn das stimmen würde, dann dürften gerade Sie als SPD-Fraktion, als Genossen, dem Tagesordnungspunkt 27 und sozialen Kürzungen bei den Beamten geschlossen gemeinsam nicht zustimmen, denn ansonsten würden Sie und Ihre SPD auf Kosten der Beamten hier eine unerträgliche Schaumschlägerei betreiben. Das, meine Damen und Herren, ist eine unehrliche und sozial unerträglich betriebene SPD-Politik!

Herr Böhrnsen, Sie haben erwähnt, dass Sie für Bremerhaven viel erreicht haben. Wenn Sie allerdings damit zum Ausdruck bringen wollen, dass die Lloyd-Werft und die SSW-Werft am Rande des Ruins stehen, dann allerdings haben Sie für Bremerhaven sehr viel erreicht. Darauf aber wäre ich an Ihrer Stelle nicht besonders stolz. – Ich bedanke mich!

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch

einmal herausstreichen, worin wir uns, glaube ich, im Haus ziemlich einig sind, nämlich darin, dass es darum geht, einen verfassungskonformen Haushalt anzustreben. Da herrscht überhaupt kein Streit zwischen uns, zumindest zwischen den Fraktionen hier in der Bürgerschaft. Das ist auch unser Ziel. Was uns aber trennt, ist die Frage, ob mit den Mitteln, die Sie ergreifen, dieses Ziel überhaupt zu erreichen ist, vor allem im Jahr 2005. Das, was Sie praktizieren, ist, dass Sie Schulden in Schattenhaushalten auftürmen, dass Sie Spielräume für zukünftige Investitionen jetzt schon verbraten, dass Sie die Investitionsquote der Zukunft belasten. Sie werden in Zukunft nicht mehr so weiter investieren können, wie Sie es bisher gemacht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Böhrnsen, wenn Sie sagen, dass Sie erst dann weiteren Investitionen zustimmen werden, wenn es eine Liste über die bisherigen Verpflichtungen gibt, dann kann ich nur sagen: Willkommen im Klub, tolle Sache! Das ist etwas, das wir immer gefordert haben, das geht in die richtige Richtung. Wenn Sie sich mit uns gemeinsam auf den Weg machen wollen, Licht in den Dschungel zu bringen und sich einmal anzuschauen, wie die Vorbelastungen tatsächlich sind, sind wir komplett auf einer Seite!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wo wir uns uneinig sind, ist die Frage, ob man zusätzliches Geld ausgeben muss, um den Schein eines verfassungskonformen Haushalts aufrechtzuerhalten, denn durch eine solche Praxis wird das absolut sinnvolle Ziel eines verfassungskonformen Haushalts, nämlich letztlich Ausgaben zu begrenzen, Verschuldung zu begrenzen, ad absurdum geführt. Ein Beispiel dafür, wo Sie Geld ausgeben, nur um der Optik eines verfassungskonformen Haushalts zu dienen, ist die Bildungsinfrastrukturgesellschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Am Anfang der Bildungsinfrastruktur GmbH stand nämlich keine politische Schwerpunktsetzung, keine Prioritätensetzung, sondern das, was am Anfang stand, war nichts anderes als ein Haushaltsloch. Es ging bei der Festlegung der Höhe der Eckwerte im letzten Herbst nicht darum, eine Prioritätenliste zu erstellen, sondern es ging um richtigen Proporz zwischen roten und schwarzen Ressorts, statt um Sinn und Zweck ging es um SPD und CDU.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man den Finanzsenator gehört hat, könnte man meinen, dass die 25 Millionen Euro für die Bil-

(C)

(D)

(A) dungsinfrastrukturgesellschaft zusätzliches Geld wären. Tatsächlich ist es aber so, dass Sie bei absolut notwendigen Ausgaben, die hier im Hause, glaube ich, auch unumstritten sind, nur 25 Millionen Euro nicht zusätzlich gestrichen haben. Immerhin ist es so, dass das Geld aus dem Bildungsetat der kommenden Jahre beglichen werden muss, es ist im Prinzip ein Darlehen innerhalb des Haushalts beziehungsweise zwischen Haushalt und Gesellschaften. Das ist kein zusätzliches Geld, das ist keine politische Schwerpunktsetzung. Eine politische Schwerpunktsetzung sieht komplett anders aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dasselbe gilt auch für die geplante Kindergarten-Infrastrukturgesellschaft, die nämlich nicht deshalb gemacht worden ist, weil man Kindern etwas Gutes tun will, sondern weil man ein 120-Millionen-Loch im Sozialhaushalt entdeckt hat, und es geht darum, dieses Loch auch durch die Gründung dieser Gesellschaft zu stopfen. Es geht eben nicht darum, zusätzliches Geld für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen, sondern es geht darum, dass laufende Kosten bei der Kindergartengesellschaft in Höhe von 12,6 Millionen Euro durch Investitionsmittel finanziert werden sollen. Die Gründung der KTH-Infrastrukturgesellschaft ist genau der gleiche Mumpitz wie die Gründung der Bildungsinfrastrukturgesellschaft. Wenn es so weitergeht mit dem Ausgründungswahn, dann haben wir auch bald eine Sozialhilfe-Infrastrukturgesellschaft.

(B) Der Senat kommt seiner Aufgabe nicht nach, wenn er politische Verantwortung für die Gesellschaftsgründungen auf den Landesrechnungshof übertragen will. Die Frage, ob Sie diesen Unfug machen wollen oder nicht, ist Ihre Entscheidung und nicht die des Landesrechnungshofs. Wenn die Landeshaushaltsordnung aus gutem Grund vorschreibt, dass sich Bremen an der Gründung einer privatrechtlichen Gesellschaft nur dann beteiligen darf, wenn sich der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Art und Weise erreichen lässt, dann müssen Sie erklären, wie das zum Beispiel mit den 185 000 Euro ist, die jedes Jahr allein nur an Umsatzsteuer zu zahlen sind, wovon man keinen einzigen Effekt hat. Das sind die Ausgaben, die ich meine, die dargestellt werden müssen, um eine verfassungskonforme Optik im Haushalt hinzubekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man sich einmal anschaut, was denn in dem Gutachten des Unternehmensberaters steht, dann steckt darin viel Sinnvolles, nämlich genau das, was bei Bildungsfachleuten und Verwaltungswissenschaftlern seit den neunziger Jahren im Wesentlichen Stand der Debatte ist. Darin ist viel Sinnvolles, das kann man sich ansehen. Eine Frage hat aber auch der Gutachter nicht beantwortet, nämlich die:

Was haben die geplanten Veränderungen, wenn es beispielsweise um vertragliche Beziehungen, Kontrakte zwischen Schulen und Steuerungseinheit geht und so weiter, mit der Gesellschaft zu tun? Wozu, zum Teufel, braucht man ausgerechnet diese Gesellschaft? Dazu sagt weder der Gutachter etwas, noch ist das sonst irgendwo einmal dargestellt worden.

Die Situation ist so, dass nur zusätzlich Kosten entstehen und kein Nutzen durch die Gesellschaft als solche entsteht. Was soll Ihnen eigentlich der Landesrechnungshof bei so einer offensichtlichen Situation noch Neues sagen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wenn sich offenbar die Geldquelle ändert, aus der Sie die Gesellschaftseinlagen finanzieren wollen, dann ändert das nichts daran, dass Sie laufende Ausgaben aus investiven Mitteln bezahlen wollen. Wenn Sie einen verfassungskonformen Haushalt 2005 aufstellen wollen, dann bedenken Sie bitte, dass ein rechnerisch ausgeglichener Verwaltungshaushalt eben nur ein Kriterium ist und dass es daneben auch weitere Kriterien gibt!

Ich finde es gut, dass nun auch die BIG einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten soll. 23,6 Millionen Euro soll die BIG dem Landeshaushalt aus der Mobilisierung von Eigenmitteln zahlen, refinanziert aus dem Treuhandvermögen, weitere 13 Millionen Euro werden aus verfügbaren Barmitteln aus dem Treuhandvermögen herausgezogen.

Was liegt da eigentlich für ein Geld herum? Klar ist in jedem Fall, es handelt sich nicht um das Privateigentum irgendeiner Gesellschaft, es handelt sich auch nicht um den Schatz von Herrn Keller. Es geht um Mittel, die dem Staat gehören, es geht um öffentliche Mittel, denn die BIG gehört dem Staat. Sie hat sich mit dem Geld des Staates gegründet, mit Steuergeld. Sie hat sich aus dem Staat heraus gegründet.

Es passiert jetzt genau das, was nicht passieren darf. Die Gesellschaften, allen voran die BIG, haben ein Eigenleben entwickelt, sie haben eigene Interessen entwickelt. Der Zweck des Staates ist es doch wohl, Gemeinwohl herzustellen. Der Zweck der Gesellschaften aber ist es, sich selbst Zweck genug zu sein und Profit zu erwirtschaften. Da geht es nicht mehr darum, zum Beispiel bei der BIG, dass man dieselbe Sprache sprechen will wie ein Unternehmer, wenn man vernünftig Wirtschaftsförderung betreiben will, sondern da will man lieber selbst komplett Unternehmer sein. Es verabschiedet sich gerade ein Teil der Staatsverwaltung, und er nimmt das Geld dafür einfach mit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Am Ende steht eine Struktur, die folgendermaßen aussieht: Der Staat schiebt nur noch Steuergelder oben hinein in einen Mechanismus, der nicht demokratisch kontrolliert ist, der Eigeninteressen entwickelt und sie auch gegen den Staat durchsetzt. Die BIG hat ihre Rücklage, 31,7 Millionen Euro, ja schließlich immer noch, und die staatliche Bremer Aufbaubank hat immer noch ihr komplettes Stammkapital. Das ist kein Problem des Controllings, irgendwelcher fehlender Berichte oder so, sondern das ist eine unmittelbare Konsequenz aus der Konzernideologie, und das ist es, was wir angreifen.

Wenn Finanzsenator Dr. Nußbaum hier vorhin gesagt hat, dass man definieren müsse, wie eine vernünftige Balance eigenwirtschaftlicher Dynamik, Eigendynamik und gemeinwohlorientierter Koordinierungsfähigkeit herzustellen ist im Konzern Bremen, dann ist das die falsche Fragestellung. Wir müssen uns doch vielmehr fragen, wie wir es erreichen, dass der Staat öffentliche Aufgaben so effizient und gut erledigt, wie es geht, dass für die Bürgerinnen und Bürger am meisten dabei herauskommt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(B) Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Ob es der BIG als Gesellschaft gut oder schlecht geht, das ist für die Lebensqualität der Bremerinnen und Bremer schlichtweg egal. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ist das im Sinne der haushaltspolitischen Sprecher?

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung, Drucksache 16/227, in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. **W e d l e r** [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nachträglich wurde vereinbart, diesen Gesetzesantrag nach der ersten Lesung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. (C)

Wer der Überweisung des Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung, Drucksache 16/227, zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Es ist vereinbart worden, auch bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2004 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2004, Drucksache 16/228, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. **W e d l e r** [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005, Drucksache 16/228, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. **W e d l e r** [FDP])

Stimmenthaltungen?

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nun lasse ich über die Paragraphen 8 und 9 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2004 in erster Lesung abstimmen.

Wer die Paragraphen 8 und 9 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2004, Drucksache 16/237, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Paragraphen 8 und 9 des Gesetzes in erster Lesung.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über die Paragraphen 8 und 9 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 in erster Lesung abstimmen.

Wer die Paragraphen 8 und 9 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005, Drucksache 16/237, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Paragraphen 8 und 9 des Gesetzes in erster Lesung.

(Einstimmig)

Bei den verschiedenen Vorlagen zum Haushalt 2004 und 2005 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind gemäß Paragraph 63 a Absatz 2 unserer Geschäftsordnung der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit und der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Jetzt lasse ich über die Überweisungen abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, Drucksache 16/228, der ergänzenden Paragraphen 8 und 9 der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, Drucksache 16/237, der Haushaltspläne und der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2004 und 2005, der Produktgruppenhaushalte für die

Haushaltsjahre 2004 und 2005 und der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die entsprechenden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Sie darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2004 und 2005 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle Einverständnis fest.

Zum Schluss lasse ich über den Finanzplan 2003 bis 2007 der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 16/231, abstimmen. Auch hier ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Finanzplans 2003 bis 2007 der Freien Hansestadt Bremen zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Bremisches Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und zur Änderung des Senatsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 6. April 2004

(Drucksache 16/205)

1. Lesung

2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Nußbaum, ihm beigeordnet Staatsrat Lühr.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

(C)

(D)

(A) Das Wort hat Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften eröffnet den Ländern die Möglichkeit, Sonderzahlungen an Beamtinnen und Beamte landesgesetzlich zu regeln. Das ist neu, bislang wurden die Zahlungen von Sonderzuwendungen und Urlaubsgeld durch bundesrechtliche Regelungen bestimmt.

Der Bund und die anderen Länder nutzen diese Möglichkeiten für deutliche Reduzierungen der Sonderzahlungen. Angesichts unserer extremen Haushaltsnotlage sind auch wir auf eine Senkung unserer Personalkosten angewiesen. Das werden wir in Zukunft nicht mehr ausschließlich über die Reduzierung unseres Beschäftigungsvolumens tun können, und darum müssen wir auch individuelle Beiträge unserer Beschäftigten einfordern. Wir können uns keine Besserstellung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ländervergleich leisten, vor allem dann nicht, wenn wir in Zukunft darauf drängen müssen, unserer strukturellen Benachteiligung im bundesstaatlichen Finanzausgleich entgegenzuwirken. Wir brauchen die Solidarität der anderen Länder. Wir wollen deshalb von der Ermächtigung zum Erlass eines eigenen Sonderzahlungsgesetzes Gebrauch machen.

(B)

Meine Damen und Herren, wir wären das letzte Land, das von dieser Öffnungsklausel Gebrauch macht. Alle anderen Länder und der Bund haben Urlaubs- und Weihnachtsgeld für ihre Beamtinnen und Beamten inzwischen abgesenkt oder sogar ganz gestrichen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen würde Bremen bei den Besoldungen ähnliche Einschnitte vornehmen wie andere Länder. Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben entsprechende Absenkungen bereits 2003 vorgenommen. Das Finanznotlageland Berlin zahlt an seine Beamtinnen und Beamten nur noch ein Weihnachtsgeld in Höhe von 640 Euro und an seine Versorgungsempfänger in Höhe von 320 Euro. Rheinland-Pfalz und Niedersachsen verzichten ganz auf eine Sonderzuwendung und erhöhen dafür die monatlichen Zahlungen um ein anteiliges halbiertes Weihnachtsgeld. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen reduzieren die Sonderzuwendungen weniger stark, erhöhen dafür aber die Wochenarbeitszeit ihrer Beamtinnen und Beamten auf 41 beziehungsweise 42 Wochenstunden.

Bremen kann nicht hinter diesen Maßnahmen der anderen Länder zurückstehen. Wir müssen alle Chancen nutzen, um unsere extreme Haushaltsnotlage zu überwinden, und dafür müssen wir alle denkbaren Eigenanstrengungen unternehmen. Forderungen, auf die Absenkung von Weihnachts- und Ur-

laubsgeld zu verzichten oder weniger deutlich ausfallen zu lassen, verkennen unsere angespannte finanzielle Situation. Ich sage es, Bund und Länder beobachten uns sehr genau, wie ernst wir es mit unserem Sanierungskurs nehmen.

(C)

Der Senat schlägt für Bremen eine ausgewogene Lösung vor, die den einfachen Dienst völlig von der Kürzung ausnimmt. Die Lasten werden ansonsten auf alle Schultern entsprechend der Leistungsfähigkeit verteilt. Anstelle der Sonderzuwendungen von zurzeit rund 83 Prozent der Monatsbezüge für alle Beamtinnen und Beamten soll ab 2004 eine Sonderzahlung gewährt werden, die sozial gestaffelt ist. Für die Besoldungsgruppen A 7 und A 8 beträgt die Sonderzuwendung danach 55 Prozent der monatlichen Zahlungen, für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 a beträgt sie 50 Prozent und für die übrigen Besoldungsgruppen und für Empfängerinnen und Empfänger von Amtsbezügen 45 Prozent.

Ab dem Jahr 2005 erfolgt eine weitere Absenkung um fünf Prozentpunkte. Für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 6 des einfachen Dienstes verbleibt es bei den Zahlungen in bisheriger Höhe. Das Urlaubsgeld soll vollständig gestrichen werden. Der Entlastungseffekt im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen beträgt für den Bereich der aktiven Beamten beim Urlaubsgeld jeweils 2,9 Millionen Euro in beiden Jahren und beim Weihnachtsgeld 12,7 Millionen Euro im Jahr 2004 sowie 14,4 Millionen Euro im Jahr 2005. Beim Weihnachtsgeld für Versorgungsempfänger werden außerdem 7,9 Millionen Euro beziehungsweise 8,9 Millionen Euro eingespart.

(D)

Durch die Besoldungsanpassungen 2003 und 2004 steigen die Einkommen gegenüber dem Jahr 2002 um zunächst weitere 3,3 beziehungsweise 4,1 Prozent. Der vorliegende Gesetzentwurf senkt diesen Anstieg wieder ab. Das bedeutet beispielsweise für den mittleren Dienst ein Minus von 2,2 Prozent im Jahr 2004 respektive ein Minus von 2,6 Prozent im Jahr 2005. Der Senat hält diese Absenkung vor dem Hintergrund der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst für vertretbar. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen kein Sonderopfer für den öffentlichen Dienst dar, das will ich deutlich herausstellen, denn wegen der anhaltenden Konjunkturflaute in Deutschland müssen auch in der Privatwirtschaft viele Beschäftigte mit erheblichen Abstrichen beim Weihnachtsgeld rechnen, und dies im Einvernehmen mit den Tarifparteien.

Nach einer Forsa-Umfrage vom Oktober 2003 würden mehr als zwei Drittel aller Deutschen auf ihr Weihnachtsgeld verzichten, wenn sie damit Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen retten könnten. Die Arbeitsplatzsicherheit steht also eindeutig im Vordergrund. Nach dieser Umfrage haben im Jahr 2003 21 Prozent der Befragten weniger Weihnachtsgeld bekommen als im Jahr 2002, 15 Prozent mussten Einbußen hinnehmen, sechs Prozent gingen sogar erst-

(A) mals komplett leer aus. Das ist die Situation in der Privatwirtschaft.

Der Senat hält an seiner Absicht fest, mit den Gewerkschaften über einen Solidarpakt im öffentlichen Dienst zu verhandeln, um die Ergebnisse bei den Beamtinnen und Beamten auch im Sinne einer Gleichbehandlung auf die Arbeitnehmer zu übertragen. Ich meine, was in der privaten Wirtschaft möglich ist, muss auch im öffentlichen Dienst machbar sein, jedenfalls werden wir die Gewerkschaften nicht aus ihrer Verantwortung für die Arbeitsplätze in Bremen entlassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Senat bittet Sie, den vorgeschlagenen Maßnahmen zuzustimmen, weil sie eine wichtige Grundlage sind, um im Haushalt überhaupt noch Handlungsspielräume für unsere Zukunftsaufgaben zu schaffen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

(B) Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)*): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Herr Senator, Sie haben eben die Begründung für ein Gesetz geliefert, dem wir heute sicherlich alle nur sehr schweren Herzens zustimmen werden. Hintergrund der geplanten verminderten Sonderzahlungen ist auch in diesem Fall die extreme Haushaltsnotlage unseres Landes, und Sie hatten eben die Gelegenheit – und auch einige der Zuhörer –, die Diskussion über die Haushaltsentwürfe 2004 und 2005 zu verfolgen. Als Empfängerland von Sanierungshilfen, die das Land Bremen zur Überwindung der Haushaltsnotlage zurzeit noch erhält, unterliegen wir aber auch einer besonderen Verpflichtung, Eigenbeiträge zu erbringen, und vor allen Dingen dürfen wir in unseren Maßnahmen auch nicht hinter den anderen Ländern zurückstehen. Dazu gehören leider auch Maßnahmen im personalwirtschaftlichen Bereich.

Es ist nicht neu, dass wir diese Diskussion führen werden. Wir haben uns bereits in den Koalitionsverhandlungen mit dieser Situation auseinander gesetzt und festgestellt, dass zur Einhaltung des Sanierungsziels leider auch bei den Personalkosten gespart werden muss und dass dafür alle im öffentlichen Bereich beschäftigten Bremerinnen und Bremer ihren Beitrag leisten müssen. Die Belastungen sollten sozial gestaffelt werden, ohne den erforderlichen Gesamtspartbeitrag in Frage zu stellen. Wir haben heute einen Gesetzentwurf vorliegen, Herr Nußbaum hat eben vorgetragen, welche Zahlen sich dahinter verbergen und in den Haushalt eingestellt sind, welche Einsparung zu erbringen ist, und er hat auch

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

darauf hingewiesen, welche unterschiedlichen Staffellungen es gibt.

(C)

Im Rahmen der Verhandlungen mit dem Senat um dieses Gesetz konnte erreicht werden, dass bei den unteren Gruppierungen von A 2 bis einschließlich A 6 keine Kürzungen des Urlaubsgeldes vorgenommen werden. Ich denke, das ist das Augenmaß, das wir hier haben müssen, dass wir schauen müssen, dass die Einschnitte, die wir machen, so gestaffelt sind, dass keine unzumutbaren Härten entstehen. Natürlich ist das für alle Beschäftigten ein harter Einschnitt, prozentual dürfte es ungefähr bei drei Prozent des Jahreseinkommens liegen. Das ist sicherlich kein Betrag, den man einmal eben so wegsteckt. Wir alle kennen viele Familien, die mit diesem Geld rechnen und jedes Jahr auch das Weihnachtsgeld verplanen, nicht unbedingt für Weihnachtsgeschenke, sondern zum Beispiel auch zum Ausgleich des Kontos oder zum Zahlen fälliger Ölrechnungen oder ähnlicher Dinge, die nicht regelmäßig anfallen.

Es ist keine leichte Situation, und wir führen als Parlamentarier diese Diskussion auch nicht nur, wenn es darum geht, Einsparungen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorzunehmen. Wir führen sie oft in diesen Zeiten, und ich erinnere daran, dass wir schon einige Beschlüsse gefasst haben, Herr Böhrnsen hat sie vorhin erwähnt. Wir haben die Bekleidungs pauschale abgesenkt, auch da treffen wir sehr viele Menschen, und wir mussten vor kurzem hinnehmen, dass wir auf die bewährten Sozialhilfestellen, die Paragraph-19-Stellen, in Bremen früher als zum 31. Dezember 2004 verzichten. Auch hier sind es richtige Einschnitte, die wir bei den Menschen vornehmen, beziehungsweise Versprechungen, die man nicht einhalten kann, wichtige Verträge, die für Einzelne wirklich ein großer Schritt gewesen wären, auch in ihrer ganz persönlichen Lebensplanung. Ich glaube, diese ganzen Entscheidungen sind schmerzhaft.

(D)

Wir stehen aber hier als Parlamentarier, und ich denke, als Vertreter der großen Koalition auch in einer ganz besonderen Verantwortung. Wir müssen auch das Gesamtziel im Auge haben. Wir haben eben lange genug über einen verfassungskonformen Haushalt gesprochen, und dazu gehört eben auch die Ausgabenseite.

Wir haben uns vor den Wahlen in vielen Diskussionen mit Gewerkschaften und Betriebsräten auch mit der Frage beschäftigt, wie es denn mit der Öffnungsklausel aussieht. Auch ich gehöre zu denjenigen, die in Veranstaltungen bei der Steuergewerkschaft gesagt haben, dass Bremen von der Öffnungsklausel keinen Gebrauch machen wird. Im Gespräch war aber eine andere Öffnungsklausel, nämlich das Anliegen einiger Bundesländer, dafür zu sorgen, dass die Länder zu entscheiden haben, wie denn Beamte besoldet werden, und da sagen wir, das wird es mit uns nicht geben. Es kann nicht sein, dass ein

- (A) Polizist oder ein verbeamteter Lehrer oder ein Feuerwehrmann in Bremen anders besoldet wird als in Bayern, nur weil dieses andere Land zufällig mehr Geld hat.

(Abg. Herderhorst [CDU]: Wird doch noch!)

Nein, Herr Herderhorst, das wird es nicht, und wenn man sich die Zahlen genau anschaut, dann wird man das auch begreifen!

Wenn wir uns jetzt anschauen, was die anderen Länder seit dem vergangenen Jahr gemacht haben, dann stellen wir fest, dass Bremen mittlerweile das letzte Bundesland ist, das diesen schmerzhaften Einschnitt hier und heute an dieser Stelle vollzieht und vollziehen muss. Wir reißen uns in das Konzert der anderen Länder ein, wir stehen nicht an der Spitze. Wir sind die Letzten, die diese Beschlüsse hier fällen, aber ich denke, wir fällen sie auch mit einem gewissen Augenmaß, und wir haben versucht, dort, wo es geht, auch sozial so gerecht zu sein, wie man es bei Einsparungen überhaupt sein kann.

Ich glaube auch, dass diese Diskussion sich überhaupt nicht dafür eignet, sich zu überbieten, wer noch das Schlimmste verhindert hat, wer dafür gesorgt hat, dass es später in Kraft tritt und dass es überprüft wird. Ich denke, das ist ein Weg, den wir gemeinsam gehen müssen, und die große Koalition hat ihre Rechtfertigung in diesen Zeiten doch vor allen Dingen darin, dass wir auch gemeinsam solche schweren Schritte gehen. Wir lassen es auf jeden Fall nicht zu, dass wir hier aufgeteilt werden in Abgeordnete, die angeblich anständig und ehrlich sind, und andere.

Ich reklamiere für mich und meine Fraktion und für all die Abgeordneten, die diese Schritte heute mit uns gemeinsam gehen, dass wir alle hier versuchen, anständig und ehrlich zu sein, auch in Zeiten, wo wir schwierige Haushalte zu beschließen haben, und dies ist leider ein kleiner, wichtiger und für viele bedeutender Schritt dazu. Ich erwarte, und das sage ich ganz deutlich, dass alle Vertreter der Koalitionsfraktionen diesem Gesetzentwurf hier heute einmütig zustimmen und in erster und zweiter Lesung beschließen werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute soll hier zum Gesetz zur Absenkung der Beamtenbezüge nicht nur die erste Lesung stattfinden, sondern Sie wollen dieses Gesetz auch gleich in zweiter Lesung beschließen. Ich glaube, es wäre der Bedeutung, die dieses Gesetz für die Bremer Beamtinnen und Be-

amten hat – das haben wir ja heute Morgen gesehen –, angemessen gewesen, ein normales parlamentarische Verfahren mit zwei getrennten Lesungen durchzuführen und jetzt nicht einmal eben ein Schnellverfahren zu machen. Natürlich müssen Sie das Gesetz jetzt in zweiter Lesung beschließen, um 2004 kein Urlaubsgeld mehr zahlen zu müssen. Sie hätten das Gesetz bereits im März in die Bürgerschaft einbringen müssen, aber Sie waren wahrscheinlich zu sehr beschäftigt mit Ihrem Gezänk darüber, wer denn am besten Sozialhilfeempfängern noch etwas aus der Tasche leiern kann.

(Zuruf von der SPD: Was ist denn das für ein Schwachsinn?)

Die Bremer Grünen kritisieren, dass hier zum ersten Mal ein Gesetz beschlossen werden soll, das auf einer Öffnungsklausel beruht. Wir wollen keine unterschiedliche Entwicklung des Beamtenrechts in der Bundesrepublik, wir wollen keinen Wettbewerb zwischen den Ländern oder gar einzelnen Gemeinden in der Bundesrepublik in der Frage der Beamtenbesoldung, denn dieser Wettbewerb fände gleich auf zwei Ebenen statt: Zum einen könnten die reichen Länder versuchen, mit einer hohen Besoldung den anderen Ländern die Besten abzujagen. Ich bin der Überzeugung, dass wir überall, in allen Ländern, in den Gemeinden, gute Beamte brauchen, und ich glaube, gerade auch in den Ländern, die ärmer sind.

Ein anderer, ein noch viel schlimmerer Wettbewerb fände zwischen den Ländern statt, die sich in einer Haushaltsnotlage befinden. Das wären ja tendenziell auch eher mehr als weniger, und dort fände ein Wettbewerb zwischen den Regierungen statt, wer seine Beamten am besten quälen kann, wer die meisten Eigenanstrengungen unternimmt, um seine Finanzen zu konsolidieren.

Gehaltskürzungen sind keine Eigenanstrengungen der Länder, sondern Zumutungen für die Beamten, und da darf es keinen Wettbewerb geben, da darf es keine Gehaltsspirale nach unten geben. Das Problem mit der auf Sonderzahlungen begrenzten Öffnungsklausel ist, dass die Dynamik, die ich gerade versucht habe zu beschreiben, bereits stattgefunden hat. Wenn wir uns für eine Einheitlichkeit der Beamtenbesoldung aussprechen, dann kommen wir nicht daran vorbei, uns die Maßnahmen in den anderen Bundesländern anzuschauen. Alle anderen Länder haben von der Möglichkeit der Öffnungsklausel Gebrauch gemacht, um bei Beamten zu sparen. Bremen ist in einer Haushaltsnotlage, und wenn wir Geld vom Bund oder den anderen Ländern haben wollen, dann können wir unsere Beamten nicht besser bezahlen, als andere Länder es tun.

Wir müssen den Mechanismus, der mit der begrenzten Öffnungsklausel ins Werk gesetzt worden ist, kritisieren, und zwar deshalb, weil wir eine Ausweitung der Öffnungsklausel verhindern müssen.

(C)

(D)

(A) Wir können aber nicht ignorieren, dass der Mechanismus seine Wirkung entfaltet hat. Auch eine Bremer Regierung, an der die Grünen beteiligt wären, müsste von der Öffnungsklausel Gebrauch machen. Ich würde mich gern hier hinstellen können und sagen: Wählt Grün, es regnet Manna, alle Probleme wären gelöst! Wir Grünen stehen aber dafür, dass es eine schonungslose Debatte darüber gibt, wie die finanzielle Situation in Bremen ist, wo die politischen Spielräume sind und wie wir sie im Interesse der Menschen in diesem Land nutzen und erweitern können. Dazu gehört dann aber auch, dass wir keine falschen Versprechungen machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Länder haben unterschiedliche Modelle für die Absenkung des Weihnachtsgeldes entwickelt. Wir hätten eine Lösung besser gefunden, bei der es eine Deckelung des Weihnachtsgeldes bei einem bestimmten Betrag gegeben hätte. Dieser Betrag hätte zwischen 1600 und 1700 Euro gelegen. Wir hätten also gewollt, dass bis zu diesem Betrag das Weihnachtsgeld wie bisher ausgezahlt und darüber hinaus gekappt worden wäre. Dadurch würden Einkommensstärkere noch deutlich stärker herangezogen, während Leute mit geringerem Einkommen nicht so stark oder gar nicht herangezogen würden. Diese Umverteilung wäre noch stärker, als es bei dem Vorschlag der Koalition der Fall ist.

(B) Es gibt aber noch einen weiteren wesentlichen Unterschied zwischen unserem Modell und dem, was die große Koalition machen will, und zwar würde sich der Charakter des Gesetzes verändern. Bei unserem Vorschlag ist es so, dass der Charakter des Gesetzes, vorübergehend Beamte vor allem mit höherem Einkommen zur Haushaltssanierung zu belasten, erhalten bleibt. Das Modell der großen Koalition hingegen ist eines, das für die Ewigkeit gemacht ist. Kein Mensch hier im Raum weiß, wie die finanzielle Lage im Jahr 2006 aussehen wird. Genau genommen weiß auch niemand, was 2005 passiert. Wenn aber der Senat in seiner eigenen Finanzplanung davon ausgeht, dass im Jahr 2006 mehr laufende Einnahmen als Ausgaben kommen werden, dann muss neu darüber geredet werden, wie die Zumutungen der Sparpolitik neu verteilt werden. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich sage nicht, es gibt ab 2006 wieder massiv Kohle für Beamte, sondern es geht darum, eine politische Debatte dann führen zu können.

Wir wollen, dass 2006 von der jetzigen Lage ausgegangen wird und nicht vom niedrigeren Betrag von 2005, und Befristung heißt für uns, dass 2006 genau der Zustand wieder hergestellt wird, wie er heute vor der Beschlussfassung besteht. Was die große Koalition ins Gesetz schreiben will, das ist keine Befristung. Im Gesetz steht, dass das Gesetz 2006 überprüft werden soll. Wenn dann kein neues Gesetz beschlossen wird, dann gilt eben der Stand

von 2005 weiter. Auf so eine Vorschrift kann man sich auch ein Ei pellen, aber Rechtsansprüche für Beamtinnen und Beamte erwachsen daraus jedenfalls nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir halten es für sinnvoll, die dann im Jahr 2006 bestehende tarifliche Regelung für die Angestellten im öffentlichen Dienst zur Grundlage der Beamtensoldung zu machen, und zwar aus ganz prinzipiellen Überlegungen heraus. Es darf keine dauernde Auseinanderentwicklung der Gehälter für Angestellte im öffentlichen Dienst und Beamte geben.

CDU und SPD haben den Weg so gewählt, dass hier erst einmal die Bürgerschaft per Gesetz die Bezahlung der Beamten absenkt und dass dann der Senat versucht, das Gleiche mit den Angestellten zu machen. Dafür braucht die Koalition eine Einigung mit den Gewerkschaften, weil dazu ein Tarifvertrag geschlossen werden muss. Es wird dabei versucht werden zu argumentieren, dass wegen der Gleichheit der Bezahlung dann eben die Gewerkschaften nachgeben müssten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Wenn der Gesetzgeber einseitig die Beamtengehälter kürzt, dann kann der Senat daraus kein Argument basteln, dass die Gewerkschaften das bei den Angestellten schon mitmachen müssten. Das würde die Tarifautonomie auf den Kopf stellen.

Als geradezu unfreundlicher Akt gegenüber den Gewerkschaften muss es dann auch erscheinen, wenn in dem Haushalt, über den wir vorhin geredet haben, die geplanten Einsparungen bei den Angestelltengehältern als Minderausgabe eingestellt sind. Wollen Sie damit, meine Damen und Herren von der SPD und von der CDU, der Legendenbildung Vorschub leisten? Sie bekommen das Schwarze-Peter-Spiel „Wer verkündet, dass ein verfassungskonformer Haushalt im Jahr 2005 nicht möglich ist“ nicht gelöst. Keiner von Ihnen hat bislang den Mut dazu gehabt, sich hier hinzustellen und die Wahrheit zu sagen! Wenn Sie vorhaben sollten, den Gewerkschaften den schwarzen Peter zuzuschieben, und dann sagen wollen, es hänge von den Gewerkschaften ab, ob es einen verfassungskonformen Haushalt gäbe, ist das unseriös, und zwar deshalb, weil Sie eine bloße Möglichkeit eines Tarifabschlusses bereits als feste Größe in Ihre Planungen einbeziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen doch alle, dass ein verfassungskonformer Haushalt 2005 nicht an den Gewerkschaften scheitern wird, sondern aus ganz anderen Gründen, nämlich weil Bremen bei der bundesstaatlichen Finanzverteilung zu wenig abbekommt, weil nämlich der Senat nach wie vor auf einen Kanzlerbrief setzt, wo es stattdessen sinnvoll wäre, Bündnispartner zu

(C)

(D)

(A) finden, die anderen Stadtstaaten, die anderen Großstädte, die ähnliche Probleme haben wie Bremen, und weil der Senat immer noch nicht erkannt hat, dass endlich Schluss sein muss mit dem Geldausgeben. Jede Investition kostet zunächst einmal Zinsen, und die schränken den Spielraum bei laufenden Ausgaben ein. Das Geld, das für Zinsen ausgegeben wird, steht für Gehaltszahlungen nicht mehr zur Verfügung. Wenn die CDU und die SPD jetzt schon die Investitionshaushalte bis 2040 belasten und bis 2014 nur noch wenig Spielräume bestehen, dann heißt das nichts anderes, als kräftig Zinsen zu zahlen.

Wir können leider das Rad der Geschichte nicht rückwärts drehen. Was weg ist, ist weg, aber wir wollen, dass dieser Teil der Sanierungspolitik in einer parlamentarischen Debatte über Gehaltskürzungen vorkommt, bei denen, die für den Staat Dienst leisten. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein und unterbrechen die Beratungen.

(Zuruf des Abg. P f l u g r a d t [CDU])

(B) Es sind noch drei Wortmeldungen, und es gibt Kollegen, die um 13 Uhr Termine haben. Das geht jetzt nicht anders.

Ich unterbreche die Sitzung, und um 14.30 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung der Sitzung 13.04 Uhr)



Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.35 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf dem Besucherrang begrüße ich recht herzlich eine Besuchergruppe der CDU-Fraktion aus Bremen-Stadt und Bremen-Nord. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir setzen die Beratung zu Tagesordnungspunkt 27, Bremisches Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und zur Änderung des Senatsgesetzes, fort.

Ich rufe als nächsten Redner den Kollegen Pflugradt auf.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich, wenn ich vor der Mittagspause an die Reihe gekommen wäre, meinen aufgeregten Ärger, als ich heute früh hier ins Parlament kam, äußern. Die Mittagspause hat dann aber doch dazu geführt, dass ich damit gar nicht beginne und das auch gar nicht erwähne. Wenn ich die nehme, die da draußen waren – wir, Frau Linnert, Herr Böhrnsen und ich, waren ja neulich bei den Personalräten –, wenn da 130 Damen und Herren zusammensitzen und ihren Protest artikulieren, dann muss man sich schon auch noch einmal überlegen und darüber nachdenken, was denn dazu führt, dass die Damen und Herren so protestieren.

Da muss man schon auch ein Stück weit sagen, dass man dafür Verständnis haben muss, denn wenn ich den Beamtenbereich nehme, der jetzt von dem Gesetz, das wir hier verabschieden, betroffen ist, dann weisen die Damen und Herren schon zu Recht darauf hin. Wenn ich an die Besoldungserhöhungen der vergangenen Jahre denke, bei denen es immer wieder Verzögerungen gab, dass es Kürzungen im Beihilfebereich gab, dass es eine Erhöhung der Arbeitszeit gab und dass seit vielen Jahren – –

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Sie rutschen gleich aus auf dem Schleim!)

Sekunde, Sie können sich ja melden und etwas zu den Bemerkungen, die ich bis jetzt ausgeführt habe, sagen! Ich stelle doch nur fest, dass wir vor Jahren eine Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamten hatten. Die Angestellten müssen weniger arbeiten. Frau Busch, das ist doch korrekt, oder?

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Drinnen und draußen reden wir dasselbe!)

Wenn ich die vielen Stellenstreichungen nehme, die wir vorgenommen haben, die Belastungen, die diejenigen dann auf sich nehmen mussten, die aktiv tätig sind, sind das alles Dinge, die die Kolleginnen und Kollegen auch zu Recht anmerken, wenn sie sagen, jetzt sollen wir auf unser Urlaubsgeld verzichten, und unser Weihnachtsgeld wird gekürzt!

Ich glaube für diejenigen, die hier heute dem Gesetz zustimmen, für alle glaube ich, sagen zu können, dass uns das wirklich nicht leicht fällt, sondern dass uns das schwer fällt. Das ist gar keine Frage! Trotzdem, und auch das ist Fakt, sind wir das letzte Bundesland, das aufgrund der Öffnungsklausel dies hier heute beschließt. In dieser oder ähnlicher Richtung haben das inzwischen alle Bundesländer beschlossen, ob das mit absoluter Mehrheit CDU-regierte Länder sind, ob das die CSU ist, ob das sozialdemokratisch regierte Länder sind, ob das rot-grün regierte Länder sind! Herr Kollege Köhler, Sie haben zu Recht einen Satz gesagt: Wenn Sie regie-

(C)

(D)

(A) ren würden, würden Sie das hier heute auch beschließen.

(Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Nein, das nicht!)

Das nicht! Ist es üblich, hier vom Präsidium Zwischenrufe zu machen?

(Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Manchmal kann man nicht anders! Entschuldigen Sie! – Heiterkeit)

Auch Sie hätten in dieser oder ähnlicher Richtung etwas beschlossen, das ist doch gar keine Frage, so wie es in NRW gemacht worden ist oder auch in Schleswig-Holstein! Auch die PDS in Mecklenburg-Vorpommern hat bei der rot-roten Koalition etwas beschlossen. Insofern füge ich hinzu, das gehört auch zur Wahrheit, dass das in allen Ländern beschlossen worden ist. Die Öffnungsklausel, darauf weise ich hin, ist ja nicht nur durch einen Beschluss des Bundesrates zustande gekommen, sondern die rot-grüne Koalition musste mit ihrer Mehrheit schon im Bundestag dem Gesetz zustimmen, sonst wäre das Gesetz nicht zustande gekommen. Den Versuch bei den Grünen also, sich jetzt herauszustehlen, kann ich verstehen,

(B) (Abg. Köhler [Bündnis 90/Die Grünen]: Nichts, nichts, versuchen wir gar nicht!)

aber es schlägt im Grunde genommen fehl, denn die Öffnungsklausel ist mit den Stimmen der Grünen beschlossen worden.

Ich will in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass für uns zwei wichtige Dinge oder sogar drei dabei mitentscheidend waren. Das Erste war, dass wir gesagt haben, wir wollten nicht schon im letzten Jahr, wie das angedacht war, eine Entscheidung darüber treffen, sondern die Wirkung sollte erst ab diesem Jahr beginnen, dies im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die schon im letzten Jahr das Weihnachtsgeld gekürzt haben.

Wir haben auch gesagt, dass im Jahr 2006 eine Überprüfung erfolgen soll, weil wir der Auffassung sind, dass es eine Gleichbehandlung, eine Gleichstellung von Angestellten, Beamten und Arbeitern geben muss. Deswegen ist für uns wichtig zu sagen, wenn im Rahmen der Solidarpaktverhandlungen nicht auch bei den Angestellten und Arbeitern eine ähnliche Regelung herbeigeführt wird, dann wollen wir dies auch ein Stück weit zurücknehmen, so weit wie bei den Angestellten und Arbeitern.

Das Nächste, was wir gesagt haben, worauf wir auch Wert legen, ist, dass das jetzt nicht nur bei den Beamten gemacht wird, sondern dass alle einbezogen werden: Eigenbetriebe, Stiftungen, Gesellschaften, an denen Bremen beteiligt ist. Unter diesen Ge-

sichtspunkten sind wir der Meinung, dass wir dem zustimmen können, obwohl, wie zu Anfang ausgeführt, dies schon auch eine besondere Härte für den öffentlichen Dienst ist. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die große Koalition zeigt jetzt hier und heute ihr wahres Gesicht. Ich bin selten zu beeindruckt, aber diese Dreistigkeit, die Schamlosigkeit, diese einmalige Niedertracht, mit der diese große Koalition gegen Staatsbedienstete als Beamte vorgeht, hat mich zutiefst erschüttert.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, Sie wollen jetzt bei den Beamten kürzen und lachen darüber! Wenn Sie das lächerlich finden, ist das Ihr Problem. Ich finde das traurig, dass man darüber lacht.

(Unruhe bei der SPD und bei der CDU)

Die Beamten haben berechnete Sorgen und Ängste um ihr Einkommen, und Sie lachen darüber. Sie sollten sich schämen!

Meine Damen und Herren, es ist eine Frechheit und Schmutzigkeit, wenn in einer Debatte erklärt wird, dass die Beamten einen sicheren Arbeitsplatz haben und ihnen nicht gekündigt werden kann. Hat sich denn jemals schon einer von Ihnen einmal die Frage gestellt, ob unsere hoch qualifizierten Beamten vielleicht einen anderen Berufsweg gewählt hätten, wenn sie gewusst hätten, wie sich ihre Situation durch Ihre unsoziale Politik immer weiter dramatisch verschlechtert? Das glaube ich kaum.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion hat schon immer rigoros die Interessen jener Beamten vertreten, die täglich uneigennützig, aufopferungsvoll und unter Einsatz ihrer Gesundheit, ihres Lebens und unterbezahlt für das Allgemeinwohl der Gesellschaft ihren sehr schweren Dienst mutig verrichtet haben.

Meine Damen und Herren, wer in dieses Besoldungsgefüge eingreift, muss wissen, dass er einen Sturm entfacht und auf massiven Widerstand der Beamten und der Deutschen Volksunion stößt. Die Mitarbeiter lassen sich Ihre schamlose, verfehlte und unsoziale Politik nicht mehr länger gefallen, und das ist auch gut so! Wer Binnennachfrage als Wirtschaftswachstum haben möchte, kann diese nicht durch unsoziale Gehaltskürzungen bei Feuerwehrleuten, Polizeibeamten, Krankenschwestern und so weiter erreichen. Das ist unmöglich! Das ist ein krasser Widerspruch in der Politik der großen Koalition und stellt vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik völlig auf den Kopf.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, in schweren Zeiten muss gespart werden, das ist völlig klar. Aber, nun kommt das Aber, entgegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss die große Koalition sparen, weil sie eine vollkommen falsche Investitionspolitik betrieben hat, weil sie eine vollkommen falsche Wirtschaftspolitik betrieben hat und weil sie eine vollkommen falsche Finanzpolitik betrieben hat. Unter dieser verfehlten und falschen Politik sollen nun die Mitarbeiter des Landes und der beiden Städte Bremen und Bremerhaven leiden. Das, meine Damen und Herren, ist unverantwortlich und hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun. Das hat mit Verantwortung für die Mitarbeiter nichts zu tun. Das ist eine kalte, brutale, unanständige, rücksichtslose Politik auf Kosten und zu Lasten der Mitarbeiter, und das ist eine Riesensauerei!

(B) Ich weiß natürlich, dass es in fast allen Fraktionen viele so genannte Kollegen gibt, die genau das denken, was ich eben gerade gesagt habe. Nur, sagen dürfen sie es nicht, weil sie durch den Koalitionszwang gezwungen werden, gegen ihr Gewissen zu entscheiden. Ihr Abstimmungsverhalten wird der Öffentlichkeit gleich deutlich beweisen, dass die Abgeordneten der etablierten Parteien nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, also niemandem. Sie haben kein Gewissen, nicht einmal ein schlechtes, sonst würden Sie diese unsozialen Kürzungen nicht so hinnehmen und zustimmen! Fraktionszwang hat mit Demokratie nichts mehr zu tun. Ich weiß, dass es den einzelnen Abgeordneten schwer fällt, gegen massiven Druck nicht ihrem Gewissen folgen zu dürfen. Auch das muss der Präsident wissen, und es ist ihm wahrscheinlich auch bewusst. Deswegen glaube ich, dass wir nach unserer Geschäftsordnung für eine solch wichtige Abstimmung und Entscheidung nach den Paragraphen 57 Absatz 1, 58 Absatz 3 und 58 Absatz 4 diese Abstimmung vertraulich durchführen sollten.

Ich fordere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Namen der Deutschen Volksunion hiermit auf, einen solchen Antrag zu stellen, allein kann ich es leider nicht, damit eine solche wichtige Maßnahme auf Kosten und zu Lasten der Beamten nicht so einfach, lapidar, rücksichtslos und skrupellos durchgezogen werden kann. Das haben unsere Beamten, die täglich unter Lebensgefahr und jetzt schon unterbezahlt mutig und aufopferungsvoll ihren sehr schweren Dienst im Interesse und zum Wohl der Bürger verrichten, wahrlich nicht verdient.

Meine Damen und Herren, Sie haben diese Beamten, die Sie vielleicht sogar gewählt haben, vor der Wahl und nicht nur vor der Wahl rücksichtslos, skrupellos und niederträchtig belogen und betrogen! Dafür sollten Sie sich zutiefst schämen! Dafür sollten Sie jeden Tag stündlich in der Kirche Abbitte für Ihre großen Sünden leisten!

(Unruhe)

(C) Meine Damen und Herren, unsere Beamten haben viel zu lange unter Ihrer verfehlten Politik leiden müssen und schwer gelitten. Machen Sie endlich Schluss damit, und lehnen Sie diesen unerträglichen, unsozialen Antrag und Kürzungen zum Wohle und im Interesse unserer Beamten, die auch für Sie täglich 24 Stunden da sein müssen, ab! – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schwer, nach einer solchen Rede wieder auf sachlichen Boden zurückzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir beschäftigen uns hier mit einem speziellen Gesetz, dem Sonderzuwendungsgesetz, und das eignet sich nicht, denke ich, zu populistischen Äußerungen oder zu irgendwelchen Beschimpfungen oder so etwas.

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Das war die Wahrheit, nichts als die Wahrheit!)

(D) Herr Tittmann, Sie hätten heute Morgen bei der Haushaltsdebatte Gelegenheit gehabt, einmal aufzuzeigen, in welche Richtung Ihre Sparüberlegungen gehen angesichts des Kanzlerbriefes, angesichts unserer hohen Defizite, die wir in den bremischen Haushalten haben. Hier aber nur den ersten kleinen Ansatzpunkt zum Anlass zu nehmen, in überzogener Weise dagegen zu opponieren und dagegen zu protestieren, das ist eigentlich nicht in Ordnung. Sie müssten sich eigentlich sachgerecht damit auseinandersetzen!

(Abg. **Tschöpe** [SPD]: Kann er doch nicht!)

Ich denke, dann können Sie auch zu anderen Ergebnissen kommen.

Ich möchte meine kurze Anmerkung zu diesem Sonderzuwendungsgesetz folgendermaßen machen: Herr Köhler, Sie haben vorhin in Ihrem Beitrag auf einen Vorschlag hingewiesen, den ich leider schriftlich gar nicht vorliegen habe, den ich auch gar nicht kenne, den Sie aber skizziert haben. Das war letztlich für Sie der Grund, sich nun von diesem Sonderzuwendungsgesetzentwurf des Senats und der Koalition abzusetzen.

Das ist ein, wie soll ich einmal sagen, Ausweg für Helden, den Sie da nehmen. Sie wollen also im Grunde genommen hier zu dem Gesetzentwurf selbst nicht Farbe bekennen beziehungsweise ihn ablehnen unter Hinweis auf einen eigenen Vorschlag, der

(A) aber im Ergebnis, so habe ich Sie verstanden, wohl das Gleiche haushaltsmäßig erbringen soll wie dieser Gesetzentwurf. Insofern ist das nicht ganz koscher.

Wenn Sie schon eine Alternative präsentieren, wäre es für mich jedenfalls sehr hilfreich gewesen, die Alternative auch einmal kennen zu lernen, damit man dann zwischen diesem Gesetzentwurf einerseits und dem, was Sie möglicherweise vorschlagen, hätte abwägen können. Das ist also nicht ganz ehrlich, schon gar nicht im Hinblick darauf, dass Sie in den Ländern, wo Sie an der Regierung beteiligt sind, ähnliche Vorhaben in die Tat umgesetzt haben.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Köhler anzunehmen?

Abg. **Wedler** (FDP): Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte schön, Herr Köhler!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich die Problematik, hier gleich die erste und zweite Lesung zusammen durchzuführen, angesprochen habe und dass in einem ausführlicheren, normalen Verfahren das sicherlich auch möglich gewesen wäre?

(B)

Abg. **Wedler** (FDP): Das nehme ich gern zur Kenntnis, das haben Sie sicherlich gesagt. Das wäre auch ein weiterer Punkt gewesen, den ich hier kritisch angemerkt hätte, dass zwischen erster und zweiter Lesung hier wieder nicht differenziert wird, beides am gleichen Tag, insofern haben Sie natürlich Recht. Nur, schon in der ersten Lesung, bilde ich mir ein, hätten Sie Ihren Vorschlag etwas präzisieren können, statt auf die zweite Lesung zu verweisen, denn die findet ja heute am gleichen Tag statt.

Es ist vorhin auch gesagt worden, dieser Gesetzentwurf komme nur deswegen zustande, weil hier Öffnungsklauseln im Beamtenrecht eingeführt worden seien, Öffnungsklauseln, die es den Ländern ermöglichen, im bestimmten Umfang von den Regularien abzuweichen, die es da normalerweise gibt. Bis dato war es alles einheitlich, musste bundesweit einheitlich praktiziert werden, da konnte kein Land nach unten oder nach oben in der Besoldung oder in anderen Dingen abweichen. Das ist meines Erachtens kein grundsätzlich falscher Weg.

Andererseits muss man natürlich sehen, dass diese Öffnung eine große Gefahr beinhaltet, nämlich dass die Entwicklungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich verlaufen werden. Es ist nicht so, dass sich das gleichmäßig in eine Richtung entwi-

ckeln wird, sondern das kann sich einmal in die eine Richtung, in einem anderen Bundesland in einem anderen Bereich in eine andere Richtung entwickeln. Das heißt also, wir haben in wenigen Jahren, denke ich, da eine sehr große Vielfalt im Bundesgebiet. Das kann man als betroffener Bürger eigentlich nur in einem begrenzten Umfang akzeptieren. Es muss zwar oder kann und sollte ruhig Differenzierungen zwischen den Ländern geben, aber es muss da Grenzen geben, die einzuhalten sind, denn ein ungezügelter Auseinanderlaufen, insbesondere in den Gehaltsentwicklungen, kann und darf es eigentlich nicht geben. Wettbewerb zwischen den Ländern ja, aber bitte schön in einem ganz begrenzten Umfang, sonst ist das am Ende für uns alle schädlich! Es gibt eben Länder, die etwas besser dastehen als Bremen, und die ziehen dann die besseren Mitarbeiter weg, und Bremen bleibt sozusagen das Schlusslicht.

Worauf man als Drittes aufmerksam machen muss, das ist schon gesagt worden, ist die Ungleichbehandlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst! Das bezieht sich jetzt nicht mehr nur auf die Arbeitszeit, das gab es schon etwas länger, ich war lange Zeit ebenfalls davon betroffen, und die etwas verspätet in Kraft tretenden tariflichen Erhöhungen, sondern das soll sich jetzt auch auf das Urlaubsgeld und auf die Sonderzuwendung, also auf das Weihnachtsgeld, beziehen. Damit wird diese Ungleichbehandlung drastisch größer.

Das kann und darf eigentlich nicht das letzte Wort sein, womit wir uns dann begnügen. Deshalb meinen Appell an den Senat und an die Koalition, diese Ungleichbehandlung zu korrigieren! Es kann auf Dauer nicht richtig sein, dass in den Amtsstuben Mitarbeiter sitzen, die die gleiche Arbeit machen, aber ungleich behandelt werden, was Arbeitszeiten und Besoldung betrifft. Da kommt natürlich jetzt der Solidarpakt zum Tragen. Deswegen, denke ich, ist das eine wichtige Zielmarke, die man da anstreben muss, dass es über diesen Versuch, einen Solidarpakt herbeizuführen, wieder zu einer Gleichbehandlung in den Amtsstuben zwischen den Mitarbeitern kommt.

Ich werde dem Gesetzentwurf des Senats zustimmen, nicht weil ich das schön finde, sondern weil wir uns in Bremen in einer extremen Haushaltsnotlage befinden und weil wir auch bei den Beschäftigten sparen müssen, so bitter das ist. Ob der Weg des Senats, der mit dem Sonderzuwendungsgesetz beschriftet wird, der richtige ist oder ob zum Beispiel die Varianten der Grünen oder andere Varianten, die es bundesweit gibt, richtiger sind, das will ich völlig dahingestellt sein lassen.

Ich denke, mit der Überprüfungs-klausel in dem Paragraphen 8 gibt es Gelegenheit, an der Stelle dann noch einmal schärfer hinzuschauen, insbesondere auch, was die Ungleichbehandlung betrifft, insbesondere auch, was die unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern betrifft. Deswegen ist diese Überprüfungssituation in drei Jah-

(C)

(D)

(A) ren auch unheimlich wichtig. Ich hoffe, dass diese Überprüfung ernsthaft betrieben wird und nicht nur auf dem Papier, denn dann wäre dieser Paragraph eine bequeme Lösung, weil das Gesetz praktisch unbefristet weiter gelten würde. Das kann eigentlich auch nicht im Sinne des Erfinders sein. Wenn möglich, sollten Sie also den Zustand der Gleichbehandlung nach dieser Überprüfungsphase wieder herbeiführen, das wäre mein dringender Appell an die Koalition und an den Senat! – Vielen Dank!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Bremische Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und zur Änderung des Senatsgesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. **W e d l e r**
[FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen, Abg. **K n ä p p e r** [CDU], Abg. **T i t t m a n n** [DVU] und Abg. Frau **Z i e g e r t** [SPD])

(B)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Da der Senat um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt in die zweite Lesung eintreten wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

(Abg. **W e d l e r** [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen. (C)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Bremische Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und zur Änderung des Senatsgesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. **W e d l e r**
[FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen, Abg. **K n ä p p e r** [CDU], Abg. **T i t t m a n n** [DVU] und Abg. Frau **Z i e g e r t** [SPD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

9. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 in Bremerhaven-Weddewarden in Zusammenhang mit der 52. Änderung des Flächennutzungsplans Bremerhaven 1977 und der 11. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 (CT IV) (D)

Mitteilung des Senats vom 20. April 2004
(Drucksache 16/213)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Eckhoff.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung der Punkte zwölf und 13 der Stadtbürgerschaft, Flächennutzungsplan Bremen, 11. Änderung und Bebauungsplan 2271, einbezogen werden soll.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Zunächst einmal werden Sie sich wundern, wenn ein Abgeordneter aus Bremerhaven auch über den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan in Bremen diskutiert. Ich denke aber, dass die Änderung des Landschaftsprogramms ein wichtiger Punkt gerade für Bremerhaven und für die Zukunftsgestaltung ist. Analog zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan in Bremen ändert die Stadtverordnetenversammlung auch den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan Bremerhaven-Weddewarden, und am 13. Mai wird er verabschiedet.

Ich denke, dass die Diskussion über das Landschaftsprogramm eine ist, die grundsätzlich geführt

(A) wird, die wir aber auch schon in diesem Haus und in anderen Gremien grundsätzlich geführt haben, nämlich über die Frage, ob wir Hafenausbau wollen oder ob wir Hafenausbau nicht wollen. Die große Koalition in Bremen, aber auch in Bremerhaven hat sich aus guten Gründen für die Stärkung der maritimen Wirtschaft und damit mit aller Konsequenz auch für den Ausbau von CT IV ausgesprochen. Die Änderung des Landschaftsplans beinhaltet nicht nur eine Veränderung der im Plan dargestellten Grünflächen und der Sonderbaufläche Hafen, sondern auch die Absicherung vorhandener Wohnbauflächen und Flächen für die Landwirtschaft.

Mit der Änderung des Landschaftsprogramms ist es gelungen, auch Kompensationsmaßnahmen im Änderungsgebiet darzustellen. In einer gemeinsamen Sitzung ist am 25. März dieses Jahres durch die Deputation für Umwelt und Energie sowie die Deputation für Bau das Ergebnis der Trägerbeteiligung und der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis genommen und im Entwurf den erneuten Änderungen des Landschaftsprogramms zugestimmt worden.

(B) Der CT IV in Bremerhaven ist für Bremerhaven, für das Land Bremen und für die gesamte Unterweserreion von oberzentraler Bedeutung. Es ist, denke ich, nachvollziehbar, dass es bei solchen Baumaßnahmen auch Bedenken und Ablehnungen gibt. Der Gesamtverband Natur- und Umweltschutz Unterweser e. V. hat die Veränderung konsequent abgelehnt. Wir müssen zwischen Einwendungen, die sich auf das Landschaftsprogramm beziehen, und Einwendungen, die sich auf die Veränderung der Bauleitplanung beziehen, unterscheiden.

Der Aspekt Containerterminal IV ist für uns von großer Wichtigkeit. Die damit verbundenen Entscheidungen in der Stadtbürgerschaft, in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und in der Bremischen Bürgerschaft werden tief greifende Veränderungen für die Bevölkerung im Ortsteil Weddewarden in Bremerhaven nach sich ziehen. Das ist uns allen bewusst.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle auch: Es ist eine schwer wiegende Entscheidung. Ich denke, wir haben auch in aller Ernsthaftigkeit über diese Entscheidung diskutiert, und wir als große Koalition haben uns für den Ausbau der Hafengebiete entschieden. Wir haben gerade beim Haushalt, und der Finanzsenator hat es ja auch gerade angesprochen, den Zusammenhang von Einnahmen und Wirtschaftswachstum und damit natürlich von maritimer Wirtschaft in Bremerhaven und in Bremen gesehen. Wir haben ein deutliches Zeichen für die maritime Wirtschaft gegeben.

Bremenports ist mit der Planung und Durchführung beauftragt, auch die Frage der Ausgleichsflächen auf dem Außendeichgelände von Nordholz und auf der Luneplate sind auf gutem Weg. Die Verschiebung des Grauwalkkanals ist abgeklärt und

gutachterlich abgesichert. Die grundsätzliche Diskussion, ob CT IV gebaut wird, ist mit einem klaren Ja zu beantworten.

(C)

Die Veränderung der BLG zur BLG Logistics Group im Jahr 1997 zeigt auf, wie der Wandel einer staatlichen Hafengesellschaft zu einem modernen Dienstleister im Hafen gelungen ist. Hier liegt der Schlüssel für das hohe Wachstum der Umschlagzahlen, und hier liegt auch der Schlüssel für die langfristige Absicherung der Hafenaktivitäten in Bremerhaven.

Auch mit dem Ausbau des Containerterminals V, Jade Weser Port in Wilhelmshaven, wird durch die Verknüpfung der BLG und Eurogate eine Absicherung des Standorts Bremen mit den Hafenanlagen in Bremerhaven gewährleistet. In eindrucksvoller Weise hat der Vorstandsvorsitzende der BLG Logistics Group, Detthold Aden, im Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen die Geschäftstätigkeiten der BLG Logistics Group dargestellt. Es gab ein klares Bekenntnis für den Standort Bremerhaven.

Auch die wichtige Frage der überregionalen Verkehrsanbindung wird von der großen Koalition gelöst. Die Entscheidung zur Änderung des Landschaftsprogramms Bremen/Bremerhaven/Weddewarden ist ein Abwägen. Die CDU-Fraktion hat ihre Entscheidung getroffen: Wir wollen den CT IV, wir werden dem Landschaftsprogramm zustimmen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Breuer.

Abg. **Breuer (SPD)*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns mit der Änderung des Landschaftsprogramms und mit der Änderung des Flächennutzungsplans hier in Bremen auf der Grundlage einer Entscheidung, die vor einigen Jahren getroffen worden ist, sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven, dass wir den Containerterminal in Bremerhaven weiter ausbauen müssen, also die Entscheidung pro CT IV. Wir schaffen, wenn wir dies heute beschließen, eine weitere gesetzliche Voraussetzung dafür, dass in Bremerhaven der CT IV gebaut werden kann, und Bremerhaven muss, Herr Bödeker hat darauf hingewiesen, ebenfalls seinen Flächennutzungsplan ändern, um dies vollziehen zu können.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Dieses etwas komplizierte Verfahren liegt daran, dass der neue Containerterminal teilweise im kleineren Maße im Hoheitsgebiet der Stadt Bremen liegt und der größere Teil im Hoheitsgebiet der Stadt Bremerhaven. Ich will diese Diskussion hier jetzt nicht beginnen,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir diese Situation haben.

Von daher geht es eigentlich darum – ich will mich hier nicht im Detail mit den einzelnen Fragen des Landschaftsprogrammes beschäftigen –, noch einmal zu erläutern, warum wir als Sozialdemokraten vor einigen Jahren klar gesagt haben, dass wir die Erweiterung nach CT III in Bremerhaven haben, weil es eine Voraussetzung dafür ist, die dort vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern und möglichst dafür zu sorgen, dass neue Arbeitsplätze in Bremerhaven entstehen.

Gerade die Sozialdemokraten in Bremerhaven haben sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht, sondern wir haben eigentlich einige Jahre darüber diskutiert, und viele von Ihnen wissen, dass mein Kollege Wilfried Töpfer, der lange Jahre Mitglied der Bremischen Bürgerschaft gewesen ist, unterschiedliche Vorschläge gemacht hat, die wir auch diskutiert haben, ob es nicht auch Alternativen zu CT IV gibt. Man findet das zum Beispiel in der Vorlage des Flächennutzungsplans noch einmal wieder. Als ich mir das heute Morgen noch einmal angesehen habe, habe ich da einiges wiedergefunden, was ich gut von meinem Freund Wilfried Töpfer kannte.

(B) Alle Fragen, die dort angesprochen sind, oder die Alternativen, die untersucht worden sind, haben aber nicht dazu geführt, dass wir sagen konnten, dass die Entwicklung des Containerterminals in Bremerhaven auch mit diesen Maßnahmen erfolgen könnte und wir deshalb auf CT IV verzichten könnten. Wenn man sich die Entwicklungen der letzten Jahre im Containerterminal Bremerhaven ansieht, dann ist diese Annahme eigentlich richtig. Wir haben eine sehr positive Entwicklung, die auch mit der Umstrukturierung von staatlichen Gesellschaften und mit Gründungen von neuen Gesellschaften zu tun hat, und wir haben in Bremerhaven schon vor einigen Jahren mit der Reederei Maersk einen privaten Reeder richtig an Bremerhaven binden können und vor einigen Tagen mit Senatsbeschluss sehr positiv vernennen können, dass wir eine weitere große Reederei voraussichtlich an Bremerhaven binden können. Das stärkt den Standort und wird voraussichtlich dazu führen, dass der Containerumschlag noch mehr und besser wächst als in den letzten Jahren.

Dass sich Private in Bremerhaven so engagieren, hängt, glaube ich, damit zusammen, dass wir klare Entscheidungen für die Zukunft des Containerterminals getroffen haben. Wir – die große Koalition in beiden Städten, im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung – haben vor einigen Jahren klar gesagt, dass wir den CT IV bauen wollen. Den CT III haben wir bereits realisiert, das heißt, dieser Hafen, dieser Containerumschlag an der Wesermündung, hat eine Zukunftsperspektive, und es ist eben nicht absehbar, in einigen Jahren werden wir dort große Probleme bekommen, was nicht dazu führen

würde, dass private große Reedereien sich so fest (C) und nachhaltig an Bremerhaven binden.

Auch die Frage von Wilhelmshaven – das habe ich immer wieder nachgelesen – wird auch gerade von den Umweltschutzverbänden als Alternative herangezogen. Man sagt, wir verzichten auf CT IV in Bremerhaven, weil wir doch in Wilhelmshaven etwas Neues machen und einen neuen Hafen bauen. Das wäre, wenn wir diese politische Linie verfolgen würden, meine Damen und Herren, im Prinzip das voraussehbare Ende des Containerterminals und des Containerumschlags in Bremerhaven. Wir müssen aber dabei bleiben, davon bin ich überzeugt, dass Wilhelmshaven eine Ergänzung ist. Das findet allerdings nicht einfach so statt, sondern da brauchen wir die enge Verknüpfung derjenigen, die in Bremerhaven aktiv sind, mit dem, was dort in Wilhelmshaven entsteht. Wir brauchen dort eine enge und feste Zusammenarbeit, die möglichst über private oder staatliche Organisationen und Firmen geregelt ist, so wie es ja geplant ist.

An diesem Ziel, finde ich, müssen wir unbedingt festhalten, denn wir haben uns als Land Bremen ja nicht dafür entschieden, gemeinsam mit Niedersachsen in Wilhelmshaven etwas zu tun, um gegenseitig Konkurrenz zu organisieren, sondern es ging doch mehr im Hinblick darauf, dass wir hier oben an der Wesermündung konkurrenzfähig bleiben, insbesondere gegenüber Rotterdam. Das bleibt weiterhin richtig. Deswegen glaube ich, auch wenn man da keine Gefahren ausschließen kann – und ich bin auch niemand, der vorhersagen kann, was in den nächsten zehn Jahren passiert –, mit dem, was wir heute beschließen, schaffen wir die Chancen für Bremerhaven, dass der Containerumschlag weiter wächst, dass die Arbeitsplätze, die wir dort haben, gesichert werden, und wir haben auch die gute Hoffnung, die bisherigen Zahlen der Gutachter geben das auch her, dass wir da an dieser Stelle in Bremerhaven für die Region weitere Arbeitsplätze schaffen können, und die brauchen wir dringend in der Seestadt Bremerhaven. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Kollegin Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal finde ich es gut, dass in dieser Debatte eigentlich sehr moderate Töne angeschlagen werden. Beide Vorredner haben den Konflikt, dem sie selbst ausgesetzt waren – über Geld haben sie vermieden zu reden – zwischen Ökonomie und Ökologie und den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner in Weddewarden, den sie auch selbst sehen, dargestellt und haben dann gesagt, dass sie sich in einer Abwägung zwischen diesen vorhandenen Interessen für den CT IV entschieden haben.

(A) Für die Grünen geht die Abwägung in eine andere Richtung. Ich teile nicht, was Herr Breuer gesagt hat, dass der Nichtbau des CT IV ein Ende des Hafenstandortes Bremerhaven ist. Das ist nicht moderat, das sind große Töne. Wir sehen das so, dass es auf den bestehenden Kajen doch noch relativ großen Veränderungs- und Rationalisierungsbedarf gibt. Es gibt immer irgendwo Grenzen des Wachstums, jetzt für die Grünen nach CT III a, für Sie notgedrungen nach CT IV, und aus unserer Sicht ist es sinnvoll, sich jetzt schon mit dem, was Politik noch an Maßnahmen ergreift, auf die bestehenden Hafeflächen zu beschränken.

Wir Grünen bestreiten nicht, sondern wir sehen es auch, dass es einen ungebrochen hohen Zuwachs im Containerumschlag gibt. Das ist eine unausweichliche Folge der Globalisierung, und wir glauben auch nicht, dass sich das in den nächsten Jahren umkehren wird. Im Gegenteil, die EU-Erweiterung und die großen Chancen, die gerade für den Standort Bremerhaven darin liegen, dass man die Verkehre zu den baltischen Staaten und auch nach Russland gestalten wird, werden wahrscheinlich den Tonnageumschlag in Bremerhaven noch mehr steigern, als in den letzten Jahren die Steigerungsraten gewesen sind. Bremerhaven ist es auch gelungen, seine Marktanteile zu verbessern. Das begrüßen wir und sehen insgesamt, dass der Hafen für Bremerhaven die Lebensader ist, allerdings auch für ganz Deutschland.

(B) Was man dabei immer sehen muss, ist, dass der Ausbau der Häfen, jedenfalls dieses Hafens, mit einem sehr geringen Zuwachs an Arbeitsplätzen einhergeht. Das BAW ist in seinen Schätzungen – Sie müssen selbst bewerten, was Sie davon halten, die Grünen halten sie ausdrücklich für zu hoch – von 11 000 Arbeitsplätzen ausgegangen, die ab 2020 dann im Zusammenhang mit dem CT IV in Bremerhaven entstehen sollen. Das ist absolute Traumtänzererei. Auch die Prognosen über den Arbeitsplatzzuwinn für die anderen Ausbaustufen der Containerterminals sind nie eingetreten. Wir sind einfach mit einer Situation konfrontiert, dass die so genannte Lokoquote – also, was verarbeitet wird und was an Land bleibt, was direkte Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe in Bremerhaven schafft – in Bremerhaven leider nach wie vor trotz aller Anstrengungen, die dort von der Politik unternommen wurden, in einer Größenordnung von zwei bis drei Prozent liegt, während Bremen immerhin 20 und Hamburg 40 Prozent verzeichnen können.

Das weist darauf hin, dass die immensen Mittel, die für den CT IV ausgegeben werden, nicht nur ökologisch abgewogen werden müssen, sondern auch ins Verhältnis zu Arbeitsplätzen gesetzt werden müssen, die geschaffen werden könnten, wenn man diese Mittel anders einsetzen würde. Das ist der wirkliche Konflikt, der auch innerhalb Ihrer ökonomischen Argumentation liegt, dass man immer

auch schauen muss, was wir mit diesen riesigen Mitteln stattdessen für Bremerhaven tun können. Da fällt uns allen hier gemeinsam wahrscheinlich noch eine Menge ein. Sie werden das in den nächsten Monaten erleben, was für ein Riesenkampf das werden wird, den 25-Prozent-Anteil ISP für Bremerhaven überhaupt noch aus den Haushalten hier herauszuschneiden, und da machen Sie ein finanzpolitisches Mammutprojekt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Bödeker hat hier gerade gesagt, die Verkehrsfrage sei gelöst. Es würde mich interessieren wie!

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Wird gelöst werden!)

Sie wird gelöst, ja! Ich finde, ein Mindestmaß an Zukunftsoptimismus schadet nichts, das finde ich auch, aber ehrlich gesagt, als Grundlage für Entscheidungen reicht das nicht aus. Ich finde, dass man das erst sagen muss und der Bevölkerung da auch reinen Wein einschenken muss, wer da die Leidtragenden sein werden. In Bremerhaven setzt sich insgesamt eine Haltung durch, dass diese Stadt mehr sein möchte als ein Riesenverkehrsumschlagsplatz, immerhin, zugegeben, im Dienste Deutschlands, aber die Leidtragende ist doch die Bevölkerung, und Sie müssen den Menschen sagen, wie Sie das lösen wollen, und dass das schwer ist, sehe ich auch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt – darauf wurde schon hingewiesen – rabiate Einwände der Naturschutzverbände und auch der Grünen. Das bezieht sich vor allen Dingen auf den hohen ökologischen Wert des Weddewardener Vordeichslandes, was aus unserer Sicht als FFH-Gebiet hätte angemeldet werden müssen, und Sie räumen ja selbst ein, dass die Wohnqualität in Weddewarden weiter stark absinken wird. Lärm gehört zu den zentralen Umweltbelastungen unserer Zeit. Sie müssen das einfach einräumen, dass Sie in der Abwägung der Interessen die Weddewardener haben hinten herunterfallen lassen! Das ist ein Gebiet, das sich auch für Tourismus eignet. Insgesamt ist bei dieser Frage, was wir mit dem Geld hätten machen können, die Frage des Ausbaus des Tourismusstandorts in Bremerhaven völlig unterbewertet worden. Das geht richtig zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner in Weddewarden. Das werden Sie erleben, da werden viele in der nächsten Zeit wegziehen.

Zu den ökologischen Folgen wird auch gehören, dass Sie eine weitere Ausbaggerung der Außenweiser vornehmen werden. Das ist ja ein gesondertes Verfahren. Vielleicht wissen einige von Ihnen, oder raten Sie einmal, wie hoch der Tidenhub sich allein am CT IV verändern wird! Das sind zehn Zentime-

(C)

(D)

(A) ter. Das kommt einem jetzt nicht so gigantisch vor, aber nach all den Maßnahmen, die in den letzten Jahren ergriffen wurden, finde ich, dass man die Frage der Hochwassergefahr hier durchaus mit berücksichtigen muss. Wenn man sich überlegt, dass in der Stadtgemeinde Bremen Ende des neunzehnten Jahrhunderts der Tidenhub 13 Zentimeter betrug und wir heute bei weit über vier Meter liegen, dann finde ich nicht richtig, dass Sie es sich so leicht machen in dieser Frage, ein paar Zentimeter können ja irgendwie nicht so schlimm sein. Wir sind längst in einer Situation, in der wir durch die Weservertiefung eine völlige Veränderung des ökologischen Gleichgewichts angerichtet haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird Sie nicht wundern, dass ich hier doch noch einmal über die Kosten sprechen möchte. In der Senatsvorlage vom 17. September 2002, in der die Finanzierung für den CT IV beschlossen wurde, ist man noch von niedrigeren Beträgen ausgegangen. Meiner Meinung nach handelt es sich dabei aber um einen Finanztrick, weil bestimmte Zinsen einfach nicht mit eingerechnet wurden. Die realen Kosten des CT IV werden 1,287 Milliarden Euro betragen. Das ist eine gigantische Größenordnung und stellt alles, was wir in den letzten Jahren an Großprojekten gesehen haben, in den Schatten.

(B) Sie haben im Übrigen bisher auch keine Verpflichtungsermächtigung über diese finanzielle Größenordnung ausgesprochen. Wenn man schon sagt, man kommt in der Güterabwägung dazu, dass man den CT IV unbedingt braucht, dann sagen die Grünen, Sie haben sich selbst nicht ernst genommen, Sie haben einen ganz entscheidenden Fehler gemacht, indem Sie hier einfach – Sie haben es in dieser Frage ja sehr eilig – versäumt haben, Ihre eigenen Beschlüsse ernst zu nehmen. Die will ich Ihnen hier kurz vortragen, indem ich aus der Vorlage des Senats vom 17. September zitiere.

Erst einmal sagt der Senat, es gibt keine ausreichenden fiskalischen Auswirkungen, also solche auf die Staatsfinanzen. Das heißt dann dort: „Deutlich wird, dass die Bremen verbleibenden Einnahmeverbesserungen das im Abfinanzierungszeitraum zu leistende Investitionsniveau nicht erreichen, während Bund und Länder ohne eigene Finanzierungsbeteiligung erhebliche Einnahmeeffekte verzeichnen.“ Das heißt im Klartext, Bremen hat die Kosten und nicht entsprechende Einnahmen, und die anderen Bundesländer werden davon profitieren. Die Einschätzung teile ich!

Dann gibt der Senat einen Auftrag, und das heißt dann so: „Die vorliegenden Ressorts regen deshalb an, dass der Senat aus Anlass der Beschlussfassung zu CT IV seine Absicht feststellt, gegenüber Bund und Ländern darauf hinzuweisen, dass die Neuregelung der Hafencostenabgeltung auf der Grund-

lage des Artikels 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes ab 2005 mit der nur zehnpromzentigen Beteiligung der Solidargemeinschaft die kostendeckende Aufrechterhaltung eines Seehafens für ein kleines Bundesland wie Bremen nicht ermöglicht. Aufgrund der anerkannten und herausragenden Bedeutung der deutschen Seehäfen für die gesamte deutsche Volkswirtschaft sowie für die öffentlichen Haushalte, Bund und Länder, und der aktuellen Entscheidungsnotwendigkeiten über die zukünftige Gestaltung der Seehafenstruktur der Küstenländer im Zusammenhang mit dem Bau des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven sind der Bund und die Solidargemeinschaft der Länder in der Pflicht, die zukünftige Mitfinanzierung ab 2005 zur Vermeidung von Überlastung der Seehäfenländer zu überdenken.“

Da gibt es einen klaren Auftrag in der Senatsvorlage, dem Senat und der Bürgerschaft zu berichten, was diese Verhandlungen ergeben haben. Das sage ich Ihnen, ich möchte das hier gern von Ihnen wissen! Das ist ein klarer Auftrag an die anderen zu sagen: Ihr müsst es mitfinanzieren! Stattdessen wurde hier vor und nach der Wahl so getan, als könnten wir es bezahlen, als sei es gar kein wirkliches Problem. Sie machen da finanzpolitisch einen schweren Fehler. Sie lassen die anderen aus der Pflicht. Gerade in einer Zeit, in der so viel über den Kanzlerbrief geredet wird, ist das eine der wenigen Möglichkeiten, den Bund in eine Unterstützung für Investitionen in Bremen ins Boot zu bekommen. Das wird er natürlich nicht tun, wenn Sie hier ständig fröhlich beschließen, das Geld ist vorhanden.

Als letzten Punkt möchte ich darauf hinweisen, dass Ihr ganzes Zahlenwerk für den CT IV offensichtlich auch das Papier nicht wert ist, auf dem es steht. Die unseriösen Prognosen habe ich hier schon angegriffen. Man erfährt dann ja aus der Zeitung, und mittlerweile haben wir auch die Senatsvorlage bekommen, dass sich die Reederei MSC an den Bauten bei dem Containerterminal I beteiligen wird. Das begrüßen wir ausdrücklich, das ist ein richtiges Modell!

Die Grünen haben lange gefordert, dass man, ehe man einen Ausbau von weiteren Kajen vornimmt, die Rationalisierungsmöglichkeiten der vorhandenen Kajen nutzt. Also, eine richtige Maßnahme, nur sonderbarerweise kommt sie erst dann auf den Tisch, wenn man es geschafft hat, den CT IV in trockene Tücher zu bekommen! Ich glaube da nicht an Zufall, aber es geht darum, dass Sie es nun machen! Von welchem Geld aber machen Sie es denn? Das ist doch das Interessante! In dem überbordenden Finanzwerk – ich komme zum Schluss – für den CT IV haben Sie so einfach einmal 19 Millionen Euro gefunden, mit denen man jetzt diese aus grüner Sicht sinnvolle Maßnahme machen kann.

Die Grünen sagen also nein dazu! Bei einer Mitfinanzierung des Bundes würde sich für uns die Frage anders stellen lassen. Sie haben hier Fakten ge-

(C)

(D)

- (A) schaffen. Sie haben hier eine Finanzentscheidung getroffen, die Ihnen über viele Jahre Schwierigkeiten bereiten wird, dieser Regierung und den nächsten. Sie haben selbst eingeräumt, dass sich das, was Bremen finanziell davon hat, in keinem sinnvollen Verhältnis zu den eingesetzten bremischen Mitteln befindet, daran werden wir Sie in den nächsten Jahren erinnern!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Herr Senator Eckhoff, Sie haben das Wort!

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So kommt man als Umweltsenator noch zu einer Debatte, die mit Hafen- und Finanzpolitik zu tun hat! Ich nehme aber gern die verschiedenen Punkte auf, die Frau Linnert genannt hat. Das erinnert so ein bisschen an die Zeiten als Fraktionsvorsitzender, als man dann noch zu allen Themen etwas sagen durfte.

Ich möchte zunächst einmal auf die Umweltbereiche eingehen, weil ich glaube, da macht es überhaupt keinen Sinn, wenn man an den vorhandenen Fakten vorbeispricht und sagt, dies wäre kein Eingriff, dies wäre ein minimaler Eingriff. Dies ist natürlich schon ein schwerwiegender Eingriff. Im Landschaftsschutzprogramm von 1991 waren die Ziele anders beschrieben. Deshalb gab es zu dieser Maßnahme auch aus Sicht der Naturschutzverbände die berechtigten Einwände. Trotzdem, ich glaube, dies sollten wir an dieser Stelle auch sagen, bleiben in einigen Teilbereichen Entwicklungsräume vorhanden, die die aufgeführten Ziele des Landschaftsschutzprogramms weiterhin beinhalten. So gibt es unmittelbar nördlich der Geestemündung ähnliche Flächen, auch nach dem Bau des Containerterminals IV noch Reste der beschriebenen Wattflächen. Trotzdem, das müssen wir an dieser Stelle sagen, war es ein Abwägungsprozess, ein gesamtpolitischer Abwägungsprozess, und ich glaube, die Vorredner haben dies deutlich gemacht.

Dass wir uns das nicht leicht gemacht haben, zeigt, glaube ich, der Wust von Papier, der in diesem Zusammenhang beraten wurde. Wenn Sie sich das anschauen, der B-Plan, der hier in der Stadtbürgerschaft vorliegt, 365 Seiten, die elfte Änderung des Flächennutzungsplans, 247 Seiten, und dann noch einmal die Vorlage heute zum Landschaftsschutzprogramm, 30 Seiten, macht insgesamt 642 Seiten Papier! Das zeigt, glaube ich, noch einmal sehr eindeutig, wie umfangreich solche Verfahren auch gerade vor dem Hintergrund der Eingriffsnotwendigkeiten in die Natur begleitet werden, wie aufwendig sie sind, aber auch, wie gewissenhaft, auch aus naturschutzrechtlichen Gründen, Frau Linnert, sie in diesem Abwägungsprozess durchgeführt werden.

Um auch Ihre Einrede zu widerlegen: Sie wissen, dass bei dem Ausbau des CT IV nach FFH-Kriterien gearbeitet wurde! Ich glaube übrigens, dass dies richtig war und dass dies der große Vorteil ist, den wir zum Beispiel gegenüber dem Projekt in Wilhelmshaven haben. Ich bin sehr gespannt, in Wilhelmshaven hat man ja dieses ambitionierte Ziel eingeschoben und hat gesagt: Wir brauchen kein Verfahren nach FFH. Ich bin sehr gespannt, ob die zeitliche Realisierung in Wilhelmshaven tatsächlich realistisch ist. Ich halte sie für sehr ambitioniert, und aus naturschutzfachlichen Gründen bin ich zumindest skeptisch, ob sie einzuhalten ist. Ich glaube, dass es zwingend erforderlich ist, auch dieses Verfahren nach FFH-Kriterien zu betreiben.

Ich glaube aber, dass dieses Verfahren in Wilhelmshaven uns umso mehr zeigt, dass wir heutzutage in Bremerhaven handeln müssen. Die Logistikverkehre insbesondere im Schiffsbereich, im Containerbereich entwickeln sich nach wie vor in rasender Dimension. Sie brauchen sich nur immer einmal die Neubaufaufträge an Containerschiffen anzusehen und damit gleichzeitig in Verbindung die Charraten. Man würde ja denken, immer mehr Schiffe kommen auf den Weltmarkt, die Charraten müssen sinken, aber die Charraten stehen heutzutage auf dem höchsten Niveau, auf dem sie jemals in der Geschichte der Containerschiffahrt standen. Sie haben selbst die Rückschläge, die es nach dem 11. September 2001 gab, deutlich aufgeholt und mittlerweile um mehr als 15 Prozent übertraffen.

Dazu gibt es eine neue Serie von Schiffen. Es sind nicht mehr nur die Viertausender-, sondern mittlerweile Fünftausender- und Sechstausender-TEU-Schiffe, die dort entsprechend gebaut werden. Natürlich müssen sich auch die Häfen auf diese neuen Dimensionen einstellen. Deshalb gibt es auch, Sie haben das angesprochen, die Notwendigkeit, in einem anderen Verfahren die Weser weiter zu vertiefen. Die Notwendigkeit gibt es. Vor diesem Hintergrund weise ich es aber weit zurück, Frau Linnert, dass Sie hier sagen, dass wir die Hochwasserplanung nun nicht entsprechend mit berücksichtigt hätten! Nein, gerade auch vor diesem Hintergrund sitzen die Landesregierungen Niedersachsens und Bremens zusammen, um sich gerade um den Hochwasserschutz zu kümmern, um auch langfristig – das sind Planungen, die gehen bis zum Jahr 2100 mit einem Zwischenschritt 2050 – die notwendigen Maßnahmen dort vorzunehmen. Sie können beim besten Willen nicht die Situation zum Ende des neunzehnten und Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts mit der heutigen Situation vergleichen. Wenn Sie sich anschauen, was in den Jahren alles für den Bereich der Deichsicherheit getan wurde, so können Sie dies beim besten Willen nicht miteinander vergleichen.

Fazit aus Umweltgesichtspunkten, ich möchte gleich aber schon noch zwei Bemerkungen zu Ihren

(C)

(D)

(A) anderen Themen machen: Es fällt einem aus Umweltgesichtspunkten schwer, diese Änderung des Landschaftsprogramms vorzunehmen. Wir glauben in der Abwägung aber, dass sie nötig ist.

Sie haben zwei Bemerkungen gemacht, die ich nachvollziehen kann, die aber, glaube ich, falsch waren. Zum einen haben Sie angesprochen, wir würden damit, dass wir diese Entscheidung bereits getroffen haben, unsere Verhandlungsposition beim Bund schwächen. Ich glaube das nicht. In allen Gutachten ist nachzulesen, in allen Gesprächen, ich bin nun nicht dabei, wenn die Gespräche geführt werden, aber zumindest bei allen vorbereitenden Vermerken zu diesen Gesprächen ist der Bereich der Hafenlasten ein ganz entscheidender, weil sich natürlich die Seehäfersituation ganz anders entwickelt als zum Beispiel die Flughafensituation. Es kommt dann ja aus Hessen immer sofort das Argument, und man sagt: Dann brauchen wir auch eine Beteiligung für unseren Flughafen in Frankfurt, dann müssen sich die anderen Länder dort auch beteiligen!

(B) Es gibt eine besondere Situation, weil heutzutage im Seehafen, gerade durch die Containerterminals bedingt, die Lokoquoten an den Seestandorten deutlich sinken, weil eine Weiterverarbeitung dieser Container dann in aller Regel an anderen Standorten stattfindet. Vor diesem Hintergrund haben wir dort eine Sondersituation. Ich sehe nur, dass diese Sondersituation in den Gesprächen, zumindest in den Gesprächsvorbereitungen immer eine Rolle gespielt hat. Mit einer schnellen Entscheidung kann doch, wenn man sich im Grundsatz darauf verständigt, dass die betroffenen Seehäfen entsprechend entlastet werden müssen, dort eine ganze Menge gemacht werden.

Sie haben die Finanzlast angesprochen und wissen, dass ein Großteil dieser Maßnahme in einem Kostenvolumen von ungefähr 550 Millionen Euro heutzutage über die Zinsen refinanziert wird. Sie haben dann diese 1,2 Milliarden Euro angesprochen. Dort gibt es sicher noch eine Menge Luft, wenn man eine Einigung mit dem Bund erzielt, dass sich die anderen Länder oder der Bund an den Hafenlasten zu beteiligen haben, dort eine entsprechende finanzielle Lastung des Bundeslandes Bremen vorzunehmen.

Zweite Bemerkung: Wenn Sie die Senatsvorlage schon haben, was den Bereich CT I betrifft, dann, finde ich, sollten Sie diese Senatsvorlage auch richtig zitieren! Es steht in der Vorlage nicht – ich habe sie jetzt leider nicht mitgebracht, weil ich nicht wusste, dass wir eine hafenpolitische Grundsatzdebatte führen –, dass dieses Geld vorhanden ist, sondern, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, es steht in der Vorlage, dass man sich bemühen wird im weiteren Verlauf, diese Kosten einzusparen. Das heißt, man setzt sich entsprechend unter Druck, dass nicht nur die Maßnahme CT IV finanziert werden kann,

sondern auch die CT-I-Maßnahme für die Reederei MSC in einer Größenordnung von 19 Millionen Euro.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht es jetzt aber nicht seriöser, Herr Eckhoff!)

Aber, Frau Linnert, das ist ein Unterschied! Das ist natürlich durch zwei Maßnahmen entsprechend begünstigt: zum einen, dass es bei Baumaßnahmen immer noch die Möglichkeit gibt, heutzutage aufgrund der Situation im Baubereich günstige Ausschreibungen vorzunehmen, und zum zweiten, dass natürlich bei einer solchen Größenordnung durch ein vernünftiges Projektmanagement auch eine Kosteneinsparung von zirka drei Prozent bei solchen Projekten möglich sein sollte.

Wir haben darüber hinaus aber auch im Rahmen der Senatsberatung uns noch einmal darauf verständigt, dass wir eine regelmäßige Informationspflicht über den Ablauf der Baumaßnahme CT IV haben möchten, um zu sehen, ob vielleicht noch weitere Potentiale in diesem Projekt sind, um dann auch zu schauen, wenn ja, für welche Maßnahmen dieses Geld dann auch ausgegeben werden kann. Das heißt, dem weiteren Verlauf ist dort schon Rechnung getragen worden, auch in den Senatsberatungen. Insofern, glauben wir, haben wir die Bedingungen berücksichtigt.

Ich will das zusammenfassen: Aus Umweltsicht ein schwerer Tag, dies zu ändern, für Bremerhaven, glaube ich, ein guter Tag! Ich hoffe, dass die Stadtbürgerschaft morgen und die Stadtverordnetenversammlung am 13. Mai entsprechende Beschlüsse fassen werden. – Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der 9. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 in Bremerhaven-Weddewarden im Zusammenhang mit der 52. Änderung des Flächennutzungsplans Bremerhaven 1977 und der 11. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001, CT IV, mit der Drucksachen-Nummer 16/213 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Abg. T i t t m a n n [DVU] und Abg. W e d l e r [FDP])

(C)

(D)

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
 (Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)
 Stimmenthaltungen?
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt entsprechend zu.

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
 vom 21. Januar 2004
 (Drucksache 16/124)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. April 2004

(Drucksache 16/214)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Frau Senatorin, möchten Sie die Antwort mündlich wiederholen?

(Senatorin R ö p k e : Nein, danke! Aber es wäre verlockend!)

- (B) Es wäre verlockend, aber vielen Dank, dass Sie verzichten!

Ich frage, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Das ist der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren hier heute die Große Anfrage der CDU und der SPD „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen“. Bevor ich in das Thema einsteige, möchte ich gleich zu Anfang meinen Dank an das Ressort richten, das wirklich nicht nur umfangreich auf unsere 26 Fragen geantwortet hat, sondern auch wirklich substanzvoll. Vielen Dank für diese strukturierte und aussagekräftige Antwort!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das lag an den guten Fragen! – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das haben Sie doch nicht nötig, Herr Kastendiek! – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Spaß muss sein!)

Auch wenn dieses Thema nicht das erste Mal in diesem Parlament diskutiert wird, ergibt sich doch ganz offensichtlich die Notwendigkeit, an diesem Thema weiter zu arbeiten. Aktueller Anlass dieser Anfrage ist die besorgniserregende gesundheitliche Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Jeder weiß es: Unsere Kinder werden immer unbeweglicher, sie leiden häufiger an Übergewicht, und sie tragen ein enormes Risiko, Folgeerkrankungen auszubringen. An die Stelle der traditionellen Kinderkrankheiten sind heute chronische Krankheiten getreten, zum Beispiel Übergewicht, Essstörungen, Suchterkrankungen, aber auch zunehmender Konsum von Drogen aller Art.

Was liegt da näher, als einmal nachzufragen, was denn das Land Bremen für die Gesundheitsvorsorge unserer Kinder tut!

In Bremen gibt es eine Vielzahl von Akteuren im Gesundheitswesen, die mit der Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen befasst sind. Gesundheitsämter haben unterschiedliche Aktivitäten installiert, Gemeinschaftsprojekte mit Krankenkassen sind in der Stadt vorhanden, das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin, das BIPS, bietet umfassende Projekte zur ernährungsbezogenen Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen an, leistet Informations- und Aufklärungsarbeit, um auf die besorgniserregenden Folgen von Fehlernährung hinzuweisen. Wir verfügen über ein umfassendes Angebot an den Bremer Kliniken für die spezielle Versorgung chronisch kranker Kinder, es werden Fortbildungsveranstaltungen für hauswirtschaftliche Fachkräfte angeboten.

Wir finden Projekte wie „Gesundes Frühstück im Kindergarten“, in der Ernährungsberatung schon in der Stillberatung werden Mütter sensibilisiert in Bezug auf Prävention von Adipositas, der so genannten Fettsucht. Die Ärztekammer und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte erstellen Konzepte zur frühzeitigen Erkennung von Risikofaktoren im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen und so weiter. Wer Interesse an einer detaillierten Bestandsaufnahme hat, der sollte die Antwort des Senats einmal lesen. Soweit die gute Nachricht! Wir als Land Bremen haben alles: zahlreiche differenzierte Unterstützungsangebote, und die auch noch überwiegend kostenfrei.

Nun die schlechte Nachricht! Jedes fünfte Kind und jeder dritte Jugendliche in Deutschland sind übergewichtig. Vier bis acht Prozent aller Schulkinder sind sogar adipös, das heißt fettüchtig, was mit Gesundheitsstörungen verbunden ist. Eine Untersuchung an 500 Kindern in Deutschland ergab zum Beispiel, dass mehr als ein Drittel der getesteten Kinder eine Kombination aus Bluthochdruck, Fettstoffwechselstörungen und Insulinresistenz hat. Ebenso viele Kinder hatten Schäden an den Knien, Hüftgelenken und Füßen. Fast ein Drittel leidet an einer

(C)

(D)

- (A) Fettleber. Zwei Prozent der Kinder hatten Gallensteine, ein Prozent hatte den typischen Altersdiabetes.

Meine Damen und Herren, das ist ein Ergebnis aus Deutschland, nicht aus den USA. Für Bremen heißt das, 4,5 Prozent der Schulanfänger waren 2002 adipös, weitere sieben Prozent übergewichtig. An Altersdiabetes im Kindesalter als fast ausnahmslose Folge von Übergewicht sind in Bremen auch bereits Kinder erkrankt. Nach Einschätzung des Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte steigt die Zahl übergewichtiger Kinder kontinuierlich an, ebenso die derjenigen mit Auffälligkeiten der Fein- und Grobmotorik mit zentralen Wahrnehmungsstörungen. Alle sind sich einig, das ist besorgniserregend. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie und was können wir noch tun? Ausreichende Beratungs- und Unterstützungsangebote sind doch vorhanden! Warum erreichen diese Angebote unsere Eltern und Kinder nicht?

- (B) Allen klugen Unterstützungsmaßnahmen stehen natürlich starke bekannte Feinde entgegen. Das sind die veränderten Lebensbedingungen unserer Kinder, wenig Bewegung, der Computer, hohe Energiezufuhr in Form von Snacks und süßen Limonaden, darüber hinaus natürlich auch die immer neuen Ideen der Industrie und der Medien. Anfang der siebziger Jahre, als wir noch zum Būdchen gingen und eine Tüte Pommes kauften, da hatte diese noch etwa 200 Kalorien. Dank eines Large-Sizing-Konzeptes sind es heute mehr als 610 Kalorien. Megapommes sind im Trend, Megabottiche an gesüßten Getränken, XXL-Schokoladen.

Jede Nation, die etwas auf sich hält, finanziert Fachgesellschaften, denen es obliegt, Empfehlungen über gesunde Ernährung und Richtlinien über den Bedarf an Nährstoffen zu erlassen. Der Markt ist überschwemmt von gesunden Nahrungsmitteln. Wir wissen viel, wir haben alles, eigentlich alle Angebote und alle Möglichkeiten, unsere Kinder gesund zu ernähren. Was ist die Realität? Unsere Kinder bekommen zunehmend ernährungsbedingte Erkrankungen. Wo ist jetzt bitte der Vorteil, dass das Land so zahlreiche Angebote vorrätig hält? Muss ich die Wirkung dieser Angebote einmal auf den Prüfstand stellen? Ist denn unser Wissen über die Zusammenhänge von Ernährung und Gesundheit immer noch rudimentär, oder erreicht es nicht die richtige Zielgruppe am richtigen Ort zum richtigen Zeitpunkt? Ignorieren Eltern die enormen Risiken? Fehlt es an Problembewusstsein? Fragen, die wir als Politiker lösen müssen!

Sicher ist, die Hilfsangebote müssen an den Lebensraum der Kinder geknüpft werden. Da hat der Kindergarten zunächst eine zentrale Bedeutung, und zwar auch eine zentrale familienergänzende Bedeutung. Es gibt wohl hier die besten Anknüpfungspunkte für eine gesundheitsfördernde Erziehung. Es sind konkrete Maßnahmen möglich. Man nehme

einmal die Zahnprophylaxe, als Beispiel, die signifikant messbare Erfolge hervorgebracht hat. Im Kindergarten sind wir noch in der Lage, den Kindern durch Bewegung den Zugang zur Welt zu schaffen. Körper- und Bewegungserfahrung müssen hier integraler Bestandteil eines Kindergartenalltags werden.

Die nächste Instanz ist die Schule, die immer wieder auch von der CDU geforderte dritte Schulsportstunde muss wieder thematisiert werden. Die Zusammenarbeit mit Sportvereinen muss als wichtige Zielsetzung erkannt werden. Der Nutzen ist für alle groß: besseres Schulklima durch mehr Sport, die Entwicklung der Motorik, der Sozialkompetenz und der Konzentrationsfähigkeit. Auch Sportvereine finden hier übrigens die Mitglieder ihrer Zukunft. Wir können so Kristallisationspunkte schaffen.

Weiteres Ziel ist die Gesundheitserziehung als Pflichtfach an den Schulen. Ich glaube, es ist zu spät, alles dem Zufall zu überlassen. Ein Drittel der dreistelligen Milliardenkosten im Gesundheitswesen wird durch falsche Ernährung verursacht. Kooperation, Vernetzung und Ressourcensuche sind immer Begriffe, die verwandt werden, um nicht besonders gut funktionierende Bereiche nett zu beschreiben, aber wir müssen sie wohl auch an dieser Stelle wieder bemühen. Das Ziel muss sein, alle Angebote so zusammenzustricken, dass wir zu einer Verlaufsbeobachtung kommen.

Nahezu 100 Prozent der Kinder werden im ersten Lebensjahr beim Kinderarzt vorstellig. Die U1- bis U7-Untersuchungen ergeben Daten, die zusammengeführt werden müssen. Wir brauchen ein Frühwarnsystem, in dem Bremer Daten von den Kindern erfasst werden, die im Risiko sind. Das heißt, wir müssen erstens so früh wie möglich ansetzen, um die Adipositas zu verhindern, und zweitens müssen wir dann gezielt beraten, und zwar dort, wo die sensiblen Lebensphasen sind. Das wäre zum Beispiel auch schon die Phase der Schwangerschaft. Studien zeigen, dass die Prägung schon um die Geburt herum stattfindet.

Meine Forderung ist, das Geld, das wir bereitstellen, muss insbesondere für die wirksam werden, die das Risiko haben, übergewichtig zu werden. Unsere Angebote sind reichhaltig, aber wir müssen sie prüfen. Bringen sie auch den erwünschten Erfolg? Der Vorteil in Bremen: Alle Strukturen sind vorhanden bis hin zur Prävention durch das BIPS. Diese Chance muss genutzt werden. Eine zielführende Veränderung, eine Verlaufsbeobachtung lässt keine Kosten entstehen, wenn man die Daten entsprechend zusammenführt. Der Effekt wäre meines Erachtens groß, und man kann ihn dann auch als Gesundheitsförderung ansehen. Man kann gezielter intervenieren, beraten und Empfehlungen aussprechen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen: Wir müssen den Erfolg unserer Angebote auf den

(C)

(D)

- (A) Prüfstand stellen. Sensible Lebensphasen müssen genutzt werden, um Daten zu poolen, um daraus gezielt Empfehlungen ableiten zu können, beispielsweise bei den Vorsorgeuntersuchungen der Gynäkologen und Kinderärzte. Wir brauchen einen roten Faden. Hilfsangebote müssen an den Lebensraum der Kinder geknüpft werden, integrierte familienbezogene Konzepte sind bereits im Kindergarten zu schaffen. Das heißt, das Ziel muss sein, Reaktionsketten zu schaffen, Verlaufsbeobachtungen, ein Frühwarnsystem. Wir brauchen organisatorische Einheiten, denen man nicht ausweichen kann.

Die Erfahrung zeigt, dass nichts dem Zufall überlassen werden kann. Das Geld muss dort bereitgestellt werden, wo wir die größte Chance haben, noch erfolgreich zu lenken, das heißt für die, die ein Risiko haben, übergewichtig zu werden. Mehr Sport an Schulen in Kooperationsformen mit Sportvereinen und Gesundheitserziehung als Pflichtfach an den Schulen! Dazu gehört eine große Voraussetzung: die Zusammenarbeit von Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport!

Abschließend noch einen Satz: Körperliche Aktivität und eine entsprechende Lebensführung sind eine familiäre Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Das heißt, wir brauchen einerseits integrierte familienbezogene Konzepte, um ein Gesamtkonzept zu ermöglichen, aber Eltern müssen andererseits die Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, das Land allein wird es nicht schaffen. Gesundheitsförderung muss im Interesse eines jeden Einzelnen liegen. Eltern müssen hier aktiv beteiligt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das aktuelle Thema Kindergesundheit und Gesundheitsförderung für Jugendliche ist immer wieder aktuell. Es gab hierzu schon zweimal Anfragen, einmal von der SPD und einmal von den Grünen. Ich finde es auch richtig, dass es permanent auf die Tagesordnung kommt.

Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat schon ausgeführt, wie der Befund ist: Wir haben immer mehr überernährte Kinder. Es ist auch die Situation zu Hause, dass sich dort nur eine Sache bewegt, das ist die Maus am Computer. An dieses Problem müssen wir heran, wenn man sieht, welche Folgeerscheinungen hervortreten. Es stand letzstens in der Presse, dass Kinder zukünftig nicht so alt werden wie ihre Eltern. Das sind alles Vorzeichen, die man berücksichtigen muss.

Ich will jetzt nicht im Detail auf die einzelnen Dinge eingehen, das hat schon meine Vorrednerin getan. Eines ist aber doch wichtig: Wir haben in Bremen ein vielfältiges Angebot. Überall wird etwas angeboten, aber es fehlt die Vernetzung. Ich glaube, hier muss mehr bewegt werden. Ich habe auch eine gewisse Hoffnung – da gibt es jetzt die Beratungen zum Präventionsgesetz, wo auch die Krankenkassen beteiligt werden sollen, es gibt aber noch keine Einigung –, dass man auf Bundesebene etwas schafft, dass die Prävention neben der Reha, der kurativen Medizin oder der Pflege zur vierten Säule in unserem Gesundheitssystem wird. Ich halte das für sehr wichtig, denn es steigert die Lebensqualität für das Alter. Von daher denke ich, lieber gesund alt werden, als krank alt werden! Ich denke, das ist ein Vorteil.

(Zurufe)

Wie gesagt, wir müssen sehen, dass dieses Präventionsgesetz eben auch auf Länderebene heruntergebrochen wird und dass es eine Regelung gibt, bei der alle Akteure vernetzt sind. Im Schulbereich muss die Ernährung qualitativ gesünder werden. Wir sind mit dem BIPS dabei, da gibt es einige Dinge, die schon in Bewegung gebracht wurden. Auch Krankenhäuser sind bei der Ernährungsberatung an den Schulen beteiligt. Das sind alles Schritte in die richtige Richtung.

Ich meine, wir müssen die einzelnen Maßnahmen auch jährlich überprüfen. Wir müssen Prioritäten setzen, und es muss auch immer wieder die Qualität der Maßnahmen überprüft werden. In der Schweiz gibt es solche Modelle. Da gibt es ein zentrales Institut, das jährlich die Maßnahmen überprüft und entsprechend die Maßnahmen fördert oder eben Maßnahmen auslaufen lässt. Das halte ich für einen sinnvollen Schritt. Manche Rückenschule ist auch nicht gerade von Vorteil, sondern eher von Nachteil. Von daher denke ich, ist Qualität in diesem Bereich angesagt. Das muss aber, wie gesagt, im Präventionsgesetz geregelt werden. Das ist noch ein langer Weg. Es gibt die Aussage vom Ministerialrat Jung in Berlin, der sagt, das Reha-Gesetz dauere 30 Jahre. Ich hoffe aber nicht, dass es in diese Richtung geht und dass man da seitens der Länder, der Bundesebene und der Krankenkassen endlich eine Einigung erzielt.

Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Sie sprachen vorhin die Sportvereine an! Es gab letzstens einen Artikel in der Zeitung über Seniorensport. Dort fehlen die Übungsleiter. Das ist ein gravierendes Problem. Wenn ich die Merz-Aussagen zur Steuersenkung sehe – Übungsleiter sind ja steuerlich gefördert –, dann gibt es hier ein großes Problem, worauf wir achten müssen, damit diese Menschen nicht auch noch getroffen werden und uns die Übungsleiter dann völlig wegfallen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Wie gesagt, es gibt in verschiedenen Bereichen Probleme. Sie müssen gegenseitig abgestimmt werden, damit die Prävention wirksam wird und wir auch einiges davon haben und länger davon profitieren.

Wir hören momentan auch sehr viel über das Joggen. Radio Bremen macht eine Aktion, das Fernsehen, und es würde uns, glaube ich, ganz gut anstehen, wenn wir in der Bürgerschaft einmal etwas Ähnliches, eine bewegte Bürgerschaft machen würden. Da könnten wir vielleicht als Vorbild einiges aufzeigen,

(Beifall bei der CDU)

womit wir auch unsere Jugendlichen gewinnen könnten.

(Zuruf der Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/
Die Grünen])

Ich meine, wie gesagt, in Richtung Vernetzung, Qualitätskontrolle und Ausweitung der Prävention, da können wir die Menschen vielleicht eher erreichen. Allerdings ist auch vorbildliches Verhalten unsererseits Voraussetzung, um im Präventionsbereich einige Pflöcke einzuschlagen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einmal ganz altmodisch anfangen mit einem Sprichwort: „Wohlgeratene Kinder sind des Alters Stab.“ Ich denke, dieses alte Sprichwort sagt genau das aus, was auch heute noch Gültigkeit hat. Unsere Zukunft, das sind unsere Kinder, und diese Zukunft wird leider zunehmend krank, meine Damen und Herren.

Der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Ich denke, das ist ein warnender Hinweis, den wir alle hier aufnehmen müssen. Wir vom Bündnis 90/Die Grünen haben deshalb auch im Jahr 2001 eine Große Anfrage zu diesem Thema eingereicht, „Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Bewertung und Prävention“, so war die Überschrift. In der jetzigen Mitteilung zu der Großen Anfrage, über die wir ja debattieren, wird oft genug auf diese Große Anfrage von uns hingewiesen.

Unser Ziel war es damals, eine Ist-Analyse über den Gesundheitszustand der Kinder im Land Bremen zu bekommen. Es war auch das Ziel der De-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

batte, dann daraus etwas zu entwickeln. Das haben wir auch miteinander geschafft, das will ich hier nicht verhehlen. In der Stadtbürgerschaft gab es einen interfraktionellen Antrag zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen mit dem Schwerpunkt Ernährung, Bewegung, der ist hier auch verabschiedet worden. Da sollten wir auch noch einmal sehen, was eigentlich daraus geworden ist. Weiterhin haben wir über den verantwortungsbewussten Einsatz von Methylphenidat bei Hyperaktivitätsstörungen und Aufmerksamkeitsdefizitsyndromen in der Gesundheitsdeputation beraten. Ich denke, da sind wir auch zu guten Ergebnissen gekommen. Soweit zur Vorgesichte!

Ich muss sagen, eines hat mich doch ein bisschen verwundert, als ich Ihre Große Anfrage gesehen habe. Da war ich doch leicht irritiert, und ich werde Ihnen auch verraten, warum! Als wir hier vor zwei Jahren darüber debattiert haben, hat mir die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD vorgehalten, ich hätte alles in einen Topf geworfen. Was war denn der Topf? Wir haben nach veränderten Lebensstilen gefragt, wir haben nach verändertem Freizeitverhalten gefragt, nach chronischen Erkrankungen, nach Unfällen, nach Verhaltensauffälligkeiten, nach Allergien, nach Atemwegserkrankungen und so weiter. Ich denke, das waren damals schon die richtigen Fragen.

Nehmen wir zum Beispiel die Fragen zum Übergewicht von Kindern und jungen Menschen und die Haltungsschäden, meine Damen und Herren! Ich denke, es wird hier heute keiner widersprechen, dass es sich hierbei um die Erscheinung von veränderten Lebensstilen, Ernährung und um verändertes Freizeitverhalten handelt. Wir haben auch damals schon deutlich gemacht, dass es immer der Ansatz grüner Gesundheitspolitik ist, das ganzheitlich zu sehen. Ich denke, das geht auch nur ganzheitlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damals war es leider so, dass von der CDU diese Defizite nicht erkannt worden sind, beziehungsweise es wurde gesagt, wir haben hier alles, Sie sehen das alles nicht, alles ist eigentlich in Ordnung, Sie tragen hier sozusagen die ganzen schlimmen Sachen der Republik durch das Haus. So wurde damals argumentiert. Deshalb war ich eigentlich sehr gespannt auf Ihre Ausführungen. Ich bin sehr überrascht und freue mich auch über die Ausführungen meiner beiden Vorredner, die doch deutlich sagen, hier haben wir Probleme, hier haben wir Defizite. Ich habe auch bei Ihnen gehört, dass Sie sagen, wir wollen dieses Thema weiter bearbeiten. Das hat mich wirklich sehr gefreut.

Ich teile auch die Einschätzung von beiden, dass es in Bremen viele Angebote gibt, die mit der Förderung und Wiederherstellung der kindlichen Gesundheit zu tun haben. Die gibt es auch auf Bun-

(C)

(D)

(A) diesebene. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung soll diese ganzen Programme jetzt evaluieren, damit auch Transparenz hineinkommt, und sagen, welche Programme welche Zielgruppen erreichen, welche wir brauchen und welche sinnvoll fortzuführen sind. Ich denke, das ist der richtige Weg.

Für uns ist es aber auch wichtig sicherzustellen, dass die Programme hier vor Ort die Zielgruppen erreichen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die sozialräumliche Analyse uns sagt, dass der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen gerade in sozial benachteiligten Familien besonders schlecht ist. Ich denke, diesen Zusammenhang müssen wir uns immer vor Augen führen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da Kinder auf die Lebensverhältnisse, in denen sie groß werden, keinen Einfluss haben, ist die gesellschaftliche Ungleichheit hier besonders groß. Dem müssen wir entgegenwirken, und zwar in allen Politikfeldern, in Stadtplanung, in Wirtschaftspolitik, wir müssen das einfach überall sehen und fest verankern. Diese Schablone müssen wir auch bei Planungen immer darüber legen, damit wir Kinder und Jugendliche in ihrem Lebensumfeld erreichen, in Kindertagesstätten, in Schulen, in Freizeithäusern und auch dort, wo sie leben. Auch die Pädagogen, die Lehrer und Erzieher, müssen mit eingebunden werden, um einen gesundheitlichen Ansatz zu formulieren.

(B)

Die Kinder und Jugendlichen müssen an solchen Dingen beteiligt werden, denn nur so werden solche Programme auch eine Akzeptanz erfahren. Programme, die aufgestülpt werden, werden nie eine Akzeptanz bei Kindern und Jugendlichen erfahren. Nur wer mit den jungen Menschen zusammenarbeitet und, ich sage einmal, weiß, wie die ticken, weiß auch, was sie möchten. Mit alten Sportangeboten zum Beispiel, mit diesen alten Kamellen, erreichen wir sie nicht mehr. Lasst sie aktiv mitgestalten, lasst sie sagen, was sie wollen, und ich denke, dann können wir ihnen auch deutlich machen, was wir machen können und auch, wie viel Geld da ist! Auch das ist, denke ich, eine aktive Beteiligung, die wir hier vor Ort leben müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie gesagt, in der Mitteilung, über die wir jetzt debattieren, wird dieser Handlungsbedarf nicht so deutlich. Es sind viele Projekte, Träger, alles Mögliche aufgeführt. Irgendwie hat es für mich so die Tendenz: Wir machen sehr viel, und es ist doch sehr viel da. Viel hilft aber nicht immer viel, das wissen wir alle.

Ich möchte das kurz an der Situation in Bremerhaven deutlich machen! Hier haben viele Kindergärten, komischerweise von freien Trägern, Bewe-

gung als ihren Schwerpunkt gewählt. Da frage ich mich natürlich, warum nicht die kommunalen Tagesstätten, aber gut, das ist vor Ort zu klären! Das Gesundheitsamt in Bremerhaven hat im Dezember letzten Jahres einen Bericht vorgelegt, der die Kindergärten im Stadtteil Lehe untersucht. Er hat noch einmal deutlich die Zusammenhänge von sozial schwachen Familien und Kindergesundheit aufgezeigt und auch Handlungsstrategien entwickelt. Ich denke, das ist ein richtiger Ansatz, um das auch vor Ort zu verbessern. Es ist eigentlich auch originäre Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes, solche Sachen zu machen.

(C)

Ich denke, es ist an der Zeit, das wahrzunehmen. Ich habe gehört, Sie haben es wahrgenommen. Wie gesagt, das erfreut mich. Ich möchte aber trotzdem wieder ein bisschen Wasser in den Wein gießen, und zwar beim Thema Essstörungen! Wir wissen, dass viele junge Menschen zunehmend essgestört sind. Hier in Bremen hat es dazu geführt, dass es dieses Internetprojekt „schlaraffenland-bremen.de“ gegeben hat, ein wirklich gutes Projekt, das sich viele junge Menschen angesehen haben. Man kann anonym hineingehen, man kann beraten werden. Das ist leider an einen freien Träger außerhalb von Bremen verkauft worden. Es gibt immer noch einen Zugang, aber das finde ich sehr schade!

Jetzt steht das zweite Projekt, die Beratungsstelle für essgestörte Kinder, auf der Kippe. Das finde ich nicht in Ordnung. Das finde ich auch gesundheitspolitisch eine falsche Entscheidung, weil ich denke, dass dieses Angebot weiter zunehmend genutzt werden muss. Sie würden gut daran tun, auch da noch Ihren Koalitionsvertrag umzusetzen und das abzusichern.

(D)

Wir sollten hier in Bremen überlegen, wie wir diese ganzen Projekte und Hilfsangebote, wie Frau Dr. Mohr-Lüllmann auch schon gesagt hat, zusammenbekommen können. Ein guter Weg dazu ist, dass man hier regionale Gesundheitskonferenzen durchführt, Ziele klar definiert, mit allen Akteuren hier vor Ort zusammenkommt, diese Sachen natürlich auch evaluiert. Nordrhein-Westfalen macht so etwas vor, da kann man sich zum Teil anschauen, wie so etwas geht. Das wäre ein Schritt, mit dem wir auf einem guten Weg wären, hier auch wirklich originär Prävention zu machen und nicht auf das Bundespräventionsgesetz zu warten, weil ich denke, regional haben wir die besten Ansätze, hier Sachen weiterzuführen, und wir wissen auch, wo hier vor Ort die Probleme sind. Ich denke, das muss einfach hier vor Ort geschehen. Wenn Sie uns unterstützen, stehen wir dabei an Ihrer Seite. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

- (A) **Abg. Tittmann (DVU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf die Binsenweisheiten, die in der Mitteilung des Senats enthalten sind, die schon lange bekannt und zerredet worden sind, einzugehen, lohnt sich nun wirklich nicht.
- Dass aber nicht von einer am Wohl der Kinder und Jugendlichen ausgerichteten Politik gesprochen werden kann, das ist Fakt. Darum sage ich namens der Deutschen Volksunion: Gesundheitspolitik muss, gerade mit Blick auf Heranwachsende, als wesentlicher Bestandteil einer freien Gesellschaft begriffen werden. Das bisherige System der sozialen Sicherung im Bremer Gesundheitswesen ist geprägt von einer Fülle schwer wiegender Verfehlungen. Meine Damen und Herren, um die Leistungsfähigkeit des hiesigen Gesundheitswesens nicht noch weiter absacken zu lassen, muss seine Wirtschaftlichkeit gestärkt werden. Dabei muss solidarisches Handeln einen weitaus höheren Stellenwert erhalten.
- Zum Maßnahmenkatalog! Zum Punkt Erkrankungen, Suchterkrankungen und Vorbeugung gehört auch, dass im Interesse einer optimalen Therapie dafür gesorgt werden muss, dass Krankheit nicht zu einer sozialen Notlage führt. Zwingend erforderlich ist es zudem, dass etwa durch Drogen gefährdete Jugendliche verstärkt die Gefahren des zunehmenden Drogenkonsums und dessen schreckliche Auswirkungen und Folgen für ihre Gesundheit effektiver, auch durch staatliche Stellen, vermittelt bekommen, wobei das vielfach von ausländischen Dealern beherrschte Rauschgiftunwesen viel, viel stärker und effektiver bekämpft werden muss als bisher.
- (B) **Umfassende Aufklärung** bereits in Schulen ist dringend erforderlich. Hierzu gehört neben einer ausgegorenen Gesundheitsvorsorge und Prävention auch eine gezielte Gesundheitserziehung, die über Drogen-, Tabletten-, Alkohol- und Tabakkonsum aufklärt, und zwar viel effektiver und intensiver aufklärt, als es bis jetzt der Fall war.
- Meine Damen und Herren, die Gesundheit junger Menschen wird entscheidend durch Sport gefördert. Der Sport hat gerade für Kinder und Jugendliche eine herausragende Bedeutung, was an den Schulen im Land Bremen deutlicher berücksichtigt werden muss. Die Bedeutung des Schulsports ergibt sich nicht nur aus seiner Funktion als Gesundheitsvorsorge, sondern auch aus seiner Erziehungsfunktion zur Leistung, solidarischem Verhalten, kameradschaftlichem Wettbewerb und Selbstdisziplin. Deshalb fordert die Deutsche Volksunion, dass Sport als verfassungsrechtlich geschütztes Rechtsgut umfassend gefördert werden muss. Es sei auch darauf hingewiesen, dass im Land Bremen erheblich mehr für die Förderung des Breitensports in den Vereinen, des Freizeitsports und des Sportstättenbaus getan werden muss.
- Unerträglich ist ein in diesem Bereich durch politisch Verantwortliche betriebener Kahlschlag, der
- auch Hallen- und Freibäder betrifft. Notwendig ist außerdem eine Förderung des Betriebssports in allen Bereichen im Hinblick auf seine gesundheitspolitische Vorsorge und im Interesse einer Humanisierung der Arbeitswelt.
- (C) **Abschließend** bleibt festzustellen, die Mittel für den Sport sind im Haushalt viel zu gering angesetzt. Es ist sinnvoller, Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche durch Sport zu finanzieren, als später die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu beklagen. – Ich danke Ihnen!
- Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Röpke.
- Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon ausführlich dargestellt worden, welche zum Teil wirklich dramatischen Auswirkungen in der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen sind, zum Teil wirklich auch alarmierend. Insbesondere Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat das ausgeführt. Wenn man es auch vor Ort einmal berichtet bekommt, in den Kindergärten zum Beispiel, macht es mir, Ihnen sicherlich auch, große Sorge. Das heißt aber natürlich nicht, dass wir davor die Augen verschließen, im Gegenteil. Diese Große Anfrage zusammen mit der Großen Anfrage der Grünen aus dem Jahr 2001 gibt einerseits einen guten Überblick über die Problemlage von Kindern und Jugendlichen, andererseits auch über die Angebote, die wir hier im Land Bremen vorhalten. Ich denke schon, dass sich das sehen lassen kann.
- (D) **Es gibt unglaublich viele Initiativen und Einrichtungen**, die die unterschiedlichsten Angebote in den Stadtteilen – und das zeichnet Bremen und Bremerhaven immer wieder aus, dass wir sehr präsent vor Ort sind – vorhalten und Aktivitäten entfalten. Das heißt aber nicht, dass diese Angebote, dies ist ja auch schon festgestellt worden, von den Menschen, die es am nötigsten haben, auch immer in ausreichendem Umfang angenommen werden. Das ist leider festzustellen. Das ist auch aus meiner Sicht eine zentrale Frage: Wie kommen wir an die Menschen heran, die Eltern, die es in der Tat dringend nötig haben?
- Eine Möglichkeit, die sich über die ganzen Jahre gut bewährt hat, die alle Kinder in einem gewissen Alter erreicht, ist die Schuleingangsuntersuchung. Da werden alle Kinder noch einmal untersucht. Auch die Kinder, die der Vorsorge bis dahin sozusagen entgangen sind, das sind immerhin weniger als zehn Prozent, aber dann immer noch zehn Prozent zuviel, werden von dieser Eingangsuntersuchung erfasst. Die Eltern haben dann die Möglichkeit, in ärztlicher Begleitung mit den Ergebnissen weiter zu arbeiten.
- Wir stellen aber trotzdem immer wieder fest, dass trotz aller Angebote, aller Bemühungen, aller Ansprachen leider immer noch eine starke Korrelation

- (A) zwischen der Nichtinanspruchnahme und dem sozialen Status zu verzeichnen ist. Wir versuchen, uns auch auf allen anderen Feldern der Frage zu nähern: Wie erreichen wir die Menschen? Da nützt Aufklärung, da nützt auch die beste Motivation, auf die Menschen zuzugehen, oft nichts, weil sie sich einfach verschließen, weil sie zum Teil auch überfordert und mit ihren Problemen so belastet sind, dass sie dazu keinen Zugang haben. Dieser Frage müssen wir uns, denke ich, weiter widmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie gute Anregungen haben, die nehmen wir gern auf, um das gemeinsam weiterzuführen.
- Wir haben aber auch gute Erfolge. Das ist zum Beispiel im Bereich der Zahnpflege der Fall, da ist es gelungen, eine gute Prävention zu erreichen. Es ist vor allen Dingen auch gelungen, die Kinder und Jugendlichen von klein auf zur Zahnpflege zu motivieren, und Motivation ist der entscheidende Punkt, um in der Gesundheitsvorsorge etwas zu erreichen.
- Wir haben gute Angebote in den Kindergärten. Ich finde es ganz klasse, was dort gemeinsam mit BIPS zum Thema gesunde Ernährung zum Teil in den Kindergärten passiert. Die ganz Kleinen werden schon an diese Fragen herangeführt, setzen sich mit den Produkten auseinander, sind dabei zu kochen, zu schneiden. Sie transportieren darüber im Übrigen auch oft die Frage nach Hause: Mama, warum gibt es bei uns eigentlich kein Gemüse? Ich will auch Paprika zum Mittagessen, das schmeckt so gut im Kindergarten!
- (B) Da bewegt sich schon ganz viel. Ganz engagierte Kindergärten, die eine eigene Küche haben, machen sogar mit Eltern Kochkurse, weil wir leider zunehmend feststellen, dass gerade junge Frauen immer weniger kochen können, weil sie es gar nicht mehr gelernt haben und deswegen auch mit der Familie und mit ihren Kindern gar nicht mehr kochen. Wir wissen, dass es leider ganz viele Familien gibt, bei denen zu Hause keine gemeinsame Mahlzeit mehr eingenommen wird, sondern irgendetwas in die Mikrowelle geschoben wird und jeder sich irgendwie unterwegs ernährt. Es gibt zum Teil Familien, in denen es keinen gemeinsamen Esstisch mehr gibt, an dem diese Familie das Ritual des Essens pflegt und wo die Kinder auch lernen, in gemeinsamer und gemütlicher Runde ein Essen zu zelebrieren. Das ist ganz traurig, was sich dort zum Teil abspielt. Da müssen wir herankommen.
- Wir haben, denke ich, auch gute Erfolge erzielt, was die Früherkennung betrifft. Ich möchte insbesondere ein Projekt hervorheben, das wir in diesen Wochen neu starten, das ist das flächendeckende Hör-Screening für sämtliche Neugeborene im Land Bremen, etwas, was wir schon lange in Angriff genommen haben, und jetzt endlich klappt es. Das heißt, jedes Neugeborene wird innerhalb eines Monats auf Hörschäden untersucht, und je früher man dann behandeln kann, desto wirksamer ist es. Seit 2003 gibt es im Übrigen für alle Kinder auch schon ein Screening auf angeborene Stoffwechselerkrankungen.
- (C) Wir haben große Probleme mit Kindern und Jugendlichen, das ist schon gesagt worden, wenn es um Suchtprobleme geht, also Drogen, Alkohol und Rauchen. Dort ist auch eine dramatische Entwicklung zu verzeichnen, dass Kinder und Jugendliche immer früher anfangen zu rauchen oder zu trinken und dann zum Teil auch immer heftiger.
- Dies ist eine Entwicklung, die sich bundesweit auch am Thema Alcopops dokumentiert hat. Gezielt werden Kinder über süße Getränke, die mit Alkohol versetzt sind, an Alkohol herangeführt. Sie trinken dann gar nicht mehr kontrolliert, weil es einfach so gut schmeckt. Ziemlich schnell kommt es dann auch zu entsprechenden Störungen. Ich finde es absolut richtig, dass die Bundesregierung jetzt bei den Alcopops ansetzt. Über Steuer- und Preiserhöhungen muss zum Teil auch klar eine Grenze gesetzt werden, um die Zugangsschwelle zu erhöhen. Mit Aufklärung kommt man an vielen Stellen eben leider nicht weiter.
- Es gibt an Schulen auch gute Projekte, zum Beispiel das Projekt „Rauchfreie Schule“. Das ist ein Projekt, das zunächst eine Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem Thema Rauchen voraussetzt. Wenn man mit Schülern diskutiert und sie sich damit auseinander gesetzt haben, dann weiß man auch, dass in den Köpfen richtig etwas passiert. Nur wenn etwas in den Köpfen passiert ist, dann passiert auch etwas im Verhalten. Schülerinnen und Schüler, die sich damit auseinander gesetzt haben, gehen auch auf ihre Klassenkameradinnen und Klassenkameraden zu, um sie aufzuklären, wie schädlich das Rauchen ist. Ich glaube, das ist der richtige Weg, den wir auch da gehen müssen.
- (D) Allerdings würde ich mir auch wünschen, dass wir noch konsequenter, das ist allerdings ein Bundes-thema, dann bei der Werbung ansetzen. Es ist aus meiner Sicht immer noch nicht stark genug reglementiert, wie Werbung für Zigaretten und für Alkohol in unserem Land stattfinden kann. Da müssen wir noch deutlichere Grenzen setzen.
- Es sind hier schon Sport und Bewegung eingefordert worden. Ich denke, da kann man gar nicht genug tun, aber wir sind da auf gutem Weg mit den Sportvereinen. Es gibt mittlerweile sehr gute Kooperationen mit Kindertagesheimen. Es gibt Bewegungskindergärten, und auch in der verlässlichen Grundschule wird sehr viel in Sachen Bewegung, Spielen und Toben angeboten, eine Entwicklung, die wir weiter fortsetzen wollen, bei denen die Sportvereine auch sehr offen sind, ein hohes Interesse daran haben, diese Kooperationen weiterzuführen. Es ist ja nicht nur ein Interesse von Kindergärten und Schulen, sondern auch die Sportvereine wollen darüber natürlich Mitglieder für die Zukunft der Ver-

(A) eine gewinnen. Eine gute Möglichkeit zu kooperieren!

Wir haben bundesweit das Problem der Gesundheitsschädigung von Kindern und Jugendlichen. Deswegen begrüße ich es auch sehr, dass sich das Robert-Koch-Institut jetzt bundesweit mit einer Studie dieses Themas angenommen hat. An 150 Orten werden über 18 000 junge Menschen erfasst. Sie sind jetzt auch in Bremen und machen hier Untersuchungen. Sie werten unter anderem Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten, aber eben auch die sozialen Faktoren, also die Komponenten im Zusammenhang mit dem sozialen Status, aus. Ich glaube, auch das, wenn die Auswertung 2006 vorliegt, wird uns in der Erkenntnisgewinnung noch weiterbringen.

Auf das Präventionsgesetz, das in Vorbereitung ist, ist schon hingewiesen worden. Ich teile allerdings Ihre Meinung, dass wir unabhängig davon in Bremen und Bremerhaven schauen müssen, wie wir hier vor Ort mit der Prävention weiterkommen. Das Bundesgesetz wird da sicherlich neue Akzente setzen, es ist auch wichtig, dass die Prävention dadurch weiter ausgebaut wird, aber wir vor Ort sind gefordert. Es passiert im Übrigen auch ganz viel mit unseren Krankenkassen, auch die machen sehr gute Angebote, die hier in Bremen und Bremerhaven zum Teil auf gute Resonanz stoßen.

(B) Wenn ich das zusammenfassen darf, würde ich sagen, dass beide Anfragen – die von 2001 und die, die wir heute debattieren – einen wirklich guten Überblick liefern, wo wir stehen, was wir bieten, wo die Probleme sind. Was zu Recht eingefordert wird, ist die Frage: Wie konzentrieren wir uns eigentlich für die Zukunft, stellen wir bestimmte Angebote auch auf den Prüfstand hinsichtlich Qualität, hinsichtlich Erreichbarkeit von Klientinnen und Klienten? Da bin ich durchaus offen und wäre für Ihre Anregungen wirklich dankbar. Aus meiner Sicht müssen wir die Frage der Vernetzung noch deutlicher in den Blick nehmen, auch völlig richtig. Ich glaube, dass man da noch etwas miteinander bewegen kann. Wir brauchen allerdings keine solchen groß angelegten Gesundheitskonferenzen wie in Nordrhein-Westfalen. Wir haben hier in Bremen eine gute, vernetzte Struktur der Gesundheitsakteure, die sich regelmäßig treffen. Ich glaube, dass wir das auch auf der bewährten Ebene leisten können.

Vor allen Dingen die Frage, wie schaffen wir es, an die Familien heranzukommen, die es nötig haben, ist das, was mich bewegt und auf die wir, glaube ich, hier alle auch heute keine Antworten wissen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir diesen Diskurs nicht nur in der Deputation, sondern vielleicht auch noch einmal über einen Antrag des Parlaments, den wir hier beraten können, fortsetzen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/214, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Kleine Gewerbestandorte qualitativ aufwerten

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. Februar 2004
(Drucksache 16/144)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. April 2004

(Drucksache 16/215)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Herr Bürgermeister, möchten Sie die Antwort mündlich wiederholen?

(Bürgermeister P e r s c h a u : Ich möchte ausnahmsweise darauf verzichten!)

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall. (D)

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In den bisherigen Debatten haben wir uns, wenn es um Gewerbegebiete ging, stets mit den großen Gebieten beschäftigt, und wir haben uns oftmals auch gestritten. Groß sind diese Gebiete in der Größe, also in der flächenmäßigen Ausdehnung, aber auch in der Frage der Kosten, der Erschließung und ihres Unterhalts. Etwas aus dem Blick geraten sind die wirklich kleinen Gewerbegebiete, und ich finde, unverdientermaßen.

(Beifall bei der SPD)

In diesen kleinen Gewerbegebieten finden wir oftmals die kleinen und gerade auch die Kleinstunternehmer, die einen großen Anteil des Mittelstands in unserem Land ausmachen und die zum Teil das Image des Stadtteils prägen. Sie bereichern ihn vor allem aber auch mit wohnortnahen Arbeitsplätzen.

Ich möchte, um in dieser Debatte nicht missverstanden zu werden, vorsichtshalber schon einmal darauf hinweisen, dass auch wir Sozialdemokraten einen gewissen Vorhalt an großflächigen Gewerbegebieten für notwendig und ihre Ergänzung im Sin-

(A) ne des ISP auch für notwendig halten. Wenn ich hier heute also zu den kleineren Gewerbegebieten Ausführungen mache, bedeutet dies nicht eine Abkehr von der bisherigen Gewerbeflächenpolitik, aber ich denke, es ist schon die Frage zu stellen, ob nicht die kleineren Gewerbegebiete eine größere Aufmerksamkeit, auch materiell, verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt gerade auch für den Kostenfaktor. Wenn eine Revitalisierung in diesem Bereich von fünf bis zehn Hektar überschlägig, so die Senatsantwort, mit 3,7 Millionen Euro im Jahr angenommen wird, so ist dieser Betrag zwar immer noch groß, aber er steht doch deutlich hinter den sonst bei Brachenrecycling und Neuerschließung aufzuwendenden Mitteln zurück. Dabei ist klar, dass die kleinen Gewerbegebiete nicht das leisten können, was wir bei den großen Gewerbegebieten machen wollen, nämlich die Clusterbildung. Dies wird mit Sicherheit nicht gehen. Es gibt hier Grenzen, aber das ist sicherlich auch nicht die Stärke dieser Gebiete.

Dass wir hier nicht von einer Randgröße reden, wie man gern annehmen möchte, belegt die Zahl von insgesamt 247,5 Hektar Gesamtgröße in der Stadt Bremen und 77,2 Hektar in Bremerhaven. Vergleicht man einmal diese Zahlen mit der Überseestadt, so sind die 247,5 Hektar in der Stadtgemeinde Bremen an kleineren Gewerbegebieten gegenüber den 288 Hektar Planungsgebiet in der Überseestadt sicherlich keine zu vernachlässigende Größe. Leider, und das muss ich jetzt anfügen, hört es mit den gesicherten Daten an dieser Stelle dann auch schon auf.

(B) Ich bin dem Senat und in dessen Auftrag der WfG dankbar, dass sie eine Zusammenstellung der erreichbaren Daten gemacht haben. Die Auflistung der insgesamt 86 Standorte im Lande Bremen kann allerdings nur der Anfang sein, wenn wir qualifiziert helfen oder entscheiden wollen, wo qualifiziert zu helfen ist. Es fehlen in der Tat Daten über die Betriebsgrößen, die Arbeitsplatzzahlen, und selbst die in den Anlagen genannten Angaben mit den kurzen Ausführungen über den jeweiligen Sachstand der Standorte lassen zumindest vermuten, dass die Datenbasis insgesamt nicht ausreichend ist. Ich finde es bemerkenswert bei 86 Standorten, wenn man sagt, dass nur einer problematisch ist. Das kann ich dann doch nicht so ganz glauben.

In der Antwort des Senats wird darauf hingewiesen, dass eine umfassende Datenerhebung kostenmäßig nicht vertretbar sei. Das ist wohl so. Die Frage ist aber, ob denn nicht zumindest in der Stadtgemeinde Bremen die lokal tätigen Akteure, die Unternehmer selbst, die Ortsamtsleiter und vor allem auch die Beiräte mit ihrem Sachverstand über die lo-

kalen Verhältnisse in die Arbeit und die Bewertung der Standorte einbezogen werden können.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Manchmal sind es die kleinen Probleme, die vor Ort für viel Aufregung sorgen, die vielleicht auch eine Imagebildung eines kleinen Gewerbegebietes in diesem Sinne behindern. Es kann um die Fragen von zusätzlichem Parkraum gehen, es kann um die Frage gehen, dass eine Straßeneinmündung so nicht richtig ist, sondern dass man eine bessere verkehrliche Erschließung dafür braucht. Das sind alles sehr einfache, sehr kleine Dinge, und das wissen die kommunalpolitisch Aktiven vor Ort sehr genau. Ihren Sachverstand sollten wir nutzen.

Nun zeigt die Antwort des Senats aber auch, dass der Senat diese Gewerbegebiete nicht aus den Augen verloren hat. Das belegt auch die Zusammenstellung dieser 86 Gebiete. Ein besonderer Hinweis sei mir gestattet auf das im Rahmen des IFP aufgesetzte Pilotprojekt, mit dem geprüft werden soll, inwieweit bestehende Gewerbegebiete nachverdichtet oder aufgewertet werden können. Bisher ist dies nur auf private Flächen beschränkt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen den zuständigen Deputationen noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Ich finde, das ist ein richtiger, wichtiger und auch guter Schritt.

(D)

Ebenso erfreulich finde ich die Tätigkeit der WfG insbesondere im Rahmen ihres Aufgabenfeldes der aktiven Bestandssicherung. Dass eigeninitiative Züge auf Unternehmen im Sinne eines sich Kümmerns ist ein wesentlicher Beitrag zur Aufwertung und Sicherung der kleinen Gewerbegebiete, und zwar nicht nur im flächenmäßigen Sinne, sondern auch zur Aufwertung der dort vorhandenen Akteure.

(Beifall bei der SPD)

Den Ansatz, private Gewerbeimmobilien im Übrigen nicht in Konkurrenz zu den Immobilienmaklern zu erfassen und dies pilothaft auch für ein Leerstandsmanagement des Einzelhandels durchzuführen, halte ich für richtig und hilfreich. Allerdings erläutert, Herr Bürgermeister, die Antwort des Senats nicht, ob im Bereich dieses Immobilienservice-moduls auch Immobilien aus den Standorten der kleinen Gewerbegebiete mit erfasst werden. Ich hoffe aber, dass es so ist.

In Bremerhaven sieht die Entwicklung ja noch etwas anders aus. Dort sind die kleineren Gewerbegebiete nicht nur im Blick der Wirtschaftsförderung seit dem Steinröks-Gutachten von, ich glaube, 1998, sondern sie sind auch in Bearbeitung. Bremerhaven ist hier schon weiter als Bremen, insbesondere wenn für diese Gebiete schon eine Qualifizierung nach Planungsdefiziten, fehlenden Nutzungskonzepten,

(A) Aufgaben der Planung oder planerischem Nachbesserungsbedarf kategorisiert werden konnten und daraus bereits Handlungen erwachsen sind. Das wünsche ich mir für Bremen auch.

Eines, muss ich sagen, hat mir bei der Antwort des Senats so nicht gefallen, ich finde, das ist deutlich zu kurz gekommen, und ich möchte es hier auch deutlich aussprechen: Es ist ausgeführt, es sei aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, die Frage nach den Anknüpfungspunkten der Gewerbestandorte mit der beabsichtigten Stärkung der Stadtteilzentren umfassend darzustellen. Wir hatten doppelte Fristverlängerung, aber ich sehe ein, es mag sein, dass man das in diesem zeitlichen Rahmen so nicht darstellen kann. Den notwendigen Zusammenhang aber nur in der Form zu würdigen, dass Bezug genommen wird auf die Konkurrenz zwischen dem kleinteiligen und dem großflächigen Einzelhandel, ist dann doch zu wenig. Ich erwarte, dass die beiden hauptsächlich beteiligten Ressorts im Rahmen der Arbeit an den Stadtteilkonzepten beziehungsweise Maßnahmenkatalogen im Rahmen der Ausbildung des Programms Innenstadt und Stadtteilzentren hier nacharbeiten werden und dann in diesen Programmen uns ihre Einschätzungen deutlich werden lassen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Lassen Sie mich zum Abschluss noch eines sagen, und zwar unabhängig von dieser Großen Anfrage! Derzeit ist ein Mittelstandsförderungsgesetz in der Diskussion. Mit dem Gesetz soll deutlich gemacht werden, dass das Land Bremen sich für den Mittelstand engagiert, ihm Rahmenbedingungen schafft oder auch erleichtert und Unterstützung zusagt. Es wäre ein gutes Signal, wenn bei der zumindest in der Stadt Bremen doch vorhandenen großen Unkenntnis valider Daten, wie es sich in der Beantwortung der Großen Anfrage zeigt, nicht bleibt, sondern sich Wege eröffnen, die gerade den in kleinen Standorten oftmals zu findenden Kleinstunternehmern zeigen, dass auch für sie die Wirtschaftsförderung zur Verfügung steht. Dies wäre eine gute Ergänzung zu einem denkbaren Mittelstandsförderungsgesetz. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg, weil es ein anderes Thema ist: Ich höre mit Vergnügen, dass Sie dem Mittelstandsförderungsgesetz offen gegenüberstehen, und dann warte ich doch geduldig auf die Zustimmung zu einem Antrag, den wir Ihnen gegeben haben. Dann wären wir auf einem guten Weg.

(Abg. L i e s s [SPD]: Wir reden darüber!)

Zunächst einmal bedanke ich mich sehr herzlich beim Senat für die umfassende Antwort zu diesen kleinen Wirtschaftsinseln in Bremen und Bremerhaven, und, lieber Herr Liess, wenn man sich die Antwort ansieht und die Beschreibung der einzelnen Gebiete im Anhang, dann kann man nicht sagen, dass sie aus dem Blick geraten sind, sondern im Gegenteil: Diese 65 Gebiete in Bremen und die anderen in Bremerhaven sind detailliert dargestellt, und das zeigt mir, dass sich die WfG und die BIS in Bremerhaven intensiv mit diesen Gebieten auseinandergesetzt haben, Detailkenntnisse haben, Kontakte vor Ort haben. Insofern bin ich davon überzeugt, dass die Informationsbasis und die Kontakte zu diesen Gewerbegebieten gut sind.

Sie bedauern, dass wir da keine bessere Zahlenbasis haben. Es gab einmal einen Versuch in Huchting, diese Zahlen zu erarbeiten. Das war unglaublich arbeitsintensiv und auch kostenintensiv, der BAW hat das damals gemacht, und ich glaube, ehe wir hier riesige Datenmengen erheben und möglicherweise Datenfriedhöfe produzieren, wäre es besser, wir würden die Ressourcen, die wir da ausgeben würden, in diese kleinen Gewerbegebiete stecken als in Statistiken.

Sie haben schon darauf hingewiesen, dass diese ein bis zehn Hektar großen Flächen zehn Prozent unseres ganzen Gewerbeflächenbestands ausmachen, und damit sind auch die Betriebe auf diesen Gebieten ein Teil der Grundsubstanz unserer Wirtschaft in unseren beiden Städten. Sie haben deshalb für mich eine Bedeutung nicht nur, weil sie den Menschen vor Ort Arbeit geben und zur Lebendigkeit der Stadtteile beitragen, sondern eben gerade auch gesamtwirtschaftlich. Deswegen lohnt es sich, da haben Sie Recht, sich mit diesen Flächen auseinander zu setzen.

Die Bedeutung der Altflächen ist aber auch der Grund für den Wirtschaftssenator gewesen, im IFP ein so genanntes Pilotprojekt aufzulegen, mit dem gerade Gebiete des Strukturwandels, Entwicklungsachsen an Verkehrsadern und besondere Einzellen aufgewertet werden sollen. Dieses Vorhaben läuft jetzt ein Jahr, und wir werden im Spätsommer eine erste Evaluierung zu diesem Projekt bekommen. Damit ist, was gerade die Entwicklung von vorhandenen Flächen angeht, ein Anfang gemacht, mit dem sich die WfG gemeinsam mit den Eigentümern bemüht, die Attraktivität dieser Gebiete weiter zu verbessern. Ich denke, das ist eine gute Initiative, denn es ist in Bremen zum ersten Mal ein systematisches Herangehen an die Entwicklung von Altflächen. Ich hoffe nur, dass dieses gute Projekt auch angesichts der Haushaltslage und -enge nicht in Vergessenheit gerät. Wir werden dies ganz besonders im Auge behalten.

Interessant ist aber auch bei dieser Gelegenheit, sich die gesamte Struktur unserer Gewerbeflächen anzusehen. Rund 240 Hektar umfassen die in der

(C)

(D)

(A) Antwort genannten kleinen Gebiete in Bremen, 77 Hektar in Bremerhaven. Viele werden bereits von der WfG betreut. Etwa 200 Hektar groß sind diejenigen Flächen, die, wie ich eben sagte, im IFP als auch in Zukunft zu entwickelnde Pilotflächen ausgewiesen sind. Dazu kommen die IFP-Schwerpunktprojekte auf Brachen, das sei betont, mit 470 Hektar. Das sind also insgesamt 810 Hektar im Bestand, die es zu entwickeln, aufzuwerten oder zu betreuen gilt. Dies sei all denen gesagt, die uns immer wieder vorwerfen, wir würden nicht genug für die Innenverdichtung in Bremen und Bremerhaven tun.

Ich muss aber trotzdem bei der Maxime bleiben, ein differenziertes Gewerbeflächenangebot zu entwickeln und vorzuhalten, und besondere Cluster werden, das haben Sie, sehr geehrter Herr Liess, schon dargestellt, in diesen kleinen Insellagen wohl kaum möglich sein, so wie wir sie uns im High-Tech-Bereich, im Innovationsbereich, in anderen Bereichen vorstellen. Dafür brauchen wir die großen Flächen, die großen Brachen, dafür brauchen wir aber auch Neufäche.

Die kleinen Gewerbeflächen haben, soweit sie im Umbruch sind, sicherlich eher eine Chance in Nischen. Ich möchte Ihnen das an einem kleinen Beispiel klar machen: Am Kirchweg kämpft ein renommiertes Bremer Silberwarenunternehmen gegen einen Verbrauchermarkt, und wenn es da gelingen könnte, ein ganz besonderes Projekt zu entwickeln, ein so genanntes Manufacto-Gebiet mit Bremensien und anderem, dann wäre das sicherlich eine Art von Nische, ein Modell, wie man solche Insellagen wieder beleben, aber auch Arbeitsplätze erhalten könnte, wenn sich so etwas zusammen und natürlich in erster Linie mit den Privaten realisieren ließe.

(B) Eine solche Nischenentwicklung wird nicht überall gehen, wird immer sehr viel Engagement der Eigentümer und derer vor Ort bedeuten. Sie werden natürlich unterstützt von der WfG, und, wie ich eingangs sagte, die Kenntnis all dieser Gebiete ist bei der WfG vorhanden. Ich bin auch ganz sicher, dass die WfG hier behilflich sein wird, wo sie denn kann. Dazu gehört aber auch, dass Planungsverfahren im Blick behalten werden. Es gibt zum Beispiel Problemlagen bei Handwerkern, es gibt gemischte Gewerbegebiete, die zu Wohngebieten umgewidmet werden, und bei dieser Gelegenheit gibt es große Schwierigkeiten für die Handwerksbetriebe, die einen Bestandsschutz im Wohngebiet haben, aber dennoch belastet sind, weil sie nicht erweitern können oder nur schwer oder weil sie bei solchen Situationen auch schlecht Nachfolger finden.

Ich möchte noch ein kurzes Wort zu Bremerhaven sagen. Es ist richtig, Bremerhaven hat schon gute Vorarbeiten geleistet. Dennoch gibt es gerade auch in Bremerhaven eine Vielzahl von Problemen, weil die kleinen Gebiete so unterschiedlich sind, dass sie nicht einheitlich bearbeitet werden können. Sie lie-

gen zum Teil in Wohngebieten. Es gibt dort auch große Auseinandersetzungen mit den Einwohnern, und die Entwicklungsperspektiven sind dort nicht besonders gut. Das ist der Grund, warum die BIS reagiert hat und in großen anderen Gewerbegebieten, zum Beispiel in Bohmsiel, kleinere Flächen auf dem Markt anbietet, damit eben auch kleinere Unternehmen Gelegenheit haben, sich anzusiedeln, und nicht die Schwierigkeiten in diesen alten Gebieten haben.

Ich denke abschließend, es bleibt nach wie vor eine Sisyphusarbeit, in Bremen und Bremerhaven dieses Potential lebendig zu halten und diese Inseln zu profilieren, aber auch, dass wir insbesondere mit dem Pilotprojekt des IFP auf einem guten Weg zu Modellinitiativen sind. Daran muss weiter gearbeitet werden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin nur froh, dass die Wiederholung der Antwort auf die Große Anfrage durch den Senator nicht stattgefunden hat. Es sind immerhin über 30 Seiten. Es ist also sehr langatmig geantwortet worden, gleichwohl wenig inhaltvoll. Das zeigt einmal wieder, dass Quantität nicht einfach Qualität ist.

Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU und der SPD sagt eigentlich viel mehr darüber aus, was Sie alles nicht wissen, als darüber, was gewusst wird. Zum Beispiel hat der Senat keine Kenntnis über die privaten Gewerbeimmobilien, die nicht von den Eigentümern oder privaten Maklern benannt werden. Der Senat hat keine Kenntnis über die Dienstleistungsstandorte, die überwiegend außerhalb von Gewerbegebieten liegen. Der Senat hat keine Kenntnis über die Veränderung der kleinen Gewerbebestände in den letzten zehn Jahren. Der Senat hat keine Kenntnis über detaillierte wesentliche Probleme der kleinen Gewerbebestände. Der Senat hat keine Kenntnis über die vorhandenen nutzbaren Flächenpotentiale, die Eigentumsverhältnisse, die Leerstandsquote, die Bausubstanz, die Altlasten und die Erschließungsqualität. Ich könnte die Liste darüber noch fortsetzen, was der Senat alles nicht weiß.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Wir wollen das wissen!)

Das tut mir außerordentlich Leid. Ich habe nicht geantwortet, der Senat hat auf Ihre Fragen geantwortet, und ich habe nur gesagt, was er alles nicht

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) beantworten konnte. Das ist ein Problem des Senats und nicht das Problem der Opposition, die sich auf diese Anfrage gefreut hat. Ich habe mich deswegen gerade auf diese Anfrage außerordentlich gefreut, weil die Diskussion über Gewerbeflächenpolitik uns immer wieder neu beschäftigt.

Da ist die Arberger und Mahndorfer Marsch, ein gigantisches geplantes Gewerbegebiet! Wir sagen als grüne Opposition selbstverständlich, dass man Naturareale nur sehr behutsam in den Blick nehmen darf für Wirtschaftspolitik und eben erst einmal schauen muss, welche anderen Möglichkeiten, welche anderen Entwicklungspotentiale in der Gewerbeflächenpolitik es eigentlich gibt: Diese Anfrage hätte hier nun einmal die Möglichkeit geboten zu sagen, welche Gewerbeflächen wir denn im kleineren Bereich haben.

Es ist doch erstaunlich, dass man sagt, das reicht von einem Hektar bis zehn Hektar. Ein Hektar, das sind 10 000 Quadratmeter, so wenig ist das nicht. Wenn man einmal darüber nachdenkt, dass Gewerbebetriebe durchaus auch auf 6000 Quadratmetern gut arbeiten können und wir etliche Betriebe haben, die auf relativ kleinen Flächen eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen haben, dann ist es doch hoch interessant herauszufinden, welche Potentiale da liegen.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

(B) Herr Liess, wenn Sie sagen, und da bin ich ein bisschen enttäuscht, der Senat hat das nicht aus dem Blick verloren, dann, muss ich sagen, ist Ihre Wahrnehmung eine komplett andere als meine, weil ich glaube, der Senat hat mit dieser Antwort gerade bewiesen, dass er das überhaupt nicht im Blick hat, kein bisschen. Ich kann jetzt nicht ganz soviel dazu sagen, es ist Ihre Anfrage oder auch die der CDU. Ich hätte gewünscht, dass Sie einfordern, dass vernünftig geantwortet wird, denn gerade in den wirtschaftspolitischen Diskussionen geht es eben immer wieder um diese Frage der Gewerbeflächen. Aus meiner Sicht ist es sowieso eine zu kurz gegriffene Diskussion, Wirtschaftspolitik ausschließlich als Gewerbeflächenpolitik zu gestalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuzuf des Abg. Kastendiek [CDU])

Wenn man aber dann schon nachfragt, Herr Kastendiek, Frau Winther hat doch über alles Mögliche geredet, nur nicht über diese Anfrage, ist das eine schöne Art, sich hier zu verhalten. Wir können gern über Wirtschaftspolitik in jeder Art und Weise eine Diskussion führen, aber schauen Sie sich diese Antwort einmal genauer an! Darüber hat Frau Winther kein Wort verloren, denn es steht nichts darin!

(Abg. Focke [CDU]: Ein bisschen aufmerksam!)

An dieser Stelle sage ich also, ich erwarte, dass wir auf diese ganzen Fragen bald eine vernünftige Antwort bekommen, damit wir an dieser Stelle auch zu diesen Themen eine vernünftige Diskussion führen können. – Bis dahin vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier stehen auch Wassergläser, sie sind ganz ruhig, es stürmt nicht! Wissen Sie, das Problem, das wir haben, ist, dass die Mitarbeiter der WfG ganz intensiv und häufig auch hoch spannend, aber besonders belastend sich mit den Unternehmen in den kleinen Gewerbegebieten zu befassen haben, weil diese meistens mehr Probleme haben als die Unternehmen in den größeren Gewerbegebieten. Das hat viele Gründe. Bei kleinen Gewerbegebieten haben wir meistens die Nähe zwischen Wohnen und Arbeiten, was angestrebt wird, aber wir haben natürlich auch gleichzeitig sehr viele Debatten über Lärmbelastung, über Emissionen und über vieles andere mehr. Unsere Mitarbeiter, die im Bereich der Bestandspflege tätig sind, und jeder Mitarbeiter der WfG hat natürlich sowohl die Bestandspflege im Blick als auch die Akquisition neuer Unternehmen, die wir in Bremen ansiedeln wollen.

Die Zahl der Mitarbeiter der WfG wird von Ihnen immer ganz besonders kritisch beäugt wie auch die Personalumfangzahlen der BIG. Natürlich ist das so, wenn ich die WfG-Mitarbeiterzahlen deutlich erhöhe, dann bekomme ich eine höhere Breitenfrequenz, das stimmt. Wenn ich das nicht mache, dann geht es um die Frage, was machen die Mitarbeiter der WfG in dieser Doppelfunktion, dass sie auf der einen Seite Bestandspflege und auf der anderen Seite Akquisition und Neuansiedlung machen müssen.

Wir haben natürlich in der Vielzahl der kleinen Gewerbegebiete ganz unterschiedliche Problemlagen und dort bei jedem Einzelunternehmen auch ganz unterschiedliche Problemlagen. Über die kleinen Gewerbegebiete ein Netzwerk aggregierter Daten vorlegen zu wollen ist von gediegener Abwegigkeit, weil das einfach der Kern und Wesensgehalt dieser kleinen Gebiete ist. Es sind häufig zwei, drei Unternehmen.

Das Problem der Neuakquisition besteht darin, um den Grünen zu sagen, dass es ganz so einfach nicht ist, dass die neu akquirierten Unternehmen im Regelfall in die Standorte gehen wollen, die modernste Erschließung haben. Wir haben ja keinen Sozialismus, ich weiß, dass sich der eine oder andere das wünscht, aber wir können einem Unternehmen nicht vorschreiben, wo es hinzugehen hat. Wir können ihm ein Angebot machen, soweit wir freie

(C)

(D)

(A) Grundstücke in großen oder in kleinen Gewerbegebieten haben. Diese Grundstücke sind alle erfasst, da haben wir ein Kataster, das wissen Sie auch, und jeder, der dort ein freies Grundstück hat, kann davon ausgehen, dass die WfG es anbietet.

Unsere Erfahrung ist leider so, dass wir es im Regelfalle bei der Neuansiedlung ganz schwer haben, neue Unternehmen in diese kleineren Gewerbegebiete hineinzubringen. Das ist wie mit einem Gebrauchtwagen, das hängt mit dem Wiederverkaufswert zusammen, das hängt mit der Gesamtstruktur zusammen, das hängt mit der Frage zusammen, ob man in dem Gewerbegebiet Unternehmen findet, mit denen man kooperieren kann, ob das Gewerbegebiet gut erschlossen ist, ob es eine Verkehrsanbindung hat, die auch belastbar ist, ob es sehr viele Nachbarschaftsprobleme oder ob es geringe Nachbarschaftsprobleme gibt. Deshalb ist es so, dass sich viele wegen der Vielzahl der kleinen Probleme in diesen kleinen Gewerbegebieten nicht gern neu ansiedeln wollen.

Die Belastung, die daraus für die Inhaber der Grundstücke in den kleinen Gewerbegebieten entsteht, liegt darin, dass im Regelfall der Wiederverkaufswert ihrer Immobilie sinkt und dass sie ihn nicht angemessen kapitalisieren können. Wir haben natürlich auch in den kleinen Gewerbegebieten die Schwierigkeit, dass der Modernisierungsprozess im Regelfall in sehr aufwändige Sanierungsmaßnahmen des gesamten Straßen- und Wegenetzes zu dem Gewerbegebiet eingebettet ist, weil fast alle dieser kleinen Gewerbegebiete nicht so sehr interne Probleme haben, sondern sehr häufig Anbindungsprobleme haben. Es gibt sogar große Unternehmen wie Krause in Bremen-Nord, die fast seit ihrem Bestehen dramatische Anbindungsprobleme haben, die aber auch nur teuer zu lösen sind oder nur durch den Bund gelöst werden können, dass wir diese Probleme nicht beliebig in den Griff bekommen können, weil wir selbst nicht unbegrenzt Mittel zur Verfügung haben und weil der Bund auch nicht prinzipiell das tut, was wir gern hätten.

(B)

Insofern ist es so, ich glaube, das zeigt die Aufstellung, die wir gemacht haben, in der Gesamtfläche kleiner Gewerbegebiete ist das ein großer Batzen. Die meisten dieser kleinen Gewerbegebiete sind genutzt, aber das ist genutzt wie auch so manche Einkaufsstraße in den Nebenzentren. Es gibt, wenn man aufmerksam durch die Stadt geht, was mir nicht gefällt und wo man in jedem Punkt nachfasst, natürlich Unternehmen, die in Insolvenz gegangen sind.

Wir haben Branchen. Wir haben ein großes Programm, und ich glaube, das, was unsere Flächenpolitik insbesondere auszeichnet, Herr Möhle, ist, dass wir einen ganz großen Schwerpunkt gesetzt haben auf die Aufarbeitung von Branchen. Nun muss ich Ihnen aber auch sagen, damit verrate ich Ihnen doch kein Geheimnis, die Aufarbeitung der Branchen

ist meistens mindestens doppelt so teuer wie das Aufarbeiten neuer Flächen. (C)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Kurzfristig!)

Wissen Sie, wenn ich mir Ihre Haushaltsreden anhöre, Frau Linnert, dann habe ich immer das Gefühl, Sie gehen davon aus, dass sich alles von heute auf morgen segensreich umsetzen lässt. Ganz so einfach geht es nicht! Wir wissen auch ganz genau, wie schwierig die Probleme zu lösen sind. Ich rate uns, dass wir die Politik einer aktiven Bestandspflege fortführen mit der Quantität an Mitarbeitern, die die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat, dass wir auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht permanent mit Forderungen ausstatten, von denen jeder, der sich mit der Materie befasst, weiß, dass sie es in dieser Form nicht leisten kann.

Wenn wir wollen, dass das alles bis ins kleinste Detail ganz präzise und in allen Feldern durchgearbeitet, aufgearbeitet, bezahlt und im Grunde auch entwickelt wird, dann müssen wir die Mittel zur Verfügung stellen, um das leisten zu können. Dann müssen wir uns natürlich auch darüber klar sein, wenn wir den Schwerpunkt auf die Bestandspflege in den kleineren Gewerbegebieten legen wollen, dann wird es ein ganz extrem teures Vergnügen.

(D)

Wir müssen doch auch abwägen, wenn wir an ein kleines Gewerbegebiet herangehen: Ist es auf die Dauer zukunftsfähig? Macht es Sinn, im Zusammenhang mit der Größe die Zuwegungen erheblich zu verbessern, um die Grundattraktivität des Faktors Erreichbarkeit, das ist immer der Faktor Nummer eins, zu verändern? Deshalb wäre ich dankbar, wenn Sie diese ausführliche Antwort mit Augenmaß betrachten. Sie hat nicht den Anspruch, dass wir alles hundertfünfzigprozentig machen, das können wir nicht. Wenn ich das machen wollte, was hier an Ansprüchen durchgeklungen ist, dann müssten wir wahrscheinlich den Personalbestand der WfG verdreifachen oder vervierfachen, aber auch die Mittel für Anbindung und Ausstattung von Gewerbegebieten ganz drastisch erhöhen. Wir bemühen uns, hierbei einen Ausgleich zu finden mit bescheidenen Mitteln.

Wir kommen allerdings nicht daran vorbei, dass wir insbesondere modernen, innovativen Unternehmen, die neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen, deren Wunsch nach einem gut erschlossenen Gewerbegebiet auch erfüllen müssen. Wir haben in Bremen eine große Breite an Angeboten, in den ganz kleinen Gewerbegebieten, in den mittleren, in den großen und in den Entwicklungsgebieten, und ich denke, dass das vernünftig ist. Wenn man sich die Ansiedlungszahlen im bundesweiten Vergleich ansieht, müssen wir uns weiß Gott nicht verstecken, da liegen wir in der Spitzengruppe. Ich

- (A) kann aber die Kleinen nicht gegen die Großen ausspielen und umgekehrt auch nicht.

Wir schaffen es finanziell nicht und auch nicht von der Manpower, alles gleichzeitig parallel nebeneinander zu entwickeln, und zu glauben, dass wir das zu denselben Kosten und mit demselben Personal erledigen können, das ist, glaube ich, ein bisschen utopisch. Der Senat versucht, realitätsgerecht zu antworten, und das ist mir lieber, als wenn wir uns darauf verständigen, dass wir die administrative Erhebung von Daten schon als eine Lösung des Problems betrachten.

Die Probleme, die in den kleinen Gebieten gelöst werden müssen, sind sehr wohl und sehr präzise in jedem einzelnen Gebiet bekannt, und es gibt dafür auch sehr präzise Kostenermittlungen. Wir können Ihnen das auch gern vorlegen, wie das im Einzelnen aussieht. Ich glaube aber, wir werden nicht daran vorbeikommen, diese Mischung zwischen Bestandspflege und Neuerschließung auch in Zukunft fortzuführen. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Mittel und das Personal dafür reichen, dann werden wir uns bemühen, die größtmögliche Effizienz im Personal und in der Flächenpolitik zu erreichen. Ich finde die Vorlage anders, als Herr Möhle sie beschrieben hat, aber sie beschreibt auch die Grenzen dessen, was wir tun können, und das sollte man realistischerweise sehen. – Schönen Dank!

- (B) (Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist, dass Senator Perschau seine eigene Antwort besser findet als ich, das wundert mich jetzt erst einmal nicht. Die Frage ist doch aber, und darüber streiten wir uns wahrscheinlich nicht nur heute, sondern noch häufiger: Was heißt das eigentlich, Gewerbeflächen auf der grünen Wiese sind billiger, als Brachen zu reaktivieren? Dann müssen Sie die Frage nämlich so stellen: Welche Kosten legen Sie denn zugrunde? Ich sage einmal, eine Brache in einem Stadtteil, in einem Stadtviertel hat unsägliche Image-schäden in bestimmten Bereichen. Sie brauchen nur durch Osterholz zu fahren und sich dort anzusehen an bestimmten Standorten, wo früher einmal Gewerbe war, welche Immobilien mit eingeschlagenen Fenstern jetzt in der Gegend stehen! Ich sage Ihnen, wenn man die so stehen lässt, ist der Schaden ungleich größer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ganz schwer in Geld auszudrücken.

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (C) Der zweite Punkt ist, dass die grüne Wiese bei Ihnen immer die billigste Option überhaupt ist. Das kann nicht angehen angesichts der ökologischen Diskussion über solche Fragen! Man kann dann nicht sagen, die grüne Wiese ist billig, sondern sie ist aus anderer Sicht, mit einer anderen Wahrnehmung, nämlich unglaublich wertvoll. Unglaublich wertvoll ist zum Beispiel die Uniwildnis, unglaublich wertvoll ist die Arberger und Mahndorfer Marsch. Ich sage doch nicht, dass Sie ausschließlich auf Industriebrachen Wirtschaftspolitik machen sollen, das ist doch Unfug, das würden wir auch nicht behaupten.

Wenn man aber schon die Gelegenheit hat, bei dieser Großen Anfrage über diese Flächenfrage der Kleinst- und Kleinunternehmer nachzudenken, dann, bitte schön, machen Sie das doch ein bisschen offener, und versuchen Sie auch einmal, Unternehmen anzusiedeln, wo vielleicht nur ein oder zwei Leute anfangen, einen Standort zu suchen! Das sind nicht immer nur die Großen.

(Bürgermeister Perschau: Das machen wir tagtäglich! Das ist unser tägliches Geschäft!)

- (D) Das machen Sie tagtäglich, aber wenn ich die Ratinglisten genau an der Stelle anschau, Technologieentwicklung, wo Sie immer Land auf, Land ab die Ratinglisten zitieren und weil Sie immer so gelobt werden, liegen aber genau in den Bereichen die Schwächen. Das weisen diese Ratings ausdrücklich nach.

Das zu erkennen und zu verändern wäre unserer Auffassung nach jedenfalls eine ungleich klügere Wirtschaftspolitik, als immer nur zu behaupten, die grüne Wiese ist billig, und Brachen zu recyceln ist teuer. Das hat ganz viel auch mit Stadtteilpolitik zu tun, und ich brauche, wie gesagt, nur durch die Stadt zu gehen, auch in Bremen-Nord gibt es einige Ecken, wo ich richtig froh wäre, wenn ernsthaft herangegangen würde, diese Bereiche zu reaktivieren. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Möhle, einen kurzen Satz muss ich Ihnen hier doch noch sagen. Sie haben eigentlich nichts gesagt, zu der ersten Debatte nicht und zu der Antwort nicht. Sie fordern! Sie wissen, dass das nicht bezahlbar ist, Sie wissen, dass uns das im Detail auch nicht weiterbringt, Sie wissen, wenigstens wenn Sie die Antwort gelesen haben, dass die WfG mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, mit einer Vielzahl von Kontakten, mit Besuchen, mit Aktionen Kontakt zu diesen Flä-

(A) chen und zu den Unternehmern auf diesen Flächen hat.

Sie erzählen hier jetzt etwas von grüner Wiese, von Existenzgründern und von Innovation, und das alles in zwei Sätzen einmal eben so dahingesagt. Ich würde mir schon wünschen, dass Sie sich einmal ein bisschen detaillierter mit Kosten, Aufgaben und Sinn dieser Gewerbeflächenpolitik insgesamt hier mit uns auseinander setzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch einige ganz kurze Anmerkungen noch! Ich finde, die Einschätzung, der Senat hätte die kleinen Gewerbegebiete nun überhaupt nicht im Auge und würde sich nicht darum kümmern, so wie es eben dargestellt worden ist, ist ja nicht richtig. Wenn man sich die Übersicht in der Anlage ansieht, gibt es darin qualifizierte Äußerungen. Das ist so.

Ich sage auch deutlich, ich hätte gern ein paar Informationen mehr. Ich habe aber auch vorhin schon darauf hingewiesen, das ist insgesamt eine Kostenfrage und die Frage der Abwägung zwischen Kosten und Nutzen. In dem Zusammenhang hat mich gefreut, dass Herr Senator Perschau eben gesagt hat, dass für jedes Gebiet Kostenermittlungen vorliegen. Wir haben nicht gedacht, dass es so etwas gibt für diese Gewerbegebiete. Wir kommen gern darauf zurück und werden in der Wirtschaftsdeputation noch einmal nachfragen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/215, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Konsequenzen aus IGLU-E und der Studie „Qualität Bremer Grundschulen im Halbtagsbetrieb“ (Holtappels)

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Februar 2004
(Drucksache 16/154)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. April 2004

(Drucksache 16/224)

Wir verbinden hiermit:

Konsequenzen aus IGLU: Individuelle Förderung von Anfang an (C)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Mai 2004
(Drucksache 16/236)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Köttgen.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Staatsrat, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, so dass wir gleich in eine Aussprache eintreten können. – Das ist der Fall.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gerade erfahren, dass der Bildungssenator krank ist. Das bedauere ich sehr, und ich wünsche ihm auf diesem Wege gute Besserung!

(Beifall)

(B) Ich denke, er hätte sicherlich gern über dieses Thema mitdiskutiert, weil wir auch in der Bildungsdeputation schon häufiger, beziehungsweise im Januar, Februar dann auch noch einmal nach der Aktuellen Stunde über Iglu, die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung, debattiert haben. Herr Lemke hat ja auch noch einmal aufgezeigt, wo er aus seiner Sicht die Veränderungslinien sieht. Darauf kommen wir im Verlauf der Debatte noch einmal zu sprechen. (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Senat beziehungsweise die Verwaltung war fleißig, auf 17 Seiten wurde die grüne Anfrage ausführlichst beantwortet, und dafür möchte mich herzlich bedanken!

Ende Januar wurden die bundesdeutschen Ergebnisse der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung, kurz Iglu-E, in Berlin veröffentlicht. An dieser Internationalen Lesestudie beteiligten sich weltweit 35 Staaten. In Deutschland wurde die Studie um einen zweiten Testtag erweitert, an dem Tests in Mathematik, Naturwissenschaften und Rechtschreiben durchgeführt wurden. Bremen hat sich als eines von sieben Bundesländern an diesen Zusatzstudien beteiligt, und wir wissen bedauerlicherweise, dass Bremen schlecht abgeschnitten hat, den letzten Platz bei diesen sieben Bundesländern belegt hat.

Nun kann es aber nicht sein, heute Morgen hat der Fraktionsvorsitzende der CDU gesagt, wir ma-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) chen jetzt eine Schulreform und müssen nie wieder an Pisa und Iglu teilnehmen. Ich hoffe, er hat sich nur versprochen, denn das Gegenteil muss ja der Fall sein. Wir müssen den guten Anfang, den wir gemacht haben, dass Bremen sich an internationalen Studien beteiligt, natürlich weiterhin fortsetzen und auch an Iglu im Jahr 2006 teilnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, auch der Bildungssenator hat daran Interesse, weil er doch sein persönliches Schicksal an das Jahr 2006 und auch an die weitere Veröffentlichung der kommenden Testergebnisse geknüpft hat.

Nach der Veröffentlichung der Testergebnisse, Herr Rohmeyer, waren wir uns alle in der Aktuellen Stunde einig, dass etwas passieren muss, aber alles, was passiert ist, das ist Meinung der Grünen, bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück. Die vorliegende Antwort des Senats ist ausführlich, das habe ich gesagt, ich habe mir aber gewünscht, dass sie in weiten Teilen wesentlich konkreter wird, zum Beispiel: Was passiert im Bereich Verzahnung von Kindergarten und Grundschule? Wie arbeiten künftig Grundschulen und Sekundarstufen Hand in Hand? Darauf, finde ich, ist die Antwort sehr unkonkret und auch sehr unverbindlich. Vieles sind Formulierungen, die wir schon in Deputationsvorlagen vor drei Jahren gelesen haben, und ich muss sagen, eigentlich hätte schon wesentlich mehr heute hier vorliegen können und auf den Weg gebracht worden sein von der großen Koalition.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb auch heute unser Antrag, der als eine Konsequenz aus Iglu, ich sage bloß eine Konsequenz aus Iglu, eine deutlich bessere, individuelle Förderung vom Kindergarten bis in die Sekundarstufe fordert! Aus Sicht der grünen Bürgerschaftsfraktion war und ist es richtig, an der Studie teilzunehmen, weil wir jetzt an vielen Punkten ganz genau wissen, wo wir große Qualitätsprobleme haben. Ich finde es auch richtig, dass wir 30 Experten in Grundschulen schicken – die grüne Bürgerschaftsfraktion hat dem auch im Haushaltsausschuss zugestimmt –, aber das kann aus unserer Sicht auch nur ein erster Schritt sein, denn es gibt immerhin 90 Grundschulen in Bremen und Bremerhaven, und Iglu macht deutlich, dass gerade auch die Sekundarschulen und Sekundarstufen darauf warten, überprüft zu werden.

Deshalb sind wir sehr dafür, dass es einen Qualitäts-TÜV gibt – das firmiert auch unter dem Namen Schul-TÜV –, und aus grüner Sicht ist es wirklich wichtig, dass wir uns da mit anderen Bundesländern zusammentun, dass jetzt nicht jedes Bundesland einzeln losläuft und das Rad neu erfindet, sondern dass Bremen jetzt konkrete Schritte vornimmt und auch auf Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg in dieser Frage zugeht.

Die Veröffentlichung der Iglu-Ergebnisse war für Bremen kein schöner Tag, denn die Iglu-Studie machte deutlich, dass wir ein riesiges Qualitätsproblem an den Schulen haben. Zur Erinnerung die wesentlichen Testergebnisse: In Bremen kann jeder fünfte Grundschüler Texte kaum erfassen. Im deutschen Durchschnitt liest jeder zehnte Grundschüler sehr schlecht. Fast die Hälfte der Bremer Viertklässler weist deutliche Rechtschreibprobleme auf. Ein Viertel der Schüler hat erhebliche Defizite in Mathematik. Der Anteil der Kinder mit guten bis sehr guten Lernleistungen ist nur halb so hoch wie in anderen Bundesländern, beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg.

(C)

Die Anfänge einiger Probleme der Sekundarstufe zeichnen sich bereits in der Grundschule ab. Kinder aus Migrantenfamilien liegen am Ende der Klasse vier deutlich hinter den Kindern aus deutschen Familien. Wer allerdings meint, vielleicht wie Herr Tittmann, der sich ja vorhin gemeldet hat, die Bremer Bildungsmisere liegt nun an den Migrantenkindern, und man könnte hier wieder ausländische Mitbewohner diffamieren,

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Habe ich nie gesagt!)

der ist ziemlich schief gewickelt, denn wenn man die Kinder aus der Statistik herausnimmt, Herr Tittmann, dann schneiden wir nur um fünf Punkte besser ab, und das macht den Kohl auch nicht mehr fett. Damit bleiben wir auch auf dem letzten Platz.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hessische Migrantenkinder, und das ist eine traurige Tatsache, lesen im Durchschnitt besser als die Bremer Kinder, die aus deutschen Familien stammen. Das zeigt, dass gerade in Hessen ein sehr gutes Programm zur Förderung der Migrantenkinder läuft. So etwas würden wir in Bremen auch gern viel mehr machen, bloß der Senat! Wir warten auf solche konkreten Programme.

Wir können also feststellen, am Ende der vierten Klasse haben wir eine nicht unerhebliche Zahl von Kindern, die dem Unterricht ab Klasse fünf nur schwer folgen können. Um diesen Kindern mit Blick auf ihr zukünftiges Berufsleben und ihre Bildungsbeteiligung realistische Chancen im System der weiterführenden Schulen zu eröffnen, ist eine besondere Förderung der Kinder bereits in der Grundschule dringend geboten, und nicht erst in der Grundschule, es muss schon im Kindergarten gefördert werden. Die Länder, die bei Iglu und auch bei Pisa gut abschneiden wie England, die Niederlande und Schweden, haben ihre Kinder bereits konsequent im Kindergarten individuell gefördert und auch die Fachkräfte in Kindergärten und Schulen wesentlich besser ausgebildet. Damit erzielen sie auch auf Dauer bessere Ergebnisse.

(A) Wir brauchen für Bremen einen Bildungsrahmenplan, der seinen Namen auch wirklich verdient. Darauf warten wir hier auch wirklich schon sehr lange. In Bremen ist aus unserer Sicht in dieser Frage viel zu wenig passiert. Die verbindliche Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen, wo bleibt sie denn, liebes Bildungsressort, liebe Jugendbehörde? Wir merken davon bisher herzlich wenig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus unserer Sicht ist es ein Muss, die Sprachstandserhebung vorzuziehen. Es reicht nicht aus, die fünfjährigen Kinder einen Sprachstandstest machen zu lassen und daran Sprachförderkurse anzuschließen, wenn dann nur noch, wie im letzten Jahr, neun Wochen Zeit bleiben bis zur Einschulung. Wir sagen: früher anfangen, die Kinder länger fördern und damit letztendlich auch bessere Ergebnisse erzielen und den Kindern Bildungsvoraussetzungen – –.

(Abg. **P i e t r z o k** [SPD]: Das kommt doch noch! Sie hätten die durchrauschen lassen, wir nicht!)

Nein, Herr Pietrzok! Der Senat sagt, er kann sich im Augenblick nicht vorstellen, die Kinder früher zu fördern. Das finden wir falsch. Wir sagen, die 500 000 Euro für jeden Jahrgang sind gut investiertes Geld. Damit verbessern wir entscheidend die Bildungschancen unserer Bremer Kinder.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Sekundarstufe ist gefordert, die Lesemotivation der Schülerinnen und Schüler zu erhalten beziehungsweise zu steigern. Iglu hat festgestellt, dass erfolgreiche Schulen unbedingt ein umfassendes Konzept der Leseförderung brauchen, und zwar vom Kindergarten über die Grundschule bis in die Sekundarstufe hinein. Dazu gehören Lehrer, die vorlesen, Lesen in allen Fächern und Disziplinen, eine Ausbildung auch für Lehrer in der Lehrerausbildung. Leseintensivkurse sind gut, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, aber ein Leseintensivkurs in Klasse zwei reicht nicht aus, um dauerhaft das Lesen in der Schule stärker zu fördern. Lesen muss bis in Klasse zehn intensivst fortgesetzt werden.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Aber ja! Das ist ja richtig!)

Das ist auch richtig, dann können Sie unserem Antrag auch zustimmen, Frau Kollegin!

In der Sekundarstufe ist für eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern aber auch eine Förderung der mathematischen Kompetenz für die weitere schulische Entwicklung dringend erforderlich. Deshalb fordern wir den Senator auf, zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der mathematischen und natur-

wissenschaftlichen Kompetenzen zu ergreifen. In Bremerhaven, finde ich, ist das sehr positiv, dass jetzt alle Sekundarstufen das Programm Sinus aufnehmen. Für alle zwölf Sekundarstufen in Bremerhaven wird dieses Programm eingeführt. Es ist ein Modellprojekt, das gerade den Mathematikunterricht stärker in den Vordergrund rücken soll. Dort werden mathematische Kompetenzen sehr gut und sehr sinnvoll entwickelt. Das wüssten wir uns auch für Bremen, dass das in die Fläche ausgeweitet und mit den neuen Lehrplänen stärker verzahnt wird.

(C)

Die Schüler haben nach Klasse vier großes Interesse, das ist ein wesentliches Ergebnis von Iglu, an Naturwissenschaften, aber wenn sie in Klasse fünf kommen, finden Sie keinen entsprechenden Unterricht vor, der ihre Neugier aufnimmt.

(Glocke)

Jetzt hat der Präsident mich leicht aus dem Konzept gebracht, aber das macht nichts. Ein Anblick kann einen völlig verstören!

(Heiterkeit)

Das ist aber nicht böse gemeint.

Präsident Weber: Eigentlich erweckt mein Anblick das nicht. Ich habe sonst andere Ergebnisse!

(D)

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen, um es kurz zu machen, wir finden, der Senat hat noch eine ganze Menge zu tun nach der Veröffentlichung der Iglu-Ergebnisse. Alles, was er uns bisher vorgelegt hat, ist mehr als dürftig. Ich finde, der Senat kann sich nicht darauf zurückziehen, dass er vor drei Jahren Pisa-Sofortmaßnahmen auf den Weg gebracht hat. Wir sagen, es muss deutlich mehr passieren. Auch Iglu muss Konsequenzen haben, die über die Einführung von Ganztagschulen – die finden wir sehr richtig – noch deutlich hinaus gehen. Wir müssen ein Förderkonzept entwickeln, das in den Kindergärten ansetzt und die Kinder praktisch durch die Schule begleitet. Nicht die Kinder sind schuld an den schlechten Lernergebnissen, es ist der Unterricht, und es sind auch die Lehrer und der Bildungssenator, der sich fragen muss, was er besser machen kann, um den Kindern ihre Bildungschancen zu eröffnen, die sie verdienen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Untersuchung, über die wir hier sprechen, stammt aus dem Jahr 2001.

(A) Wir sind heute im Jahre 2004, das heißt also, dass in der Zwischenzeit eine ganze Menge passiert ist. Die Untersuchungsergebnisse waren niederschmetternd, Frau Stahmann hat es geschildert. Ich möchte nicht ihre ganzen Analysen wiederholen, die ich voll teile und die auch überhaupt nicht strittig sind. Vielleicht sollte man noch etwas ergänzen. Liebe Kollegin Stahmann, Sie haben zum Schluss die Lehrkräfte erwähnt. Die Untersuchung aus 2001 weist leider auch für die Lehrkräfte ein verheerendes Ergebnis auf. Sie stellt ein schlechtes Zeugnis aus: geringe Fortbildungsbereitschaft, geringe Teamfähigkeit, keine Methodenvielfalt et cetera.

Ich finde die Antwort des Senats übrigens sehr umfangreich und auch sehr detailliert. Ich werde Ihnen gleich mit einigen Zitaten belegen, dass Ihre Fundamentalkritik nicht fair gewesen ist, Kollegin Stahmann. Ich glaube, Sie wissen das auch. Ich gehe nicht auf alle Punkte ein, sondern ich suche mir die Punkte heraus, die ich unter die Überschrift „Konsequenz“ stelle: Konsequenzen aus Iglu, Konsequenzen, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, denn das ist unstrittig, die Qualität muss verbessert werden. Es ist aber seit 2001 sehr viel passiert.

(B) Die Zahl der Unterrichtsstunden in Deutsch und in Mathematik in der ersten und zweiten Klasse ist erhöht worden. Wir haben den Englischunterricht mit zwei Stunden eingeführt. Die Ausweitung der verlässlichen Grundschule ist in der letzten Bürgerschaftssitzung Thema gewesen. Mittlerweile werden alle Grundschulen, die eine höhere Anmeldezahl als 90 Prozent haben, und das sind sehr viel mehr, als viele Kritiker zur Einführung der verlässlichen Grundschule gedacht haben, zu 100 Prozent zu verlässlichen Grundschulen umgewandelt. Natürlich, völlig richtig, die Einrichtung von Ganztagschulen im Grundschulbereich geht rasant voran!

Mein Kollege Pietrzok und ich machen im Moment mit den Bildungs- und Sozialdeputierten eine Tour durch die Grundschulganztagschulen, die es schon gibt und die in spe. Wir sehen auch, was für ein Schwung bei der Entwicklung eines Schulprogramms durch die Schulen geht. Als Letztes waren wir im Baumschulenweg. Dort wird mit zwei Dritteln der Schüler, und das ist in einem sehr bürgerlichen Stadtteil, im Sommer ins Ganztagsprogramm gestartet. Die Lehrer werden nachmittags unterrichten, und es wird sich rasant schnell viel verändern. Das merken wir, und es weht auch ein frischer Wind durch die Kollegien.

Das hat übrigens nichts mit Alter zu tun, um das deutlich zu sagen, sondern das hat etwas mit der Einstellung und der Annahme der Ergebnisse von Iglu und auch mit der Frage nach Konsequenz zu tun. Ich fordere Sie auf, diejenigen, die hier eben ein bisschen heiter gelacht haben, sehen Sie sich die Schulen an, und nehmen Sie ernst, was da passiert! Ich ziehe meinen Hut vor den Kolleginnen und Kollegen, die auch in den Fünfzigern jetzt anfangen

umzustrukturieren, gerade an so einer Grundschule wie am Baumschulenweg oder wie am Buntentorsteinweg, wo wir ebenfalls letzte Woche waren.

(Beifall bei der SPD)

Davor waren wir in der Andernacher Straße in einem sehr schwierigen Quartier in Tenever. Was dort in den Kollegien konzeptionell und an Schulprogramm geleistet wird, verdient unsere Bewunderung und eigentlich nicht so eine gewisse der Nichtwissenheit oder der Unkenntnis geschuldete Häme.

(Beifall bei der SPD)

Sprachstandserhebung schon im Vorschulbereich – ich gehe aber gleich auf Ihre Kritik noch einmal mit Zitaten aus der Großen Anfrage ein –, flächendeckende, standardisierte Überprüfung der Lesekompetenz am Ende der Jahrgangsstufe eins, Lesekursen im zweiten Jahrgang, Leseklubs an jeder Schule! Ich weiß, wovon ich rede, und ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit auch beim Parlament, das die Leseinitiativen, die Bremer Leselust sehr intensiv unterstützt. Wir wissen alle, wie wichtig diese grundlegende Fertigkeit ist.

Spezielle Förderkurse für Schülerinnen und Schüler mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, auch die greifen. Wenn wir heute die Menschen, die Schülerinnen und Schüler und vor allem die Eltern fragen, dann hören wir, dass sie froh und dankbar sind, dass jetzt ein ganz konkretes Programm wirkt und dass der Lernerfolg nicht dem Zufall überlassen wird, wie es vielleicht noch vor Jahren gelaufen ist.

Ich komme zu den Vorkursen für Sprachanfänger mit Migrationshintergrund. Natürlich ist das ein Problem, und dem müssen wir uns auch stellen. Die Iglu-Untersuchung hat ja gezeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund am Ende der Grundschulzeit deutlich hinter Kindern liegen, die Deutsch als Muttersprache haben.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, den ich ebenfalls nicht aus den Augen verlieren möchte, denn es ist die Förderung von Kindern mit besonderer Begabung. Auch hier ist ein wissenschaftlich untermauertes Konzept entwickelt worden. Die Fortbildungen an den Schulen laufen unter der Überschrift „Heterogenität“, also Arbeiten mit Gruppen mit unterschiedlichen Kindern, die ganz unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen. Vergleichsarbeiten werden weiter geschrieben. Das läuft still und friedlich vor sich ab. Die Ergebnisse werden in die Schulen gespiegelt, es wird darüber gesprochen, und auch hier stellt sich wieder die Frage nach der Konsequenz. Es wird geschaut: Was bedeutet das für unsere Schule, dass wir in dem und dem Punkt anders liegen als Schulen in einem vergleichbaren sozialen Umfeld?

Nicht zu vergessen die Projektmittel, die es gibt zur Senkung der Wiederholerquote, ein Programm,

(C)

(D)

(A) von dem ich erwarte, demnächst eine Auswertung zu bekommen! Aus den Schulen hören wir, dass dieses Programm greift. Geld wird nicht mit der Gießkanne, sondern erfolgsorientiert verteilt. Wie gesagt, meine Überschrift ist „Konsequenz“!

Ich komme zu dem Punkt Elementarbereich, Frau Stahmann, und jetzt beziehe ich mich auf Sie. Ich habe gelernt, wir haben alle durch Pisa und Iglu gelernt, „auf den Anfang kommt es an“. Sie haben gesagt: Da ist nichts passiert, da wünsche ich mir mehr, oder da ist noch nichts in Gang gekommen. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus der Großen Anfrage, die sagt auf die Frage, was denn nun tatsächlich in den Kindergärten in Bremen und Bremerhaven passiert ist: „In beiden Stadtgemeinden“, ich rede über den Kindergartenbereich, „wurden Sprachförderprogramme, familienunterstützende Maßnahmen, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund, Projekte zur Systematisierung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule und Qualifizierungs- und Fortbildungsprogramme initiiert und durchgeführt.“ Man kann ja nicht erwarten, wir wissen ja, was für lange Abläufe es gibt, dass sofort alles sichtbar besser wird. Wir werden aber bald die nächsten Untersuchungen haben, und dann werden wir ja sehen!

(B) Der nächste Punkt, den Sie kritisiert haben, Frau Stahmann, ist, dass die Sprachstandserhebungen zu spät erfolgen! Hier heißt es in der Antwort des Senats in der Tat, die Fünfjährigen sind das Ziel gewesen, aber hier heißt es: „Flächendeckende Untersuchungen sind für Kinder ab dem dritten Lebensjahr zurzeit nicht realisierbar und in diesem Umfang nicht beabsichtigt. Allerdings ist im Zusammenhang mit der Einführung individueller Lernentwicklungsdokumentationen geplant, auch die Kompetenz der Kinder und deren Entwicklung ab Eintritt in den Kindergarten festzustellen und zu beschreiben. Dem Sprachvermögen wird dabei eine zentrale Rolle beigemessen.“ Das ist ein Schritt. Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden, und in Deutschland hat sich die Erkenntnis, wie wichtig die Kindergärten in der Entwicklung der späteren Schülerinnen und Schüler zu bewerten ist, leider jetzt erst durchgesetzt.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren! Die größte Aufgabe ist und bleibt die Verbesserung der Qualität an den Schulen. Das trifft die Grundschulen genauso wie die anderen Schularten. Die Lehrkräfte müssen zu Kooperation und Teamarbeit motiviert und verpflichtet werden. Bremen hat sich auf einen Weg gemacht, auf den Weg aus dem Iglu-Dilemma gemacht, und das ist richtig. Dieser Weg ist lang, ich habe es gesagt.

Die Aufgaben, die noch vor uns liegen, möchte ich kurz umreißen. Erster Punkt: Kindergarten, KTH und Schule müssen weiter und enger zusammenarbeiten. Zweiter Punkt: Wir müssen die Schulleitungen stärken. Dritter Punkt: Das Schuldatenschutzgesetz muss überarbeitet werden. Vierter Punkt:

Schulprogramme müssen entwickelt werden. Das passiert bei den Pilotschulen, bei den Best-Practice-Schulen. Das muss aber weitergehen. Fünfter Punkt: Das Landesinstitut für Schulen muss auf seine Leistungsfähigkeit hin überprüft werden. Wir haben ja gerade im Haushalts- und Finanzausschuss die Mittel dafür freigegeben. Sechster Punkt: Ganztagschulen müssen weiterentwickelt werden. Ich möchte auch, dass wir das Tempo mindestens beibehalten, obwohl ich weiß, wie schwierig das finanziell ist, und siebter Punkt: Die Lehrerarbeitszeit muss überarbeitet werden.

Wir werden die Probleme nicht zudecken, meine Damen und Herren, sondern lösen. Dafür tragen wir die Verantwortung. Ich finde, die Antwort auf die Große Anfrage zeigt, dass das Thema und angemessen ernst genommen wird, und im Prinzip, Frau Stahmann, weiß ich, dass Sie auch anerkennen, dass eine ganze Reihe von positiven Entwicklungen vor sich geht. Natürlich ist es unsere Aufgabe zu treiben, Sie als Opposition und wir als Regierungsfraktion, dass es noch schneller geht, und deshalb freue ich mich weiter auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

(D) Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vieles ist schon gesagt worden, und, liebe Frau Kollegin Stahmann, liebe Frau Kollegin Hövelmann, wir sind uns auch in vielen Punkten sehr einig.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: In zentralen aber nicht!)

Den wesentlichen Punkt haben Sie, liebe Frau Stahmann, auch schon erwähnt. Der wesentliche Punkt ist, und aus diesem Punkt leiten wir dann weitere Maßnahmen ab, die Expertenuntersuchungen, die jetzt gestartet wurden, und die Maßnahmen, die wir vor drei Jahren, wie Sie völlig zu Recht sagten, nach Pisa eingeleitet haben, auf ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen. Dies werden wir jetzt machen. Erst danach werden wir dann auch über weitere Schritte nachdenken, wenn wir nämlich wissen, ob das, was wir dort eingeleitet haben, auch wirklich die Wirksamkeit hat, die wir uns damals versprochen haben. Darum kann ich auch verstehen, dass Sie als Opposition sagen, das geht hier alles nicht schnell genug, und im Großen und Ganzen noch einen Antrag dazu gemacht haben, den wir ablehnen werden, weil er überflüssig ist.

Dieser Antrag beinhaltet nur Sachen, die schon laufen, die beschlossen worden sind. Bei den ein-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) zellen Punkten kann man darüber reden, ob man da vielleicht noch ein früher, stärker, schneller, weiter, höher hätte hinzufügen können, aber es ist im Prinzip alles auf dem Weg, und darum ist dieser Antrag überflüssig, und Überflüssiges brauchen wir nicht zu beschließen.

Meine Damen und Herren, Sie haben viele Punkte angesprochen, bei denen wir nahezu deckungsgleiche Positionen haben, Schul-TÜV, Kooperation Niedersachsen, Sie wissen, wie oft wir dieses Thema in Deputation und Bürgerschaft angesprochen haben, und wir sehen jetzt, dass wir in Bremen die Behörde und auch den Koalitionspartner in die Richtung gedrängt haben.

Die Stärkung des naturwissenschaftlichen, mathematischen Unterrichts! Ich weiß nicht, ob der Kollege Bürger diese Debatte am Radio verfolgt, aber nach TIMMS hatte er in diesem Hause ganz massiv für eine Stärkung dieses Unterrichtszweiges geworben, und auch dort haben wir vieles auf den Weg gebracht. Wir müssen schauen, und die Übergänge zwischen den Schulstufen sind durchaus ein Punkt, den wir aber schon aufgenommen haben. Auch da haben Sie einen richtigen Punkt angesprochen, liebe Frau Kollegin Stahmann, aber auch hier nichts Neues, Umsetzung schon in Arbeit!

(B) Wir haben die Leseförderung. Die Leseförderung ist einer der wesentlichen Bereiche, die nicht nur schulisch, sondern auch durch Initiativen entsprechend gestärkt werden, aber Sie haben völlig Recht, und diese Lippenbekenntnisse von damals sind ja auch in die Tat umgesetzt worden, die Leseförderung ist eines der wesentlichen Felder, denn nur wer liest, hat entsprechend auch die Grundlage, um sich selbst durch lebenslanges Lernen weiterzuhelfen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! Das ist an dieser Stelle eine richtige Bemerkung, Frau Hövelmann.

Der Bildungsrahmenplan zwischen dem Bildungsressort und dem Sozialressort, Jugendressort ist ein Punkt, bei dem wir uns viel mehr, viel Konkreteres versprochen hätten, und wir hoffen, dass dies noch entsprechend umgesetzt wird. Sie kennen unsere hierzu auch nicht neue Position, dass wir uns wünschen, dass bei dem Übergang zwischen den Kindergärten und den Grundschulen keine Schwelle entsteht und dass die Reibungsverluste, die zurzeit vorhanden sind, unter anderem auch dadurch abgebaut werden, dass die Behörden nicht mehr gegeneinander arbeiten, sondern endlich miteinander und dass wir der Auffassung sind, dass dies am besten durch eine gemeinsame Ressortverantwortung für die Bereiche Bildung und Jugend gelöst werden kann. Darum halten wir an dieser Position fest. Unser Koalitionspartner hat da eine etwas andere Auf-

fassung, aber ich glaube, auch dort wird die Zeit zeigen, dass wir im Recht sind und wir unsere Position umsetzen werden. (C)

Meine Damen und Herren, die Wiederholerquote in Bremen ist zu hoch, völlig richtig! Zur Wiederholerquote hat es ja auch schon eine Presseberichterstattung gegeben. Wir werden vieles tun, um diese Wiederholerquote zu senken. Wir werden aber eines garantiert nicht tun, und zwar das Sitzenbleiben abschaffen, um diese Quote klein zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Qualitative Standards muss man schon noch einhalten, und das bedeutet dann, dass wir hier mit zusätzlichen Fördermaßnahmen arbeiten wollen. Die Behörde hat dazu im Februar einen Arbeitsauftrag bekommen, Herr Staatsrat, vielleicht können Sie darüber heute Neues berichten. Doch hier warten wir noch auf den Bericht zur Umsetzung, wie wir mit den so genannten Sommerschulen diese Wiederholerquote dann entsprechend hier senken können, ohne den qualitativen Aspekt dabei zu vergessen.

(D) Meine Damen und Herren, wir haben eine Reihenfolge zu beachten. Dies bedeutet, wie eingangs gesagt, die Untersuchung der von uns nach Pisa eingeleiteten Maßnahmen läuft jetzt. Danach werden wir sie auswerten und dementsprechend die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, ergänzen oder weiterentwickeln. Wir werden auf die qualitativen Standards noch etwas eindringlicher eingehen. Wir werden auch morgen in der Fragestunde zu den Bildungsstandards und auch zur Hochbegabtenförderung Fragen haben, auch das sind ja Teile, die in dieser sehr umfangreichen Antwort auf diese umfangreiche Frage behandelt werden.

Dies alles sind Bereiche, die zeigen, wie groß diese Baustelle Bildung ist. Diese riesige Baustelle Bildung erfordert manchmal auch, und gerade die Grünen haben sich da manchmal sehr zwiespältig verhalten, dass man auch manche Maßnahmen erst starten lassen muss, beginnen lassen muss, um sie dann auf ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen.

Die Grünen waren es, die nach Pisa sofort die Koalition beschimpft haben, sie hätte nichts gemacht, dann die koalitionären Maßnahmen beschimpft haben, sie kämen viel zu spät, und dann die koalitionären Maßnahmen später noch einmal beschimpft haben, man hätte sie ja noch gar nicht ausgewertet. Wir machen das, nur, hier sind keine bürokratischen Aspekte zu beachten, sondern, meine Damen und Herren, das alles findet im Unterricht mit Kindern statt, und darum ist es ganz wichtig, dass wir die Reihenfolge, wie ich sie gerade skizziert habe, einhalten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Pisa-Desaster nun auch noch das Iglu-Desaster! Die Iglu-Studie ist die Bankrotterklärung für das bremische Bildungswesen. Sie bescheinigt den Bremer Grundschulern sage und schreibe ein ganzes volles Jahr Bildungsrückstand nach nur vier Jahren. Im Vergleich mit fünf weiteren Bundesländern liegt Bremen in fast allen Bereichen hinten. Eine traurige Tatsache ist auch, nirgendwo wiederholen so viele Grundschüler ein Schuljahr wie bei uns in Bremen. Herr Präsident, ich darf zitieren, das geht aus einer Erhebung der Kultusministerkonferenz deutlich hervor: Demnach drehen 3,4 Prozent eine in der Grundschule freiwillige Ehrenrunde, fast doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Der liegt nach KMK-Angaben bei nur 1,8 Prozent.

(B) Das heißt: Obwohl unsere Bremer Grundschüler die Grundschule am längsten besuchen, haben sie bei der Iglu-Studie am schlechtesten abgeschnitten. Wenn das kein Skandal ist, dann weiß ich wirklich nicht mehr, was überhaupt noch ein Skandal sein soll! Dafür trägt Herr Senator Lemke einen Großteil der Verantwortung, denn trotz seiner vollmundigen Ankündigung nach der erschreckenden Pisa-Studie ist meines Erachtens nichts passiert. Hier fragen sich doch viele Bürger und besorgte Eltern: Wann endlich hören die Klugschnackerei der politisch Verantwortlichen und die ewig andauernden Schuldzuweisungen an andere auf? Wann endlich stellen sich die politisch Verantwortlichen ihren seit Jahrzehnten begangenen Fehlern?

Alle, aber auch alle Verantwortlichen, die jetzt wieder einmal die Schuld ihres Versagens in Bezug auf die Pisa-Studie oder jetzt Iglu-Studie auf andere schieben, wie zum Beispiel Herr Senator Lemke oder aber auch die nicht weiter bildungsbereiten Lehrkräfte, haben eindeutig versagt und tragen die Verantwortung für dieses bremische Bildungsdesaster. Ich habe im Namen der Deutschen Volksunion des Öfteren schon darauf hingewiesen, das Nichterkennen oder das bewusste Nicht-erkennen-Wollen der gesellschaftlichen Probleme im Zusammenleben unserer multikulturellen Gesellschaft ist das Problem, ist zum Teil auch die Ursache die für Ergebnisse dieser Iglu-Studie.

Meine Damen und Herren, wer von den verantwortlichen Entscheidungsträgern hat sich denn jemals darüber Gedanken gemacht, ob die ausländischen schulpflichtigen Kinder überhaupt die deutsche Sprache beherrschen! Im Gegenteil, sie haben geschludert. Als ich hier schon vor vier Jahren einen dementsprechenden Deutschtest für ausländische schulpflichtige Kinder gefordert habe, da haben Sie alle, aber auch alle diesen wichtigen DVU-Antrag einheitlich und scheinheilig abgelehnt. Heute nun stehen Sie verantwortlich vor Ihrem eigenen Scherbenhaufen Ihrer verfehlten, skandalösen Bildungspolitik, die Sie nachweislich schwarz auf weiß

in der Iglu-Studie oder in der Pisa-Studie nachlesen können. (C)

Meine Damen und Herren, hier in Bremen liegt bei der hiesigen Bevölkerungsstruktur der Anteil der nicht deutschsprachigen Schüler bei der Einschulung bei sage und schreibe zirka weit über 50 Prozent. Das heißt: Die deutsche Sprache ist hier der kleinste gemeinsame Nenner, um Informationen im Schulunterricht für alle vermitteln zu können. Diese Tatsache kann hier nicht einmal Frau Stahmann abstreiten. Da wundern Sie sich noch über diese erschreckenden, skandalösen Ergebnisse der Iglu-Studie oder der Pisa-Studie! Ich nicht! Darum fordere ich Sie in aller Deutlichkeit auf, nicht nur zu reden und ewig Schuldzuweisungen zu verteilen, sondern endlich einmal im Interesse der Kinder schnellstens, aber allerschnellstens politisch zu handeln, denn es geht um die Zukunft unserer Kinder! – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Frage, Herr Rohmeyer und Frau Hövelmann, vielleicht kann der Staatsrat sie mir beantworten! Was wird eigentlich für die Kinder getan, die an der Iglu-Studie teilgenommen haben, bei denen festgestellt worden ist, dass sie sehr große Defizite beim Lesen, Schreiben, in Naturwissenschaften und Mathematik haben? Diese Kinder kommen jetzt in Klasse sieben. Welche Maßnahmen setzt der Senat für diese Kinder um? Wie werden Eltern darüber informiert? Der Senat geht in der Antwort nur insofern darauf ein, als er sagt, dass die Schulen darüber informiert wurden, dezidiertere Informationen darüber gibt es nicht. (D)

Wir sagen: Wir wissen jetzt, dass wir in Klasse sieben Schülerinnen und Schüler haben, Deutsche und Migrantinnen, die enormen Förderbedarf haben, wo wir eigentlich sofort auf der Matte stehen müssten, um diese Kinder besser zu fördern. Morgen debattieren wir über Jugendliche, die nicht ausbildungsfähig sind, die große Defizite beim Schreiben und Lesen haben, bei den Grundfertigkeiten, die man eigentlich nach einem zehnjährigen Schulbesuch haben müsste. Da erwarte ich eine Antwort des Senats, und die bleiben Sie uns schuldig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie kommen mir auch nicht so einfach davon, Frau Hövelmann, wenn Sie sagen, ja, ja, das machen wir schon alles!

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Das habe ich doch so nicht gesagt!)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ich finde, wenn man jetzt hingehet und sagt, man macht individuelle Beurteilungen für Kinder bei Kindergartenentrtritt, fände ich das richtig und gut. Wir müssen aber auch von denen lernen, die sehr großen Erfolg mit Sprachstandserhebungen bei dreijährigen Kindern haben. Ich sage nur, wir blicken nach England, in die Niederlande, wir schauen nach Schweden und sehen, diese Länder haben mit diesen Veränderungen sehr gute Ergebnisse erzielt und das Steuer richtig herumgerissen, sie bringen mehr Kinder zu besseren Ergebnissen. Dort haben wir Abiturientenquoten von 70 Prozent, und das wollen wir hier mindestens mit einer Abiturquote von 50 Prozent auch für Bremen erreichen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Rohmeyer, bei Ihnen werde ich den Eindruck nicht los, dass Sie sich um bestimmte Passagen aus der Antwort des Senats herummauscheln. Ich hätte von Ihnen zumindest erwartet, dass Sie darauf eingehen, dass in der Iglu-Studie noch einmal deutlich aufgezeigt wird, dass es ein Riesenproblem ist, Schullempfehlungen für Kinder auszusprechen. Es steht klipp und klar darin, dass jede zweite Schullempfehlung falsch ist, und dort müssten doch auch Sie eine Antwort darauf finden, wie man später falsche Schullaufbahneempfehlungen – –.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Integrierte Stadtteilschulen!)

(B) Sie setzen jetzt ein gegliedertes Schulsystem um. Da erwarte ich von Ihnen, dass Sie auch dafür eine Antwort finden, wie Sie diesen Kindern, die eine falsche Schullempfehlung erhalten haben, ihre Bildungschancen dann auch zurückgeben. 44 Prozent der Kinder bekommen eine falsche Schullempfehlung. Das zeigt, dass das gegliederte System überhaupt nicht die passenden Kinder hat. Es gibt überhaupt keine begabungsgerechten Jugendlichen, sondern es muss Bildungsstandards geben, Herr Rohmeyer, die sich nicht auf Gymnasien und Sekundarschulen beziehen, sondern es muss schulformunabhängige Bildungsstandards geben, und da würden wir uns dann beide wiedertreffen. Wir wollen nationale Bildungsstandards, wir wollen nicht, dass jedes Bundesland einzelne Bildungsstandards erfinden muss. Auf diese Frage hin muss sich die CDU unbedingt bewegen, denn dort ist sie völlig hinter dem Mond!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Auch wenn es etwas ungewöhnlich ist, dass hier zwei Redner der Grünen aufeinander folgen, denke ich, dass es trotzdem nicht verkehrt ist.

(Zuruf des Abg. R o h m e y e r [CDU])

Herr Rohmeyer, ich verstehe Sie leider nicht, aber wir können das ja hinterher klären! Ich glaube, dass es trotzdem nicht verkehrt ist, gerade bei diesem Thema Iglu neben der rein bildungspolitischen auch noch einmal die kinderpolitische Debatte aufzumachen. Wenn ich das Thema aus dieser Perspektive betrachte, muss ich doch ein bisschen Wasser in Ihren Wein gießen, Frau Hövelmann, was die Maßnahmen angeht, die im KTH-Bereich ergriffen wurden.

Wir sind uns einig, da wurden einige gute Ansätze unternommen, aber ich möchte nur einmal vor dem Hintergrund, dass heute Morgen in den Haushaltsberatungen der Kinder- und Jugendbereich immer wieder als Schwerpunkt hervorgerufen wurde, gerade auch seitens der Koalition, noch einmal die zwei maßgeblichen Punkte herausstellen. Da bin ich mir wirklich nicht so sicher, ob das dafür spricht, dass dieser Bereich einen Schwerpunkt darstellt.

Das eine ist die Einigkeit, die uns alle gleichermaßen trifft, dass wir im KTH-Bereich personell nach vorn müssen, dass wir eine personelle Verstärkung brauchen und dass diese auch qualifiziert sein muss. Nun gut, das ist lange Zeit unter dem Label Zweitkräfte gefahren, dazu haben sich auch alle im Wahlkampf bekannt. Das Ergebnis haben wir schon hinreichend diskutiert, und es wurde auch in vielen Fachzirkeln relativ zerrissen. Das war das Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm der großen Koalition, und es sprach dafür, dass an dieser Stelle de facto das Geld fehlte.

(D) Dann hat man den Deal mit den EU-Mitteln gemacht. Wir sagen, den hätte man immer noch besser machen können, als es von der Koalition vorgelegt wurde, aber im Ergebnis ist es das Problem, nicht genügend Geld für genügend Zweitkräfte zu haben, und dann kommt man auf eine Lösung, die, gelinde gesagt, suboptimal ist, die meines Erachtens und nach Erachten unserer Fraktion nicht den Ansprüchen von Iglu gerecht wird und nicht den Grundstein für die personell qualifizierte Verstärkung legt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein zweiter Punkt, und der ist fast noch grundsätzlicher und hat sich erst in den letzten zwei Wochen aufgetan: 4,3 Millionen Euro Landesmittel wurden für die Qualitätsverbesserung in den Kindergärten eingestellt, da gab es ein ganzes Bündel, wofür sie ausgegeben werden sollten: Flexibilisierung der Angebotszeiten, das Zweitkräfte- beziehungsweise Qualifizierungsprogramm, aber auch beispielsweise die Stärkung der Kleinkindgruppen. Nun haben wir im Zuge der Maßnahmen, um das

(A) große Millionenloch im Sozialressort zu stopfen, erfahren, dass 4,3 Millionen Euro quasi als Geisel genommen wurden und als Minderausgabe im KTH-Haushalt zu erwirtschaften sind. Die Idee, die zumindest seitens des Senats verfolgt wird, ist, dass man das mit Effizienzgewinnen der KTH-Infrastrukturgesellschaft macht. Wir meinen – und ich glaube, da bin ich auch einig mit Herrn Pietrzok, der dort schon steht und wahrscheinlich gleich etwas erwidern wird –, dass man 4,3 Millionen Euro an Effizienzgewinn nie und nimmer aus diesem Bereich wird herauspressen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da muss man sich im Ergebnis fragen, was dann passiert, wenn wir diese Effizienzgewinne dort nicht zusammenbekommen. Zumindest habe ich so das Ressort verstanden, und ich glaube, da bin ich nicht der Einzige, denn das ist die momentane Position des Ressorts. Dann werden diese 4,3 Millionen Euro eben aus diesen Qualitätsmitteln genommen. Das heißt, das Geld, das wir nicht an Effizienzgewinnen zusammenbekommen, nehmen wir aus diesem Qualitätssteigerungstopf. Im Endeffekt würde das dazu führen, dass wir mit all diesen Maßnahmen der KTH-Politik, über die wir uns im Einzelnen streiten können, die aber sozusagen in die Richtung gehen, die Qualität zu verbessern versuchen. Dann haben wir auch erst einmal einen gewissen Topf dafür, der uns auch Möglichkeiten eröffnen würde, dass man sozusagen diesen Topf aushöhlt.

(B)

(Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Pietrzok?

(Abg. P i e t r z o k [SPD]: Nein, Entschuldigung, das ist falsch! Sie haben jetzt meine Meldung falsch interpretiert! Ich möchte mich gleich in der Debatte zu Wort melden!)

Sie haben das Wort, Herr Kollege Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Um den Gedanken noch einmal kurz und prägnant zu Ende zu führen: Im Endeffekt würde es dazu führen, dass all die Maßnahmen, die wir uns erhofft und erträumt haben, worüber wir im Einzelnen streiten können, wie sie ausgestaltet werden, damit stehen oder fallen, wie man dieses 4,3-Millionen-Loch im KTH-Haushalt zugekleistert bekommt. Wenn es dazu führen würde, dass man tatsächlich an dieser Stelle das Geld aus den Maßnahmen herausnimmt, dann würde davon im Endeffekt eigentlich nichts mehr übrig bleiben, und all das, was wir als Konsequenzen aus Iglu für den KTH-Bereich diskutiert haben, wäre da-

mit hinfällig. Ich denke, das ist eine ganz gefährliche Entwicklung, und da müssen wir aufpassen, dass wir das abgebügelt bekommen und dass wir an der Stelle den Senat umstimmen. – Damit bedanke ich mich!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Entschuldigung noch einmal für das Missverständnis, aber ich hatte mir den Debattenbeitrag im Stehen angehört, und da war das Missverständnis nahe liegend, das sehe ich ein!

Ich will nur noch einmal ganz deutlich sagen, warum es uns hier geht! Das 4,3-Millionen-Programm für die Kindertagesbetreuung ist nicht etwas, von dem man sagen kann, das ist jetzt die Lösung der gesamten Problematik, die wir im Bereich der Kindertagesbetreuung haben, es ist natürlich nicht so! Wir sind aber nach wie vor der Auffassung, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist, und wir finden auch, dass das ein großer Schritt ist, wenn wir gleichzeitig die Möglichkeit haben, EU-Mittel dazubekommen. Dann sind wir der Auffassung, dass das ein jugendpolitischer Erfolg werden kann, der die Betreuungssituation und auch die Bildungssituation im Elementarbereich deutlich verbessert.

(D)

Die Auffassung der SPD-Fraktion ist – und so ist es auch im Koalitionsausschuss beschlossen worden –, dass die 4,3 Millionen Euro zur Mobilisierung der ESF-Mittel aufgewandt werden, um dieses Qualifizierungs- und Personalverstärkungsprogramm aufzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem gibt es ein Verfahren der Überprüfung, inwiefern man über die Gründung einer Gesellschaft Effizienzgewinne erzeugen kann, und dann wird für diesen Bereich entsprechendes Geld zur Verfügung gestellt. Das ist eine Überprüfung, die auch stattfindet. Da schauen wir uns genau an, was uns an Fakten vorgelegt wird, und im Unterschied zu den Grünen beurteilen wir dann Fakten, wenn sie konkret sind, und wir machen keine politischen Bewertungen auf der Basis von Vermutungen und Spekulationen, weil wir das nicht für qualifiziert halten.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann also nur ganz gelassen sagen: Wir werden einen Einstieg in die Verbesserung der Kindertagesbetreuung organisieren, wir nehmen dazu bremisches Geld und Mittel des Europäischen Sozialfonds, wir werden eine bessere Personalsituation in

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) der Kindertagesbetreuung haben, wir werden damit ein besseres Bildungsangebot in den Kindertagesheimen schaffen. Das ist für uns natürlich nur ein Einstieg, denn – das habe ich hier im Haus auch schon öfters gesagt – im Grunde stehen wir vor einer wirklich, das kann man wohl sagen, historischen Aufgabe.

Angesichts der Situation, die wir in Deutschland haben, der Probleme im Bildungssystem und übrigens auch der Problematik im Hinblick auf die Geburtenentwicklung in unserem Land stehen wir vor so großen Aufgaben, denen – das müssen wir, glaube ich, auch einmal offen sagen, Frau Stahmann und Herr Crueger – auch der Bundesgesetzentwurf, der im Moment im Hinblick auf die Kindertagesbetreuung diskutiert wird, auch noch nicht gerecht wird. Dieser hat zwar schon eine hohe Ambition und versucht, Geld zu mobilisieren, aber auch da ist zu erkennen, wie übrigens immer, wenn man Politik auf der Basis einer realen Haushaltslage macht, dass man die Ziele, die man sich steckt, nur sehr schwer erreicht. Das gilt jetzt auch für die rotgrüne Bundesregierung, und das gestehe ich Ihnen gern zu, das gilt auch für die große Koalition hier. Wir müssen angesichts dieser finanziellen Situation, die wir haben, schauen, wie wir das Geld zusammenbekommen. Das tun wir auch, und wir sind sehr bemüht und auch zuversichtlich. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was ich jetzt noch sagen möchte, wissen Sie, aber da wir ja dank Radio Bremen noch die Eltern erreichen, möchte ich die Gelegenheit nutzen. Keiner von uns drei Bildungsexperten hat auf die Initiative des Senators hingewiesen, die Eltern mehr einzubinden und sicherer in dem zu machen, was sie von den Schulen erwarten können, das heißt also, sie auf der einen Seite über das Unterrichtsprogramm zu informieren, ihnen auf der anderen Seite aber auch das Angebot zu machen, sich mehr in den Schulen einzubringen und mit den Schulen zu kommunizieren.

Dazu, dass Eltern eine Sicherheit haben müssen, was passiert, und die Unterrichtsinhalte kennen müssen, ihnen mitgeteilt werden sollen, ist ein neues Programm von Bildungsminister Lemke erstellt worden. Das sollen die Eltern aber auch ernst nehmen, ihre Verantwortung mittragen und erfüllen und die Kinder nicht in der Schule abgeben und sagen, repariere einmal und gib sie uns nicht so schnell wieder! Eltern gehören natürlich genauso zu einer erfolgreichen Schule dazu wie Bildungsministern, Behörden, Lehrerinnen, Lehrer und die Kinder. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Köttgen. (C)

Staatsrat Köttgen: Ich kann es ganz kurz machen!

(Abg. Frau **B e r k** [SPD]: Herr Präsident!)

Insbesondere, Frau Stahmann, nachdem nach Ihrem Beitrag Frau Hövelmann geredet hat, bleibt mir an sich nichts anderes übrig, als Sie in einem Punkt zu bestätigen: Wir haben noch viel zu tun! Das will ich Ihnen nicht in Abrede stellen, das ist völlig richtig.

Mir liegt daran, noch etwas zur Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Bildung und Soziales zu sagen. Schauen Sie sich doch einmal Hamburg an! Was hat denn Hamburg gerade gemacht, Herr Rohmeyer? Die haben sie gerade getrennt. Ich will nicht bestreiten, dass es schwierig ist, weil nämlich zwei Kulturen aufeinander stoßen, eine Schulkultur und eine KTH-Kultur. Ich kann Ihnen dasselbe in unserer eigenen Behörde bestätigen. Die Hochschulabteilung und die Schulabteilung sind, wenn es um die Lehrerbildung geht, zwei völlig unterschiedliche Kulturen, und man muss sie zusammenbringen.

Ich kann nur sagen: Es gab an keiner Stelle zwischen der Bildungsbehörde und der Sozialbehörde im letzten Jahr eine so enge Zusammenarbeit wie beispielsweise zwischen Herrn Dr. Knigge und mir. Wir treffen uns mindestens alle drei Wochen mit unseren Mitarbeitern, und ich glaube, das hat viel dazu beigetragen, dass es hier zu vernünftigen Lösungen gekommen ist. (D)

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang möchte ich gern auch noch eines zur Sprachstandserhebung sagen. Natürlich könnte es vielleicht gut sein, sie auch schon im dritten Jahr zu machen. Für uns war aber wichtig, dass wir genau die Kinder erfassen, die jetzt in die Schule kommen, weil wir sie jetzt fördern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn sie erst drei sind, werden sie in drei Jahren in die Schule kommen. Wir müssen aber die fördern, die unmittelbar vor dem Schuleintritt sind, und deswegen war es uns wichtig, dort anzufangen. Dies wird jetzt wissenschaftlich untersucht und begleitet, und dazu werden wir Berichte bekommen. Nach diesen Berichten werden wir uns anschauen, was daraus zu machen ist.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rohmeyer?

Staatsrat Köttgen: Natürlich!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Sehr geehrter Herr Staatsrat, würden Sie mir Recht geben, wenn es nicht da-

(A) rum geht, dass Sie sich gut mit dem Staatsrat des Senators für Arbeit, Jugend, Soziales verstehen, sondern dass es vor Ort keine Reibungsverluste auf dem Rücken der Kinder geben darf, wie wir es in letzter Zeit leider zuhauf erlebt haben?

Staatsrat Köttgen: Ja, dafür müssen wir sorgen! Es ist doch selbstverständlich, dass es das vor Ort nicht geben soll, aber auch zwischen zwei Schulen kann es Reibereien geben. Natürlich müssen wir dafür sorgen, aber das kann ganz genauso passieren, wenn es in einer Behörde ist. Ich glaube, das ist nicht der Hauptpunkt. Wir müssen uns auf die Hauptsache konzentrieren. Die Hauptsache ist eben, dass wir in der Sache an einem Strang ziehen.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Daran muss man glauben!)

Ich glaube daran!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/236 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg.
W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats, Drucksache 16/224, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch 15 Minuten. Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt noch die Tagesordnungspunkte behandeln, bei denen keine Debatte vorgesehen ist.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung

(C)

Mitteilung des Senats vom 16. März 2004
(Drucksache 16/187)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/187, Kenntnis.

Wahl der Mitglieder des Landesrundfunkausschusses

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 36 Absatz 2 des Bremischen Landesmediengesetzes hat die Bürgerschaft (Landtag) folgende Wahlen in den Landesrundfunkausschuss vorzunehmen: Es sind zu wählen, erstens, drei Mitglieder aus dem Bereich der Kammern oder anderen berufsständischen Organisationen, zweitens, vier Mitglieder aus dem Bereich der Kultur, der Jugend, der Bildung und der Erziehung, drittens, sechs Mitglieder aus dem Bereich der sonstigen gesellschaftlich relevanten Organisationen.

Die Wahl erfolgt für die Dauer von vier Jahren getrennt nach diesen drei Bereichen aus Vorschlagslisten, die von den jeweiligen Gruppen, Organisationen und Verbänden eingereicht wurden. Beachten Sie bitte auch, dass mindestens 50 von 100 der zu wählenden Mitglieder des gesamten Landesrundfunkausschusses Frauen sein sollen und mindestens drei dieser zu wählenden Mitglieder ihren Wohnsitz in der Stadtgemeinde Bremerhaven haben müssen.

Ihnen liegt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Umdruck vor, und zwar ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

Die Beratung über die Wahlvorschläge ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wenn Einverständnis besteht, können wir über den gemeinsamen Wahlvorschlag en bloc und per Akklamation abstimmen.

Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Wer entsprechend dem gemeinsamen Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

(D)

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU])
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.
- 26. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 19. März 2004**
(Drucksache 16/189)
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss vorgesehen.
Wer der Überweisung des 26. Jahresberichts des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Drucksachen-Nummer 16/189 zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (B) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.
(Einstimmig)
- Bericht des Petitionsausschusses Nr. 13 vom 25. März 2004**
(Drucksache 16/202)
- Wir verbinden hiermit:
- Bericht des Petitionsausschusses Nr. 14 vom 13. April 2004**
(Drucksache 16/211)
- s o w i e
- Bericht des Petitionsausschusses Nr. 15 vom 27. April 2004**
(Drucksache 16/221)
- Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
(Einstimmig)
- 14. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (14. KEF-Bericht)**
Mitteilung des Senats vom 6. April 2004
(Drucksache 16/206)
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vorgesehen.
Wer der Überweisung des 14. Berichts der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten mit der Drucksachen-Nummer 16/206 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (C) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
(Einstimmig)
- 14. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (14. KEF-Bericht)**
Mitteilung des Senats vom 6. April 2004
(Drucksache 16/206)
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten vorgesehen.
Wer der Überweisung des 14. Berichts der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten mit der Drucksachen-Nummer 16/206 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (D) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.
(Einstimmig)
- Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten**
- Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.
Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Wahl.
Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **W e d l e r** [FDP])

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.
- Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses**
- Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.
Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Wahl.
Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **W e d l e r** [FDP])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU])
- (B) Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.
- Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen**
- Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.
Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Wahl.
Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **W e d l e r** [FDP])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen Abg. **T i t t m a n n** [DVU])
- Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.
Ich schließe die Sitzung.
- (C) (D)
- (Schluss der Sitzung 17.54 Uhr)